Universität Potsdam

ODER-PARTNERSCHAFT PARTNERSTWO-ODRA

Maciej Chinalski

Regional Governance in der Oder-Partnerschaft

WeltTrends *Thesis* | 8

Copyrighted material

Maciej Chinalski
Regional Governance in der Oder-Partnerschaft

Copyrighted material

Copyrighted material

WeltTrends *Thesis* | 8

Maciej Chinalski

Regional Governance in der Oder-Partnerschaft

Universitätsverlag Potsdam

Copyrighted material

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Universitätsverlag Potsdam 2010
http://info.ub.uni-potsdam.de/verlag.htm

Universitätsverlag Potsdam, Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam
Tel. +49 (0)331 977 4623, Fax -3474,
E-Mail: verlag@uni-potsdam.de

Die Schriftenreihe **WeltTrends *Thesis***
wird herausgegeben von Prof. Dr. habil. Jochen Franzke,
Universität Potsdam, im Auftrag von WeltTrends e.V.

Band 8 (2010)
Maciej Chinalski: Regional Governance in der Oder-Partnerschaft

Satz: Enrico Wagner
Druck: docupoint GmbH Magdeburg
Umschlagfotos: © Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen von Berlin

Das Manuskript ist urheberrechtlich geschützt.
Alle Nutzungsrechte liegen bei WeltTrends e.V.

ISSN 1866-0738
ISBN 978-3-86956-030-4

Zugleich online veröffentlicht auf dem Publikationsserver der Universität Potsdam
URL http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2010/3924/
URN urn:nbn:de:kobv:517-opus-39248
[http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus-39248]

Copyrighted material

Für meine Familie

Copyrighted material

Veröffentliche Deine Abschlussarbeit!

WeltTrends *Thesis*

Du suchst eine Möglichkeit für eine solide akademische Veröffentlichung Deiner Abschlussarbeit. Weder ein billiges Internet-Portal noch ein teurer Verlag sollen es sein. Ein bezahlbares Buch zum Anfassen, für Deine nächste Bewerbung, für Deine Eltern oder für die Nachkommen – das möchtest Du? Immerhin ist es die größte akademische Arbeit, die Du – bis jetzt – abgeschlossen hast. Die Arbeit, die darin steckt, sollte eine ordentliche Publikation schon wert sein!

Wir bieten Dir diese Möglichkeit. Seit über 15 Jahren publiziert ***WeltTrends*** akademische Texte in verschiedenen Reihen. Seit über einem Jahr produzieren wir die WT-Thesis. Herausgeber ist der erfahrene Hochschullehrer, Prof. Dr. Jochen Franzke. Wenn Du Dir eine der bisherigen Arbeiten anschauen willst, dann geh auf unsere Internet-Seite www.welttrends.de oder auf die Homepage des Universitätsverlages Potsdam (Publikationen).

Schnell, preiswert und akademisch vollwertig!

Unser Angebot: WeltTrends übernimmt Lektorat, Satz und Werbung.
Der Universitätsverlag Potsdam realisiert die Buchpublikation sowie die Online-Veröffentlichung auf dem zertifizierten Publikationsserver der Universität Potsdam und den Nachweis in den relevanten bibliographischen Datenbanken und Bibliothekskatalogen. Du erhältst 10 Autorenexemplare, weitere Exemplare gibt es zum Sonderpreis.

Deine Kosten: Sie liegen deutlich unter den üblichen Verlagsangeboten. Ein Beispiel: Bei einem Umfang von 100 Seiten und bei einer Auflage von 50 Exemplaren kostet dies 500 Euro. Übrigens: Einen Teil der Kosten kannst Du Dir bei VG Wort zurückholen.

Dein Ansprechpartner: Wenn Du Interesse hast, dann ruf an (0331 – 977 4540), schreib uns (redaktion@welttrends.de) oder wende Dich direkt an den Herausgeber der Reihe, Prof. Dr. J. Franzke (WiSo-Fakultät der Universität Potsdam), und besprich mit ihm die konkreten Konditionen und das weitere Verfahren.

Wir beraten und betreuen Dich bei Deiner ersten Publikation – WeltTrends, der kompetente akademische Dienstleister für Studenten.

WeltTrends • c/o Universität Potsdam • Prof. Dr. Jochen Franzke
Tel. +49/331/977-3414 • E-Mail: j.franzke@welttrends.de

Inhalt

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis 10
Abkürzungsverzeichnis 11

1 Einführung 13

1.1 Regional Governance in den europäischen Regionen 13
1.2 Fragestellungen / Hypothesen 14
1.3 Aufbau und Methodik 15
1.4 Forschungsgegenstand 17

2 Region – Begriff, Formen, Handlungsebenen 19

2.1 Region – Begriff 19
2.2 Grenze / Grenzregion 21
2.3 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit 23
2.4 Aufwertung der regionalen Ebene 24

3 Regional Governance-Ansatz 26

3.1 Merkmale von Regional Governance 26
3.2 Verwendung des Begriffs / Definition 27
3.3 Historische Entwicklung des Regional Governance-Diskurses 29
3.4 Perspektiven der Regional Governance-Forschung 30
3.5 Rahmenbedinungen von Regional Governance 32
3.6 Institutionalisierung von Regional Governance-Arrangements 34
3.7 Kritik des Regional Governance-Ansatzes 36

4 Messkriterien der Analyse empirischer Beispiele 38

4.1 Zweck und Thema der Kooperation sowie situative Rahmenbedingungen 39
4.2 Akteure und Akteurskonstellation 39
4.3 Institutionelle Rahmenbedingungen 40
4.4 Prozess-endogene Faktoren und Prozessmanagement 41

Copyrighted material

5 Regional Governance in der Oder-Partnerschaft 43

5.1 Oder-Partnerschaft – regionaler Überblick 43
5.2 Politische Hintergründe und Ziele der Kooperation 45
5.3 Situative Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit 46
5.4 Akteure und Akteurskonstellation 48
5.5 Institutionelle Rahmenbedingungen 49
5.6 Prozessmanagement 50
5.7 Fazit 52

6 Regional Governance in der CENTROPE-Region 53

6.1 CENTROPE – Überblick 53
6.2 Politische Hintergründe und Ziele der Kooperation 55
6.3 Akteure und Akteurskonstellation 56
6.4 Institutionelle Rahmenbedingungen 56
6.5 Prozessmanagement 58
6.6 CENTROPE 2008 plus 60
6.7 Probleme 62
6.8 Fazit 63

7 Empirischer Vergleich 65

7.1 Oder-Partnerschaft verus CENTROPE 65
7.2 Operatives Management im Netzwerk 67
7.3 Konfliktquellen bei den Institutionalisierungsprozessen 68
7.4 Dauerhaftigkeit der Regional Governance-Arrangements 72
7.5 Fazit 73

8 Institutionalisierung der Oder-Partnerschaft 75

8.1 Steuerungsprinzipien / operatives Management grenzüberschreitender Kooperation 76
8.2 Institutionalisierungsvorschlag für die Oder-Partnerschaft 79
8.3 Fazit 82

Copyrighted material

9 Fazit und Schlussbetrachtung 83

10 Quellenverzeichnis 88

Literatur 88
Internetquellen 93
CENTROPE-Region 93
Oder-Partnerschaft 95
Weitere Internetquellen 96
Liste der Interviewpartner 97

Maciej Chinalski, geboren 1982, studierte an der Universität Potsdam von 2002 bis 2007 Regionalwissenschaften und nahm parallel an mehreren Projektseminaren der Humboldt-Universität zu Berlin und der Technischen Universität zur Stadt- und Regionalplanung teil. Ebenfalls arbeitete er als Projektassistent in der Region CENTROPE in Wien sowie in der Staatskanzlei des Landes Brandenburg als Referent des Projektes Oder-Partnerschaft. Die vorliegende Masterarbeit wurde im Juli 2009 an der Universität Potsdam erfolgreich verteidigt. Der Erstgutachter der Arbeit war PD Dr.-Ing. Thomas Weith und der Zweitgutachter Prof. Dr. habil. Jochen Franzke.

E-Mail: ma.ch82@web.de

Copyrighted material

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Bestandteile von Regional Governance	S. 27
Abbildung 2:	Parameter des Akteurszentrierten Institutionalismus	S. 30
Abbildung 3:	Merkmale von Regional Governance	S. 32
Abbildung 4:	Räumliche Darstellung der Oder-Partnerschaft nach Regionen / Logo der Initiative	S. 43
Abbildung 5:	Oder-Partnerschaft nach deutschen und polnischen Regionen	S. 44
Abbildung 6:	Logo der CENTROPE-Region	S. 53
Abbildung 7:	Städte und Regionen in CENTROPE-Raum	S. 54
Abbildung 8:	CENTROPE-Konsortium	S. 57
Abbildung 9:	BEAR1– Entwicklung der Kooperationsstruktur in CENTROPE	S. 59
Abbildung 10:	BEAR2 – Kooperationsstruktur in CENTROPE	S. 60
Abbildung 11:	Institutionalisierungsvorschlag der Oder-Partnerschaft	S. 80

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Beispiele für Definitionen von Regional Governance	S. 28
Tabelle 2:	Typen von Regional Governance	S. 36
Tabelle 3:	Strukturdaten der wichtigsten Zentren der Oder-Partnerschaft	S. 44
Tabelle 4:	Kernakteure der CENTROPE Kooperation	S. 61
Tabelle 5:	Steuerungsprinzipien grenzüberschreitender Kooperationen	S. 76

Copyrighted material

Abkürzungsverzeichnis

Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft Technologie und Frauen (SenWTF)

Building a European Region – Phase 1: (BEAR1)

Building a European Region – Phase 2: (BEAR2)

CENTROPE-Region (CEN)

Europäische Union (EU)

Europaforum Wien (EUW)

Gemeinsame Landesplanung Berlin Brandenburg (GL)

Marschallamt Zachodniopomorskie (MZP)

Multilaterale Steuerungskomitee (STC)

Non Government Organisation (NGO)

Platforma Obywatelska / Bürgerplatform (PO)

Public-Private-Partnership (PPP)

Prawo i Sprawiedliwosc / Recht und Gerechtigkeit (PiS)

Wojewodschaft Zachodniopomorskie / Westpommern (WZP)

Verkehrsverbund Berlin Brandenburg (VBB)

Copyrighted material

Vorwort

Die vorliegende Masterarbeit beschäftigt sich mit dem Regional Governance Ansatz und seiner praktischer Umsetzung in den Europäischen Grenzregionen. Regional Governance gilt als eine moderne Kooperationsform unterschiedlicher Akteure in einer Region, die nach neuen Synergien suchen um die Zusammenarbeit voranzutreiben. Eine Region wird dabei durch eine neue Perspektive betrachtet, in der sie als Raum verstärkter Interaktionen zwischen Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft verstanden wird.

Die seit 2007 existierende Oder-Partnerschaft zwischen den größten Städten und Regionen in der Deutsch-Polnischen Grenzregion soll die Zusammenarbeit aller Partner bekräftigen und neue Impulse für eine gemeinsame grenzüberschreitende Entwicklung setzen. Dieses Projekt ist eine von vielen länderübergreifenden Kooperationen in der EU. Eines der weiteren bekannten Beispiele grenzüberschreitender Zusammenarbeit ist CENTROPE-Region. Diese Kooperation in dem Vierländereck (Österreich, Ungarn, Tschechien, Slowakei) ist ein komplexes Beispiel wie der Regional Governance-Ansatz praktisch umgesetzt werden kann.

Die beiden genannten Regionen wurden in der vorliegenden Arbeit anhand des Regional Governance-Ansatzes miteinander verglichen und bewertet. Aus den gewonnen Ergebnissen konnte ein mögliches Entwicklungsszenario für die Institutionalisierung der Oder-Partnerschaft abgeleitet werden. Dabei sollte die Frage beantwortet werden, wie erfolgreiche Regional Governance-Arrangements zustande kommen und wie stark sich die Institutionalisierungsprozesse auf diese Kooperationen auswirken.

Im ersten Teil der Arbeit wurden die theoretischen Grundlagen von Regional Governance ausführlich besprochen. Im zweiten Teil fand eine ausführliche Analyse der beiden Regionen anhand der aus der Theorie erarbeitenden Kriterien statt. Als weitere Informationsgrundlage wurden die qualitativen Experteninterviews ausgewertet und somit die aktuelle Entwicklung in den beiden Regionen näher beleuchtet.

Nach einer Analyse und einem Vergleich der beiden Regionen konnte erkannt werden, dass sich dort der Regional Governance-Ansatz unterschiedlich ausgeprägt hat. Die Oder-Partnerschaft unterscheidet sich somit von der CENTROPE-Region durch die verschiedenen Regional Governance-Strukturen, sowie auch durch eine unterschiedliche Vorgehensweise der Akteure, die an den Regional Governance-Prozessen teilnehmen. Nach der Zusammenfassung der Ergebnisse ließ sich damit ein Modell für eine zukünftige Struktur von Regional Governance-Arrangements in der Oder-Partnerschaft ableiten. Weitere ausführliche Ergebnisse beinhalten Informationen über die Anwendung von Regional Governance in den beiden Regionen sowie deren Einfluss auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Copyrighted material

1 Einführung

1.1 Regional Governance in den europäischen Regionen

Regional Governance befasst sich mit modernen Steuerungsformen auf der regionalen Ebene, die einen wichtigen Einfluss auf das Zusammenwachsen der EU-Regionen haben. Die innereuropäischen Grenzen zwischen alten und neuen Mitgliedsstaaten stehen hierbei vor einer besonderen Herausforderung. In diesen Regionen sind neue Organisationsstrukturen erforderlich, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu initiieren und zu fördern. Dabei kann der Regional Governance-Ansatz zum Einsatz kommen, wenn *„herkömmliche Steuerungsstrukturen gegenüber den neuen Herausforderungen als nicht mehr adäquat empfunden werden"*[1]. Handlungsfähigkeit durch Selbsthilfe und eigene Entwicklungspfade zu entwickeln, wird zu einer wichtigen Aufgabe politisch-administrativen Regionalakteure, um ihre Region im internationalen Wettbewerb als einen starken „Player" zu positionieren.[2] Damit wird eine neue Perspektive der Betrachtung von Regionen eröffnet, indem die Akteure sie als Räume verstärkter Interaktionen zwischen Staat, Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft wahrnehmen.

Es existieren bereits Kooperationsmodelle zwischen den alten und den neuen EU-Mitgliedern an der ehemaligen Außengrenze der EU. Dazu zählt das „Europa Region Mitte"-Projekt CENTROPE, welches in der vorliegenden Arbeit als empirisches Beispiel zur Analyse von Regional Governance in grenzüberschreitenden Regionen dienen wird. Das Vier-Länder-Projekt CENTROPE besteht seit dem Jahr 2003. Federführend ist hier die Stadt Wien als „Ost-West-Kompetenzzentrum", welche mit dem „Europaforum Wien" eine Institution zur Forcierung der regionalen Partnerschaft geschaffen hat. Anhand dieses Modells der Ost-West-Kooperation sowie der Regional Governance-Theorie lassen sich mögliche Entwicklungsszenarien für die „Oder-Partnerschaft" skizzieren. Die Idee der deutsch-polnischen Grenzpartnerschaft existiert schon seit Anfang der 90er Jahre. Ein Beispiel dafür sind die dort gegründeten Euroregionen sowie weitere Formen der überwiegend bilateral verlaufenden Zusammenarbeit zwischen angrenzenden deutschen Bundesländern und polnischen Wojewodschaften.[3] Von einem gemeinsamen Verständnis einer deutsch-polnischen „Oderregion",

1 Fürst 2004, S. 47.
2 Vgl. Fürst 2004, S. 47.
3 Vgl. Eckart 2001: *„Euroregionen sind freiwillige regionale grenzüberschreitende Zusammenschlüsse von lokalen Gebietskörperschaften in Europa zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit."*, S. 328.

Copyrighted material

nach dem Vorbild anderer europäischer Kooperationsräume wie „Bodenseekonferenz" (Deutschland, Österreich, Schweiz), „SaarLorLux" (Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Belgien) oder „CENTROPE" (Österreich, Ungarn, Slowakei, Tschechien) sind die polnischen und deutschen Kooperationspartner jedoch noch weit entfernt. Eine gemeinsame Vision der grenzüberschreitenden Partnerschaft größerer Städte und Regionen entlang der deutsch-polnischen Grenze ist der erste Schritt, um dieser „Randregion" neue Funktionen und Perspektiven zu ermöglichen und als eine europäische Gesamtregion zu betrachten.

1.2 Fragestellungen / Hypothesen

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit den Möglichkeiten der Implementierung moderner Regional Governance-Formen in der Oder-Partnerschaft. Dabei sollen folgende Fragen im Laufe des Forschungsprozesses beantwortet werden:

- Wie funktionieren erfolgreiche Modelle von Regional Governance-Arrangements in den Grenzregionen?
- Wie entstehen Institutionalisierungsprozesse bei Regional Governance-Arrangements?
- Wie kann eine künftige Institutionalisierung der Oder-Partnerschaft aussehen?

Der Forschung wird die Annahme zugrunde gelegt, dass Regional Governance-Arrangements, die institutionalisiert sind, grenz-überschreitende Kooperationen fördern und vorantreiben. Diese Hypothese wird im Laufe der Ausarbeitung mit Hilfe des Regional Governance-Ansatzes sowie empirischer Beispiele geprüft. Dadurch sollen neue Erkenntnisse über Institutionalisierungsprozesse von Regional Governance-Arrangements und deren Auswirkung auf die Qualität der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gewonnen werden. Es werden Maßstäbe für eine Bewertung grenzüberschreitender Kooperationen anhand der theoretischen Implikation für Regional Governance ausgearbeitet. Ein Szenario für die Weiterentwicklung der Initiative an der deutsch-polnischen Grenze, speziell eine mögliche Institutionalisierung und deren Begründung, sind die Hauptaufgaben, die in dieser Ausarbeitung gelöst werden sollen. Der für die Oder-Partnerschaft entwickelte Institutionalisierungsvorschlag soll eine für die Zukunft der Kooperation relevante Form der Zusammenarbeit beinhalten. Dieses Modell der Institutionalisierung der deutsch-polnischen

Copyrighted material

Grenzpartnerschaft wird anhand der gesammelten Erfahrungen aus der CENTROPE-Region (Recherchematerialien und Interviewergebnisse) sowie der theoretischen Handlungsempfehlungen des Regional Governance-Ansatzes abgeleitet. Gleichzeitig wird geprüft, inwieweit sich der Regional Governance-Ansatz zur empirischen Analyse von Regionen eignet.

1.3 Aufbau und Methodik

Die folgende Arbeit besteht aus zwei Hauptteilen, den theoretischen Grundlagen (Teil I) und den empirischen Ergebnissen (Teil II). Nach den theoretischen Grundlagen im ersten Teil der Arbeit werden im zweiten Teil die qualitativen Experteninterviews aus den beiden Regionen ausgewertet. Diese sollen insbesondere die aktuelle Situation aus Sicht der beteiligten Akteure aufzeigen. Aus der Oder-Partnerschaft wurden polnische und deutsche Akteure, insbesondere aus den Verwaltungs- und Politikkreisen, befragt. Dabei gab es Interviews mit Akteuren aus Szczecin, Poznań und Berlin (insgesamt acht Interviews). In der CENTROPE-Region wurden neben den politischen und administrativen Akteuren aus der Slowakischen Republik und aus Österreich auch die privaten Träger des Projektes befragt, die sich überwiegend mit dem operativen Management der Initiative befassen (insgesamt sechs Interviews). Des Weiteren werden im zweiten Teil der Arbeit, in Kapitel 7 und 8, die genannten Fallstudien mit den theoretischen Grundlagen verbunden und verglichen. Aus der Analyse des Projektes und den ausgewerteten Interviewergebnissen sollen Erkenntnisse über die Steuerungsfähigkeit der gesamten grenzüberschreitenden Kooperation in der Oder-Partnerschaft und der CENTROPE-Region ersichtlich werden.

Teil I – Theoretische Grundlagen

Als Erstes werden im Kapitel 2 die Begriffe Region, Grenzregion und Grenze erörtert und abgegrenzt. Diese räumlichen Einheiten sind für Regional Governance entscheidende Handlungsfelder, da dort zahlreiche Interaktionen zwischen verschiedenen Akteuren stattfinden, die nach neuen Formen der Organisation verlangen. Als Nächstes wird in Kapitel 3 der Regional Governance-Ansatz vorgestellt. Im Laufe dieses Kapitels werden die theoretischen Grundlagen des Diskurses analysiert, beginnend mit der Erklärung des Zusammenhangs des Regional Governance-Ansatzes und dessen Raumbezug zur regionalen Ebene. Im Anschluss werden Rechtsnormen denen Regional Governance-Arrangements unterliegen betrachtet. Darauf basierend wird versucht,

Copyrighted material

eine Definition des Begriffes abzuleiten. Abschließend wird der Regional Governance-Ansatz kritisch untersucht. Im Mittelpunkt des folgenden Theoriekapitels 4 steht die Entwicklung einer Messskala zur empirischen Analyse und Bewertung der beiden Beispiele. Mit den ausgearbeiteten Analysekriterien sollen insbesondere Merkmale und Problemkomplexe grenzüberschreitender Kooperationsmodelle untersucht werden. Der Schwerpunkt wird dabei auf den Institutionalisierungsprozessen und deren Folgen für die Qualität und Form der grenzüberschreitenden Kooperationen liegen. Als Grundlage dienen hier die Literatur-, Recherche- und Textmaterialien zu den o.g. Themen.

Teil II – Empirische Ergebnisse

Im Teil II erfolgen die Analyse und der Vergleich der beiden empirischen Beispiele europäischer Grenzregionen. Die aus dem Regional Governance-Diskurs abgeleiteten Ergebnisse werden in Kapitel 5 und 6 auf die Oder-Partnerschaft und die CENTROPE-Region angewendet. Beide Kooperationen entstanden unter ähnlichen Voraussetzungen und eignen sich deshalb sehr gut für eine empirische Untersuchung sowie einen qualitativen Vergleich der Regional Governance-Strukturen. Sie sind die zentralen Untersuchungsobjekte dieser Arbeit. Am Anfang der Kapitel 5 und 6 erfolgt eine einleitende Beschreibung der räumlichen Merkmale der jeweiligen Region. Im Mittelpunkt der beiden Kapitel stehen die Darstellung der unterschiedlichen Institutionalisierung der jeweiligen Regionen und die Skizzierung der gegenwärtigen Strukturen der grenzüberschreitenden Kooperation, unter der Berücksichtigung der in Kapitel 4 entwickelten Messskala.

Die daraus resultierenden Ergebnisse werden in Kapitel 7 qualitativ verglichen. Es werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede insbesondere bzgl. der Struktur des operativen Managements in den jeweiligen Regionen aufgezeigt sowie die Institutionalisierungsthematik von Regional Governance-Arrangements besprochen. Damit soll unter anderem der Einfluss des Managements auf die grenzüberschreitende Kooperationsfähigkeit überprüft werden. Mithilfe der Untersuchungsergebnisse und des empirischen Vergleichs der Governance-Formen in den beiden Regionen wird ein mögliches Szenario für die Weiterentwicklung der Kooperation in der Oder-Partnerschaft skizziert. Ein Institutionalisierungsvorschlag für die Oder-Partnerschaft wird in Kapitel 8 dargestellt und erläutert. Im abschließenden Kapitel 9 werden die erforschten Ergebnisse zusammengefasst und Schlussfolgerungen gezogen.

Copyrighted material

1.4 Forschungsgegenstand

In der wissenschaftlichen Diskussion wird dem Regional Governance-Ansatz innovatives Verbesserungs- bzw. Lösungspotential in regionsbezogenen Steuerungsfragen zugeschrieben.[4] Es existieren jedoch noch keine universellen Modelle von Regional Governance-Arrangements, die sich auf jede Region übertragen lassen. Deshalb ist es nicht möglich von einer Regional Governance-Theorie zu sprechen, sondern lediglich von Regional Governance-Ansätzen.

Die Planungshoheit endet nicht an den nationalen Grenzen, sondern ist im Zeitalter offener Grenzen innerhalb der EU für die Grenzregionen von besonderer Bedeutung. Die Rolle der Regionen als räumliche Handlungsebene ist seit den 1980er Jahren deutlich gestiegen.[5] Vor allem durch die EU-Regionalpolitik und deren Initiativen („Europa der Regionen"; „INTERREG"[6]; etc.) wurde die regionale Ebene in Europa aufgewertet. Auch in Deutschland gibt es viele Beispiele für regionale Aktivitätsfelder, z. B. „Regionen aktiv", „Innoregio" und unterschiedliche Regionalmanagementinitiativen.[7] Die Stärkung der regionalen Ebene hat sich auf die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen ausgewirkt, die im Zeitalter der globalen Wirtschaft um Standortvorteile miteinander konkurrieren. Durch diese Veränderungen entstand ein neues Selbstbewusstsein in den Regionen, die sich heute als wichtige Handlungsebene an der Seite des Staates wiederfinden. An vielen EU-Grenzen werden unterschiedliche staatenübergreifende regionale Kooperationen ausgeübt. Die dort entstandenen Grenzregionen erfordern komplexe Steuerungsstrukturen, die mit dem Regional Governance-Ansatz gestaltet werden können. Die institutionellen und soziokulturellen Grenzen erschweren die Integrationsprozesse in den Grenzregionen.[8] Zwischenstaatliche und zentrale Abkommen wie z. B. zwischen Deutschland und Polen reichen nicht aus, integrierte und effiziente regional-grenzüberschreitende Zusammenarbeit durchzuführen. Aus der Erfahrung vieler Grenzregionen in der EU, beispielweise zwischen Deutschland und den Niederlanden, geht hervor, dass die Zusammenarbeit sich nicht nur auf die Problembewältigung konzentrieren soll, sondern die Ursachen für gemeinsame Probleme durch grenzüberschreitende Planung bewältigt werden müssen.[9] Dort und in vielen

4 Vgl. Beutl 2005.
5 Vgl. Pütz 2004, S. 18.
6 Vgl. ://ec.europa.eu/regional_policy/interreg3/abc/voleta_de.htm (20.09.2008).
7 Vgl. http://www.modellregionen.de (20.10.2008).
8 Daldrup 2005.
9 Vgl. Daldrup 2005, S. 58.

Copyrighted material

anderen EU-Grenzregionen wird sichtbar, wie wichtig gemeinsame, grenzüberschreitende Entwicklungsstrategien sind. Diese sollen aber nicht nur als Studien in Papierform festgehalten werden, sondern mit Hilfe moderner Regional Governance-Arrangements grenzüberschreitend durchgesetzt werden.

Vor diesem Hintergrund, wird zunächst die Region, als eine wichtige Handlungseinheit in der EU sowie als ein untrennbarer Bestandteil der Regional Governance-Forschung, Gegenstand der Untersuchung.

Copyrighted material

2 Region – Begriff, Formen, Handlungsebenen

2.1 Region – Begriff

„Region ist nicht ein formaler „Container" für Wirtschaft und Gesellschaft, sondern ein auf institutioneller Nähe basierender Verflechtungszusammenhang und Handlungskontext."[10]

BLOTEVOGEL 2000 bezeichnet Regionen als: *„mehrdimensionales, semantisches Feld"*.[11] Regionen werden ebenso als Ergebnis eines Konstruktionsprozesses bezeichnet, bei dem Regional Governance als analytische Grundlage eine entscheidende Rolle in Bezug auf Entstehung oder das „Kreieren" von Regionen haben kann.[12] Nach DALDRUP 2005 ist eine inhaltliche Erfassung des Begriffs Region schwierig, weil es viele Arten von Regionen gibt, z. B. Kultur-, Wirtschafts-, oder Verwaltungsregionen, die in der Realität nebeneinander existieren. Der Begriff Region wird durch viele unterschiedliche multidisziplinäre Bezeichnungen definiert. Einer der theoretischen Beiträge bezeichnet Region als ein dualistisches Konzept, dass sich aus den beiden Faktoren Raum und System zusammensetzt.[13] Nach BLOTEVOGEL 1996 können Regionen durch folgende Merkmale definitorisch abgegrenzt werden:

- Raumbezug/Space: physischer Raum – klassische Vorstellung von Raum – „Erdoberfläche"
- Maßstabsbezug/Scale – Masoebene zwischen den staatlichen und lokalen Ebenen
- Sachbezug/Issues – Untersuchung nach verschiedenen inhaltlichen Kriterien.[14]

In Bezug auf die Regional Governance-Debatte wird die Abgrenzung der Region durch die „Masoebene" besonders interessant. Die Region befindet sich dort in einem Spannungsfeld zwischen der lokalen und nationalen Ebene, was sich auf deren Entwicklungsplanung und Steuerung auswirken kann. Die oben genannte dreifache Differenzierung von Regionen betont ebenso deren konstruktivistischen Charakter.[15]

10 Blotevogel 2000, S. 503, in: Pütz 2004, S. 2.
11 Vgl. Pütz 2004, S. 2, nach Blotevogel 2000, S. 496.
12 Vgl. Pütz 2004, S. 12.
13 Vgl. Pütz 2004, S. 15.
14 Vgl. Brunn 1997, S. 50, nach Boltevogel 1996.
15 Vgl. Pütz 2004.

Copyrighted material

Die grenzüberschreitenden Regionen, die auch im weiteren Verlauf dieser Arbeit als empirische Beispiele untersucht werden, gelten als regionale Sonderfälle, weil bei deren Gestaltung Kooperation zwischen unterschiedlichen Staaten und föderativen Systemen gefragt wird. Nach RATTI 2001 werden diese Regionen als „Active Space"[16] und durch SCHMITT-EGNER 2001 als „transnationaler Regionalismus"[17] beschrieben. Die Grenzregionen werden bei diesen Ansätzen als ein proaktiver Akteur dargestellt, der eigenständig die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gestaltet. Dieses geschieht nach SCHMITT-EGNER 2001 wenn eine Region durch ihre Emanzipation von einer passiven Teileinheit zu einem aktiven Handlungsraum, bzw. Aktionsraum mit eigener Handlungseinheit wird. Die Region und Grenzregion sind hier aktive Raumeinheiten sozialer Interaktionen und regionaler Akteure. Diese wiederum bilden das Grundgerüst der grenzübergreifenden Kooperation.[18]

Ein so genannter „synthetischer Regionsbegriff" bezeichnet Regionen als Produkt von Beziehungen, die durch Prozesse von Interaktionen konstituiert werden.[19] Diese können durch politische Entscheidungen und rechtlichen Rahmen erleichtert werden. Eine Folge solcher Vereinfachung ist beispielweise der grenzübergreifende Fluss von Menschen und Waren innerhalb der EU. Die zwischenmenschlichen Interaktionen, die in den Grenzgebieten stattfinden, bilden diese Regionen zu spezifischen Zonen zwischen den unterschiedlichen Nationalstaaten.

Unter der Bedingung von PASSI 1991, dass die Regionen als dynamische soziale Kategorie verstanden werden, können für die sozialräumliche Konstruktion oder Institutionalisierung von Regionen vier Phasen unterschieden werden, die ganz oder teilweise simultan oder nacheinander verlaufen können:

16 Vgl. Daldrup 2005, S. 18, nach Ratti 2001, S. 23; Ratti beschreibt Region im Gegensatz zu Schmitt-Egner nicht als Akteur grenzüberschreitender Zusammenarbeit, sondern als „Active Space": *„We prefer to talk explicitly about ‚activ space' rather than use other notions such as ‚space as actor' and ‚factor of development', because, irrefutably, this active role is not taken on by region intended as a pole space characterized by the existence of sole and sovereign decision-making centre, but rather this active role or the region is the fruit of ‚force field' (Ratti, 1980), i.e. a coherent game of initiatives and responses that the actors of a given territorial space are together able to produce within the space and towards the outside."*

17 Vgl. Schmitt-Egner 1998, S. 63: *„Transnationaler Regionalismus ist ein transdisziplinärer Integrationsansatz, in dem sich die Regionalökonomie sowie politischen Integrationstheorien mit der Organisation und Steuerung regionaler Entwicklungsaktivitäten befassen."*

18 Vgl. Daldrup 2005, S. 18.

19 Vgl. Pütz 2004, S. 16.

Copyrighted material

- Entwicklung der territorialen Form (territorial shape)
- Entwicklung der konzeptionellen, symbolischen Form (symbolic shape)
- Entwicklung der institutionellen Form (institutions)
- Entwicklung einer regionalen Einheit mit eigener Identität (establishment).[20]

Die von PASSI 1991 genannten Phasen der Regionalentwicklung können in Bezug zu dem Regional Governance-Ansatz betrachtet werden und als jeweilige „Stationen" auf dem Weg zur Institutionalisierung von Regional Governance-Arrangements dienen. BLOTEVOGEL 2000 unterstreicht ebenso die Bedeutung von Institutionalisierungsprozessen und politischer Steuerung von Regionen, anstatt der Erstellung von Regionalisierungskriterien und Regionstypisierung.

2.2 Grenze / Grenzregion

Grenzregionen sind weitere territoriale Einheiten, die speziell in dieser Ausarbeitung betrachtet werden. Eine klare und allgemeine Definition des Begriffs Grenzregion fehlt. Der im Folgenden vorgestellte immanente Dualismus des Konzepts Grenze erschwert eine eindeutige Erfassung dieses Begriffes.[21] Nach SCHMITT-EGNER 1998 gibt es auf der einen Seite die politischen Grenzen, die z. B. geöffnet sein können um einen reibungslosen Ablauf grenzübergreifender Transaktionen zu erlauben (z. B. offene EU-Grenzen). Auf der anderen Seite werden durch die Grenzen „Separationslinien" gebildet, die als geschlossene Grenzen zu verstehen sind. RATTI 1991 bezeichnet Grenzen sowohl als Separationslinien und andererseits als Kontaktzonen, die jeweils nach dem Grad der politischen Integration der involvierten Nationalstaaten die Grenzen und Grenzregionen beeinflussen.

In Europa werden die EU-Grenzregionen besonders aufmerksam betrachtet, weil sie eine wichtige Rolle im Integrationsprozess der EU spielen und unterschiedlichen Grenzeffekten ausgesetzt sind. Nach DALDRUP 2005 sind die verschiedenen Grenzeffekte – „Border-Barriers-Effects" für die Grenzregionen spezifisch. Dazu erfüllen diese unterschiedliche Funktionen:

20 Vgl. Pütz 2004, S. 17, nach Passai 1991, S. 243.
21 Vgl. Daldrup 2005, S. 13.

Copyrighted material

- politische Funktion/Effekte (Legalitäts- und Legitimitätsfunktionen)
- Separationseffekte (Separationsfunktion als Sanktionsinstanz mit Abschreckungswirkung)
- Filtereffekte (Selektion durch Steuerung und Kontrolle)
- Open-Border-Effekte (Kontaktzone mit einer Brückenfunktion zwischen den Nationalstaaten).[22]

Spätestens seit der Öffnung der Grenzen innerhalb der EU werden ihnen neue Funktionen zugeschrieben. Nach RATTI 1993 werden durch diesen Prozess *„die kulturellen und systemimmanenten Grenzen sichtbar"* anstelle der bis jetzt trennenden räumlichen Grenzen.[23] Die offenen Grenzen der EU haben auch neue Funktionen zu erfüllen, wie z. B. eine „Kontaktlinie" zwischen den Staaten zu sein. Dort treffen unterschiedliche nationale und wirtschaftliche Systeme aufeinander, was wiederum auf eine „Kontaktzone" (Open-border-Effekte) hindeutet. Die Grenzen sind also nicht mehr dafür da, um Systeme durch Separationseffekte zu trennen, sondern eher um durch neue Regelungen und Maßnahmen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu vertiefen und die Grenzregionen zu integrieren. Dieses kann durch politische Effekte der Verwaltungsverantwortlichen aus den Grenzregionen und der EU-Regionalpolitik geleistet werden, was sich aktuell in vielen Initiativen und Projekten auf der nationalen und internationalen Ebene widerspiegelt.[24] SCHMITT-EGNER 1998 definiert Grenze auf folgende Weise:

„…eine konstruierte Barriere, die Raumeinheiten sowie Systeme ebenso umfasst wie trennt und nur unter bestimmten Bedingungen überwunden werden kann".[25]

Nach dieser Definition gibt es unterschiedliche Formen von Grenzen, die nicht nur territorial sondern auch sozial, juristisch oder künstlich verlaufen können.[26] Nach BRUNN/SCHMIDT-EGNER 1998 stellen Grenzen immer eine Barriere dar, es kommt aber auf Form, Inhalt und Qualität einer Grenze an, wie die spätere Form der grenzüberschreitenden Kooperation auszusehen

22 Vgl. Daldrup 2005, S. 13-14.
23 Ratti 1993, in: Daldrup 2005, S. 12.
24 Vgl. Internetseite der INTERREG Ausrichtungsprogramme, Quelle: http://ec.europa.eu/regional_policy/interreg3/abc/abc_de.htm, (20.09.2008).
25 Schmitt-Egner 1998, in: Daldrup 2005, S. 11.
26 Vgl. Daldrup 2005, S. 11.

Copyrighted material

hat. Deshalb spielen sie eine wichtige Rolle in den regionalen Integrations- und Kooperationsprozessen, die in den Grenzregionen stattfinden.[27]

2.3 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

DALDRUP 2005 bezeichnet grenzüberschreitende Kooperation als Oberbegriff verschiedener staatsübergreifender Kooperationsformen (Policy und Business Netzwerk, Milieu, strategische Systeme, etc.). Die klassische Integrationstheorie setzt voraus, dass grenzüberschreitende Kooperationen diskriminierende Hemmnisse abzubauen helfen, um damit politische oder auch ökonomische Ziele zu erreichen.[28] Damit wird nach DALDRUP 2005 die grenzüberschreitende Kooperation zum Instrument internationaler Politik. Der transnationale Regionalismus nach SCHMITT-EGNER 1998 definiert den Begriff grenzüberschreitende Zusammenarbeit als *"transnationale Interaktion zwischen benachbarten Regionen und ihren Akteuren zur Erhaltung, Steuerung und Entwicklung eines gemeinsamen Lebensraumes"*.[29]

Die Grenze wird in der regionalwissenschaftlichen Literatur als ein Unsicherheitsfaktor betrachtet, den es zu integrieren gilt. Die Grenzregionen, die durch die Aufwertung der regionalen Ebene, insbesondere durch die EU-Regionalpolitik, an Bedeutung gewonnen haben, sind zum aktiven Feld der grenzüberschreitenden Kooperationen geworden. Dort verlaufen die Integrationsprozesse zwischenstaatlicher Interaktionen, die in diesen Regionen insbesondere zum Vorschein kommen.
Zusammenfassend definiert DALDRUP 2005 grenzüberschreitende Kooperation durch folgende Merkmale:

- Grenzregion als Interaktionsraum
- Grenze als Gegenstand grenzüberschreitenden Kooperationsbeziehungen
- horizontale Interaktion ohne Zwischenschaltung der nationalen Ebene
- Steuerungsmodus in regions- und projektbezogenen Kooperationen bestehend aus regionalen Netzwerkbausteinen mit politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Akteuren.[30]

27 Vgl. Daldrup 2005, S. 10.
28 Vgl. Daldrup, 2005.
29 Schmitt-Egner 1998, S. 63, in: Daldrup 2005, S. 20. Nach Schmitt-Egner 1998 bedeutet grenzübergreifende Kooperation im Sinne des transnationalen Regionalismus *„eine grenzüberschreitende Maßnahme regionaler Entwicklung, die eine Interaktion zwischen benachbarten Regionen und ihren Akteuren, ohne Einbindung nationaler Ebene darstellt"*.
30 Vgl. Daldrup 2005, S. 27.

Copyrighted material

Diese Definition kann als ein Idealmodel grenzüberschreitender Kooperationen verstanden werden, deren Aufgabe unter anderem in der Behebung und Milderung von Grenzeffekten liegen soll. Die neuen EU-Grenzen sind Räume, wo es in den letzten Jahren, vor allem seit der EU-Osterweiterung zu verstärkten Aktivitäten auf dem Feld grenzüberschreitender Kooperationen kommt. Diese sind nicht nur Ergebnis der EU-Regionalpolitik, sondern auch Tatsache, dass Regionen, die durch frühere, staatliche Grenzen getrennt waren, in Wirklichkeit sehr viele Gemeinsamkeiten aufweisen können und auf gegenseitige Kooperationsbereitschaft angewiesen sind.

2.4 Aufwertung der regionalen Ebene

Gegenstand von Regional Governance sind regionale Regelsysteme-, deren Entstehung, Wirkung und Entwicklungen.[31] In der deutschen Raumwirtschaftsdiskussion wird dann von Regional Governance gesprochen, wenn es sich um netzwerkartige regionale Formen der Selbststeuerung unter Einbeziehung von Akteuren aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und/oder Zivilgesellschaft handelt und sich der Prozess darauf richtet, die regionale Entwicklung voranzutreiben.[32] Hierbei stellt sich zunehmend die Frage, durch welche Veränderungen die regionale Ebene an Bedeutung gewonnen hat und warum dort neue Ansätze der regionalen Steuerung in Form von Regional Governance-Arrangements verstärkt zum Einsatz kommen.

FÜRST 2003 weist darauf hin, dass es einen europaweiten Wandel in Wahrnehmung von Regionen gibt. Dieser ist aufgrund folgender Merkmale zu erkennen:

- die Aufwertung von Prozessen gesellschaftlicher Selbststeuerungsverfahren
- die tendenzielle Aufwertung der regionalen Ebene durch die EU-Strukturpolitik (z. B. Regionalisierung der Fördermittel)
- die zunehmende Regionalisierung der Wirtschaft (Clusterbildung, Milieueffekte)
- der Umbau des Wohlfahrtsstaats unter Einbeziehung von gesellschaftlichen Selbsthilfekräften (Adressaten der Steuerung sollen miteinbezogen werden) zum „aktivierenden Staat" (Rückzug des Staates auf Kernkompetenzen)
- die Gemeinde übergreifende Verflechtung der Daseinsgrundfunktionen (Auseinanderdriften von Problem- und Steuerungsebenen).[33]

31 Vgl. Fürst 2004b, S. 355.
32 Vgl. Fürst 2004b, S. 356.
33 Vgl. Fürst 2003b; Fürst 2004.

Copyrighted material

Vor allem durch den Regionalismus der europäischen Regionalpolitik erfahren die Regionen eine erhebliche Aufwertung, wobei gleichzeitig die nationale Ebene zunehmend an Bedeutung verliert.[34] Unter „Regionalismus" (Bottom-up-Politik) wird in diesem Zusammenhang eine politische Entwicklung verstanden, *„die eine stärkere politische Verantwortung der regionalen Ebene in eigenen Angelegenheiten fordert."*[35] Damit wird deutlich, dass Regionen in europäischen Integrationsprozessen eine wichtige Rolle spielen. Die Bottom-up-Regionalpolitik eröffnet neue Möglichkeiten für die Gestaltung von Grenzregionen, die oftmals als periphere Gebiete vernachlässigt worden sind. Gleichzeitig ist die regionale Steuerung komplexer und anspruchsvoller geworden. Für die Umsetzung der Aufgaben und Problembewältigung braucht die regionale Ebene neue Interaktions- und Moderationsmodelle, die sich in dem Regional Governance-Ansatz widerspiegeln. Dieser wird im nächsten Kapitel Gegenstand der Betrachtung.

34 Vgl. Daldrup 2005, S. 46.
35 Vgl. Keating/Loughlin 1997, S. 5.

Copyrighted material

3 Regional Governance-Ansatz

3.1 Merkmale von Regional Governance

„Regionen besitzen ein unausgeschöpftes Steuerungspotenzial."[36]

Der Regional Governance-Ansatz stellt eine neue Art der räumlichen Organisation von Politik und Verwaltung dar. Es handelt sich um moderne Formen der Steuerung von Regionen und um ein neues Konzept der Regionalpolitik.[37] Damit ist stark der Bedeutungszuwachs der regionalen Ebene in Europa verbunden.[38] Nach BENZ und FÜRST 2003 lässt sich Regional Governance durch folgende Merkmale bestimmen:

- Interdependenzmanagement als Steuerungsziel: Regional Governance setzt auf integrierte Politik, *„durch strategische Koordination von interdependenten Prozessen"* (MAYNITZ 1993). Es soll eine Abstimmung von Plänen und Maßnahmen zwischen unterschiedlichen Akteuren stattfinden, was in gemeinsamen „Leitprojekten" verwirklicht wird.
- Interorganisatorischer Charakter von Regionalpolitik: Zusammenwirken vor Organisationen aller Ebenen (EU, nationale Institutionen und Fachbehörden, etc.) an Aufgabenerfüllung.
- Kombination von Steuerungsmodi: Steuerung durch einen Mix aus Hierarchie, Anreizen, und Kooperation. Verhandlungsprozesse werden angeleitet um regionalpolitische Entscheidungen zu treffen.
- Informelle und formelle Strukturen: Verhandlungen können sich zur Netzwerken verdichten. Eine Stabilisierung von Interaktionen kann durch interne oder externe Institutionalisierung erreicht werden.

Der Regional Governance-Ansatz eröffnet den Regionen neue Perspektiven um die Effizienz und Effektivität des kooperativen Handelns zu erhöhen. Dazu gehört u.a. die Betrachtungsebene der Neugestaltung von Interaktionen zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.[39]

36 Thierstein 2002.
37 Vgl. Benz 2003b, S. 2; Fürst 2001d, S. 6.
38 Vgl. Kap. 2.4.
39 Vgl. Nischwitz/Molitor/Rohne 2002, S. 3.

Copyrighted material

In der Abbildung 1 wurden die unterschiedlichen Bestandteile und Handlungsfelder von Regional Governance zusammengefasst.

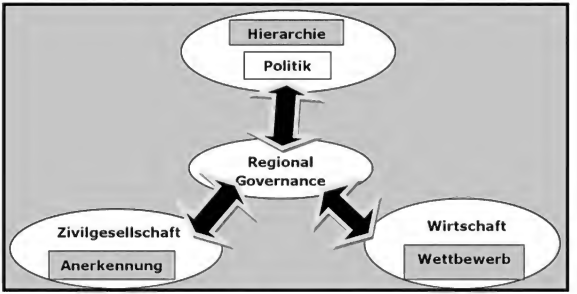


Abb. 1: Bestandteile von Regional Governance[40]

Der Regional Governance-Ansatz setzt voraus, dass öffentliche und private Akteure in horizontalen Verhandlungssystemen miteinander kooperieren.[41] Governance wird dabei als *„ein dynamischer Prozess der Entscheidungsfindung mit vernetzten Interaktionen im Spannungsfeld zwischen Staaten, (...), Regionen, multinationalen/regionalen Institutionen, globalisierter Wirtschaft und Finanzwelt, Medien und Zivilgesellschaft"*[42] bezeichnet. Dieses Zitat weist auf einen Zusammenhang von Regional Governance und Global Governance hin. Regional Governance kann als Bestandteil von Global Governance verstanden werden und die Region als ein wichtiger räumlicher Faktor bzw. eine räumliche Größe in den Globalisierungsprozessen.[43]

3.2 Verwendung des Begriffs / Definition

Es existiert keine einheitliche Definition von Regional Governance. In der Wissenschaft werden unterschiedliche Definitionen des Begriffs verwendet, die in Tabelle 1 zusammengeführt wurden.

40 Quelle: eigene Darstellung nach Kleinfeld/Plamper/Huber 2007.
41 Vgl. Benz/Fürst 2004.
42 Vgl. Nischwitz/Molitor/Rohne 2002, S. 3.
43 Nischwitz/Molitor/Rohne, 2002, S. 3: *„Regional Governance ist ein Baustein innerhalb von Global Governance. In Europa ist diese Instanz die sich erweiternde Europäische Union"*. Im Weiteren wird die Governance-Thematik in verschiedenen Zusammenhängen diskutiert, z.B. als Corporate Governance, Good Governance, Sustainable Governance, Global Governance oder auch Local und Regional Governance.

Copyrighted material

Regional Governance ist „der regionale Aspekt politischer Steuerung" (Adamaschek/Pröhl 2003).
„Das Konzept des Regional Governance beschreibt die Art und Weise, wie regionale Akteure zusammenwirken" (Bogumil 2003, 104).
Regional Governance bezeichnet „meistens eher lose organisierte, netzwerkartige Kooperationsstrukturen" (Benz, 2001, 55).
„Regional Governance bezeichnet schwach institutionalisierte, eher netzwerkartige Kooperationsformen regionaler Akteure für Aufgaben der Regionalentwicklung" (Fürst 2001a, 370).
Regional Governance: „Koordinierung und Steuerung regionaler Prozesse in komplexen Strukturen" (Benz 2003, 505).
„Regional Governance als ein Instrument zur Implementierung eines strategischen Prozesses in Richtung Nachhaltigkeit und sozial – ökologischer Transformation" (Nischwitz et al. 2002, 4).

Tab. 1: Beispiele von Definitionen von Regional Governance[44]

Die aufgeführten Definitionen weisen auf ein weites Spektrum des Diskurses hin. Dieses breite Verständnis begründet nicht zuletzt das Fehlen einer einheitlichen Definition. BENZ 2004 beschreibt Governance als Steuern, Koordinieren, Regeln oder Regieren. Governance gilt ebenso als Modewort, komplexer Begriff der Sozialwissenschaft oder interdisziplinärer Verbundbegriff.[45] Nach FÜRST 2003 gibt der Ansatz Auskunft über *„wer, was, wann und wie tut, um kollektives zielorientiertes Handeln zu ermöglichen"*. Ebenso FÜRST 2004 bezeichnet Regional Governance abstrakt als Prozessteuerung für kollektives Handeln, bei dem Akteure und Organisationen so miteinander verbunden und im Handeln koordiniert werden, dass gemeinsame Ziele wirkungsvoll verfolgt werden können. Im Weiteren wird dem Regional Governance-Ansatz die Fähigkeit zur Verwirklichung von Entwicklungsprozessen auf regionaler Ebene in einer zunehmend fragmentierten und sektoralisierten Welt zugeschrieben.[46] Dabei können sich verschiedene Formen von Regional Governance herausbilden, so genannte „Governance-Styles". Diese hängen von regionalspezifischen soziokulturellen Einflussfaktoren sowie den jeweiligen institutionellen Rahmen ab.[47] Zudem variiert die Definition je nach Disziplin. So wird in den Wirtschaftswissenschaften (Institutionsökonomik) Governance als institutionelle Regelungen (Leitung und Verwaltung) bezeichnet, welche der Reduktion von Transaktionskosten dienen (WILLIAMSON 1985).[48] Analog werden in den Sozialwissenschaften unter Governance die Organisations-, Steuerungs-, und Leitungsstrukturen in den Unternehmen

44 Quelle: eigene Darstellung nach Pütz 2004, S. 34.
45 Vgl. Pütz 2004, S. 33.
46 Vgl. Fürst 2004, S. 353.
47 Vgl. Pütz 2004, S. 164.
48 Vgl. Pütz 2004, S. 164.

Copyrighted material

verstanden.[49] In der Politikwissenschaft wird Governance als Regieren jenseits des Nationalstaates beschrieben sowie als politische Steuerung in komplexen institutionellen Strukturen und nicht-hierarchischen, netzwerkartigen Arrangements verstanden.[50] Die oben genannten Beispiele zeigen wie vielseitig der Governance-Ansatz verstanden wird und wie unterschiedlich die Herangehensweise in den verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen ist.

3.3 Historische Entwicklung des Regional Governance-Diskurses

„Theorien haben die Funktion, Sachverhalte zu beschreiben, zu erklären und vorherzusagen. Im Kern bestehen sozialwissenschaftliche Theorien aus einer Vernetzung von gut bewährten Hypothesen bzw. anerkannten empirischen Gesetzmäßigkeiten."[51]

Das Zitat macht deutlich, dass der Regional Governance-Ansatz keine geschlossene Theorie ist. Bei dem Ansatz handelt es sich vielmehr um unterschiedliche konzeptionelle Grundlagen regionaler Steuerung. Mit einer Theorie könnte man z. B. Regionalentwicklung vorhersagen, mit dem Regional Governance Ansatz ist dies jedoch nicht möglich.

Erstmals wurde der Regional Governance-Ansatz in England eingesetzt, wo früher die Selbststeuerungsfähigkeit von Regionen, die bis dahin nicht formal organisiert waren, gestärkt werden sollte.[52] Ein theoretischer und konzeptioneller Beitrag zur Governance Forschung leistet der „Akteurszentrierte Institutionalismus" von MAYNITZ und SCHARPF 1995. Demnach gibt es folgende Parameter dieses Ansatzes:

- Akteure (Fähigkeiten, Handlungsorientierung)
- Akteurskonstellation (Interesse, Machtverhältnisse, Rollenerwartungen)
- Institutioneller Kontext (Restriktionen, Optionen, Anreiz, allerdings nicht vollständige Determinierung)
- Interaktionsformen (Koordination, Verhandlungen)
- Kognitive Deutungs- und Lernprozesse (Situationsdeutung,Optionswahrnehmung)
- Konkrete Themen.[53]

49 Vgl. Benz 2005.
50 Vgl. Benz 2005.
51 Scharpf 2000, S. 46.
52 Vgl. Kleinfeld/Plamper/Huber 2007; vgl. Fürst 2003a, S. 353-354.
53 Vgl. Pütz 2004, S. 49-50, nach Mayntz/Scharpf 1995.

Copyrighted material

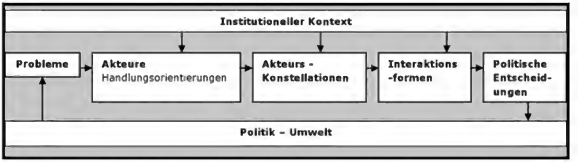


Abb. 2: Parameter des Akteurszentrierten Institutionalismus nach Mayntz und Scharpf[54]

Abbildung 2 stellt die Elemente des Akteurszentrierten Institutionalismus nach MAYNTZ und SCHARPF 1995 graphisch dar. Die dort aufgezeigten „Stationen" sind ein mögliches Muster des Verlaufs von Regional Governance-Prozessen. Der Forschungsansatz von MAYNTZ und SCHARPF 1995 ist ein geeigneter Untersuchungsrahmen, um Regional Governance-Arrangements zu analysieren. In diesem Ansatz werden die für Governance und kollektives Handeln relevanten Prozessdimensionen definiert und zusammengesetzt.[55] Dabei werden die Akteure (Institutionen und Organisationen) sowie deren Kooperationsbeziehungen und Handlungsorientierungen, die institutionellen Rahmenbedingungen, der zeitliche Verlauf und die Situation in Prozessen erfasst.[56] Damit können die Interaktionen zwischen den o. g. Elementen aufgezeigt werden, die vor allem zum Erreichen eines politischen Ergebnisses führen sollen.[57] Solche Analysen können die politischen Verhandlungsprozesse nachvollziehbar machen.

3.4 Perspektiven der Regional Governance-Forschung

Regional Governance dient der Bezeichnung einer komplexen Steuerungsstruktur der Region und kann nach folgenden Betrachtungsmöglichkeiten bewertet werden:

- analytischer Ansatz
- normativer Ansatz
- funktionaler Ansatz
- territorialer Ansatz.[58]

54 Quelle: eigene Darstellung nach Mayntz/Scharpf 1995.
55 Vgl. Benz/Fürst 2003.
56 Vgl. Pütz 2004, nach Mayntz/Scharpf 1995.
57 Vgl. Pütz 2004, S. 49.
58 Vgl. Benz/Fürst 2003, S. 12; Frey 2003, S. 454; Fürst 2003, S. 442; vgl. Nischwitz/Molitor/Rohne 2001..

Copyrighted material

Als Analysebegriff ermöglicht Regional Governance eine genaue Erfassung der Realität und als normative Form weist der Ansatz auf eine effektive und demokratische Steuerungsform hin, z. B. im Sinne von „Good Governance" (Demokratie, Transparenz, Effizienz, Effektivität).[59] Nach BENZ und FÜRST 2003 können durch den Analysebegriff von Regional Governance folgende Elemente erforscht werden: spezifische organisatorische Konstellation, Netzwerkcharakter, Akteure, Kombination von Steuerungsformen sowie Regionalmanagement. Bei der Untersuchung der oben genannten Kategorien sollen ebenfalls die verschiedenen Rahmenbedingungen von Regional Governance berücksichtigt werden (siehe auch Kapitel 3.4). Mit dem normativen Ansatz können erfolgsversprechende Modelle von regionalen Steuerungsstrukturen beschrieben werden.[60] BENZ und FÜRST 2003 weißen in diesem Zusammenhang insbesondere auf institutionalisierte Herausbildung von Regional Governance hin. Damit werden die Organisationsstrukturen, Steuerungsinstrumente sowie das Prozessmanagement von Regional Governance-Arrangements gemeint. Dabei sollen die Governance fördernden Faktoren erfasst werden. Die normative Betrachtung von Governance stellt jedoch kein universelles Modell der Steuerung dar.[61] Nicht desto trotz kann er ähnlich wie der analytischer Ansatz als ein Leitfaden für die Evaluierung konkreter regionaler Kooperationen dienen.[62]

Darüber hinaus wird von zwei weiteren Regional Governance-Grundkonzepten ausgegangen – dem funktionalen und dem territorialen Ansatz.[63] Nach diesem Konzept entstehen die Regional Governance-Arrangements entweder, weil es spezifische Aufgaben in der Region zu lösen gibt oder weil die Region geographisch zusammenhängt. Beim funktionalen Einsatz sind die beteiligten Akteure eher Spezialisten, die sich mit Themen und Problemen der Regionalentwicklung befassen. Sie wählen ihre Kooperationspartner ebenso nach dem Experten-Prinzip aus, d.h. solche, die die Aufgaben und Probleme durch ihr fachliches Wissen bewältigen können.[64] Bei dem territorialen Ansatz wird von einer abgrenzbaren Region ausgegangen, die als Handlungsgrundlage fungiert.[65] Nach PÜTZ 2004 kommen die handelnden Akteure meist aus der Politik und Verwaltung, da deren Kompetenzen,

59 Vgl. Benz/Fürst 2003, S. 12.
60 Vgl. Benz/Fürst 2003.
61 Vgl. Benz/Fürst 2003.
62 Vgl. Benz/Fürst 2003.
63 Vgl. Fürst 2003, S. 442; vgl. Schneider 1996, in: Kleinfeld/Plamper/Huber 2007, S. 8.
64 Vgl. Kleinfeld/Plamper/Huber 2007, S. 8.
65 Vgl. Fürst 2003, S. 442.

Copyrighted material

Zuständigkeiten und Aufgaben ebenso territorial definiert werden. Diese Akteure sind in der Regel so genannten Generalisten und wählen für die Zusammenarbeit andere regional repräsentative Kooperationspartner aus. Abbildung 3 zeigt die Struktur von Regional Governance nach PÜTZ 2004 auf. Die dort genannten Regional Governance-Elemente gleichen zum Teil dem Model des Akteurszentrierten Institutionalismus von MAYNTZ und SCHARPF 1995. Unterschiedliche staatliche und private Akteure bilden verschiedener Akteurskonstellationen heraus. Diese agieren mit Hilfe verschiedener Steuerungsmodi, wie z. B. durch ein Wettbewerb oder eine Kooperation. Damit können Grundelemente einer Regional Governance-Kooperation erfasst werden.

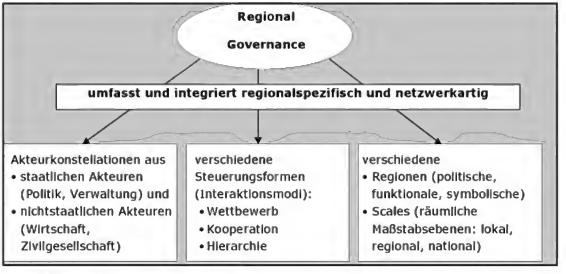


Abb. 3: Merkmale von Regional Governance[66]

3.5 Rahmenbedingungen von Regional Governance

Durch eine prozess- und akteursbezogene Betrachtung von Governance-Arrangements wird eine flexible und themenbezogene Festlegung von Regionen ermöglicht.[67] Den Regionen müssen dabei keine festen, räumlichen Grenzen gesetzt werden. Der Raumbezug spielt deshalb keine entscheidende Rolle bei der Betrachtung von Regional Governance-Arrangements. Es existieren unterschiedliche Ansätze, z. B. von KOOIMAN 2003 oder MAYNTZ und SCHARPF 2005, die keinen Raumbezug aufweisen, sondern sich auf ein politisches Mehrebenen-System beziehen.[68] Die Region wird als ein „Handlungs- und Kooperationsraum" zwischen verschiedenen territorialen Einheiten verstanden, der durch „funktionale Verflechtungen und Interaktionen" bestimmt wird.[69] Die Regionen sind aber gleichzeitig

66 Quelle: eigene Darstellung nach Pütz 2004, S. 98.
67 Vgl. Nischwitz/Molitor/Rohne 2002, S. 4.
68 Vgl. Pütz 2004, S. 165.
69 Vgl. Pütz 2004, S. 89.

Copyrighted material

in die staatliche-, bzw. überregionale Ebene eingebunden und unterliegen deren Rechten und Verpflichtungen. Hier sprechen ADAMASCHEK und PRÖHL 2003 von einer „Multi-level-Governance", welche von der lokalen Ebene bis zur globalen Ebene reichen kann.[70] Damit unterliegen Regional Governance-Arrangements unterschiedlichen Interdependenzen zwischen der staatlichen- und regionalen Ebene. Dieses Mehrebenensystem (zentralistisch versus regional) in dem sich die Regional Governance-Arrangements bewegen, können eine starke Auswirkung auf die Form und Qualität der Kooperationen haben.[71] Die Wechselwirkungen zwischen der staatlichen und regionalen Ebene sind hierbei entscheidende Merkmale, mit denen sich die Regional Governance-Arrangements analysieren und beschreiben lassen.

FERRY 2003 beschreibt Governance als Regelungen der regionalen Kooperationsformen sowie als Übertragung von Macht auf die subnationale Ebene und als Koordination mehrerer Ebenen.[72] Dabei wird die Macht von der Regierungsebene, die hierarchisch arbeitet, auf neue Formen von Kooperation, wie z. B. Netzwerkbildung übertragen. Zu diesem Richtungswechsel haben mehrere Faktoren beigetragen, z. B. EU-Regionalpolitik (Umsetzung von Strukturfonds und die damit verbundenen neuen Organisationsstrukturen in den Regionen), Reformen im Management der Regierungsfunktionen, Sparmaßnahmen durch Dezentralisierung und Neuorganisation traditioneller hierarchischer Beziehungen.[73] Ein weiterer wichtiger Faktor nach FERRY 2003, der zur Anerkennung der regionalen Ebene geführt hat, war der Standpunkt, dass die Regionen am besten selbst über ihr Schicksal entscheiden und dass sie die erforderliche Nähe zum Volk besitzen.

Governance wird als eine Verknüpfung zwischen zentralen Steuerungsformen, Hierarchie, Markt und Zivilgesellschaft verstanden.[74] Im Unterschied zur staatlichen Steuerung durch Government ermöglicht Governance flexible und offene Steuerungsformen.[75] Die grenz-überschreitenden Regional Governance-Arrangements sind dabei ein Sonderfall, da hier oftmals mehrere staatliche Systeme aufeinander treffen und unterschiedliche Rechtsordnungen zu bewältigen sind.[76] Nach BENZ und FÜRST 2003 können administrative Systemunterschiede die grenzüberschreitenden

70 Vgl. Pütz 2004, S. 89.

71 Vgl. Kleinfeld/Plamper/Huber 2007; vgl. Benz 2003; vgl. Fürst 2003b.

72 Vgl. Ferry 2003, S. 1.

73 Vgl. Ferry 2003.

74 Vgl. Kap. 3.1.

75 Pütz 2004, S. 165: Government versus Governance: *„Die explizite begriffliche Unterscheidung von Government und Governance impliziert, dass (Regional) Governance per Definition vom Staat verschieden ist. Allerdings erscheint eine analytisch motivierte scharfe Trennung von Government und Governance künstlich und ist empirisch nicht haltbar. Schließlich ist der Staat oft initiator oder Moderator regionaler Entwicklungsprozesse."*

76 Vgl. Benz/Fürst 2003, S. 13.

Copyrighted material

Kooperationen erschweren. Der Regional Governance-Ansatz soll hier als eine mögliche Lösung auftretender Konflikte dienen. Deren Anwendung unterliegt jedoch dem staatlichen Rechtsrahmen, der sich in unterschiedlichen Rechtsnormen für die regionale Ebene widerspiegelt.[77] Es ist jedoch zu erkennen, dass das Regional Governance-Konzept die bisherige Rolle des Staates erheblich eingrenzt und neue Akteure (oftmals auch private Akteure) an der Steuerung von Regionen beteiligt. Diese Selbststeuerung kann ohne staatliche Akteure nicht funktionieren, denn sie werden benötigt, um beispielweise die Moderation oder die Rahmenbedingungen für die Regional Governance-Arrangements zu schaffen. [78]

Es zeigen sich demnach zwei Seiten der regionalen Transformation auf der europäischen Ebene. Regionen konnten im europäischen Kontext durch die Aufwertung regionaler Selbststeuerung deutlich an Bedeutung gewinnen.[79] Die Konfliktquellen mit staatlichen Organen/ Zentralregierungen sind jedoch noch nicht beseitigt, insbesondere in jenen Ländern, wo das administrative System auf die Zentralität der Entscheidungen setzt.[80]

3.6 Institutionalisierung von Regional Governance-Arrangements

„Governance Prozesse tendieren zur Institutionalisierung – zumindest bilden sich ein organisatorischer Kern, (z. B. Entwicklungsagentur) sowie eine „Lenkungsgruppe", sobald der regionale Diskurs in konkrete Projekte übergeleitet worden ist."[81]

Das o.g. Zitat deutet auf die Bedeutung von Institutionalisierungsprozessen innerhalb von Regional Governance. Gründe dafür sind nach FÜRST 2003 folgende:

- Die Institutionalisierung mindert das Risiko der Interaktion – die Prozesse werden verlässlicher und Mitglieder können auf Aushandlungsergebnisse vertrauen.
- Die Effizienzsteigerung wird durch professionelle Abwicklung von Aufgaben und Prozessen in Regional Governance-Arrangements begünstigt (Finanzen, Vertrag, Zeitmanagement, etc.)[82]

77 Vgl. Benz/Fürst 2003, S. 22.
78 Vgl. Benz/Fürst 2003, S. 13.
79 Vgl. Kap. 2.4.
80 Vgl. Kleinfeld/Plamper/Huber 2007.
81 Fürst 2003a, S. 360.
82 Vgl. Fürst 2003, S. 360-361.

Copyrighted material

Nach FÜRST 2003 können durch organisierte Institutionalisierungsprozesse vertrauensvolle Interaktionsformen zwischen den Akteuren entstehen, die durch ein hohes Niveau an Konfliktregelung gekennzeichnet sind. Oftmals wird dabei nach „Win-win-Lösungen" für alle Partner gesucht, die für eine funktionsfähige Governance typisch sind. Ein weiterer Vorteil kann in Verbesserung der Kommunikation zwischen den Netzwerkteilnehmer liegen.[83] Netzwerke die zu schwach strukturiert sind, können trotz Bildung von Sozialkapital nicht sicherstellen, dass sich die Akteure auch finanziell und mit Personalressourcen stärker engagieren.[84] Des Weiterem hat der regionale „Promotor"[85] bei fehlender Kernorganisation eine deutlich schwierigere Aufgabe, um Themen auf die regionale Tagesordnung zu setzen und genügend Unterstützung dafür zu finden. Aus diesem Grund erfordern Regional Governance-Prozesse eine Gestaltung in Form von Organisationen.[86]

> *„Regional Governance-Arrangements sind kein Ersatz für feste Institutionen, sondern ergänzen sie und machen sie geschmeidiger."*[87]

Nach BENZ und FÜRST 2003 kann interne Institutionalisierung einen bedeutenden Einfluss auf die Qualität der Kooperation haben. Dabei können die institutionellen Strukturen durch unterschiedliche Merkmale bestimmt werden, wie z. B. durch die Art der Regionsabgrenzung, der Rechtsform, der Instanz oder der Kompetenzen.[88] Diese Eigenschaften führen wiederum zur Erarbeitung unterschiedlicher Formen von Kooperationen, wie z. B. regionalen Gebietskörperschaften, Regionalverbänden, Regionalkonferenzen oder Regionalen Netzwerken. Tabelle 2 zeigt unterschiedliche Typen von Regional Governance-Arrangements nach BENZ und FÜRST 2003.

83 Vgl. Fürst 2003b; vgl. Benz 2004.

84 Vgl. Fürst 2003, S. 361.

85 Vgl. Daldrup 2005, S. 62: *„Der Begriff Promotor bezieht sich hierbei auf politische, wirtschaftliche und der Verwaltung angehörige Akteure einer Region, die an der Entwicklung einer Kooperation kontinuierlich partizipieren und eine regionale Kooperation im Wesentlichen tragen."* Nach Daldrup 2005 ist die Aufgabe der Promotoren alle geeigneten Akteure eines Netzwerkes zu mobilisieren, Kooperationshemmnisse abzubauen und ein Netzwerk kontinuierlich zu einer zusammenhängenden Kooperationsstruktur zu entwickeln.; vgl. Diller 2002, S. 103-104: *„In der Regel sind es die politisch Verantwortlichen oder Angehörige des mittleren Managements auf der Verwaltungsebene, welche die Rolle eines Promotors übernehmen. Des Weiteren wird zwischen Machtpromotoren (politische Entscheider), Fachpromotoren (Experten) und Prozesspromotoren unterschieden."*

86 Vgl. Fürst 2003a.

87 Fürst 2003, S. 360.

88 Vgl. Benz/Fürst 2003.

Copyrighted material

	Kreis der beteiligten Akteure	Regelsystem	Stabilität der Beziehungen
Regionale Gebietskörperschaft	Weit, öffentliche Akteure (Land, Region, Kommunen), festliegend	Regulierung, finanzielle Anreize, Finanzausgleich	Institutionalisiert
Regionale Mehrebenenstruktur	Weit, öffentliche (Land, Region, Kommunen) und private Akteure, relativ offen	Verhandlungen im Schatten der Hierarchie	Institutioneller Rahmen, Vertragsbeziehungen und Netzwerke
Regionaler Planungsverband	Eng, öffentliche Akteure (Planungsabteilungen des Landes und der Kommunen), festliegend	Regulierung durch verbindliche Pläne, faktische Verhandlungen	Institutionalisiert, Netzwerke
Regionalkonferenz	Weit, öffentliche und private Akteure, relativ offen	Verhandlungen, z.T. mit Anreizen	Schwach institutionalisiert
Regionale Netzwerke	Weit, öffentliche und private Akteure, offen	Verhandlungen	Netzwerke

Tab. 2: Typen von Regional Governance[89]

3.7 Kritik des Regional Governance-Ansatzes

FÜRST 2004 weist darauf hin, dass das Regional Governance-Konzept weder ein theoretisch noch ein praktisch ausgereiftes und präzises System ist. Der bisherige Ansatz basiert auf einer Vielzahl von Theorieströmen aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen. Diese befassen sich unter anderem mit politischen Interaktionen, kollektiven Handeln, Organisationsmuster oder Netzwerkbildung. Damit ergibt sich ein sehr breites Forschungsfeld von Regional Governance, was eine genaue Bestimmung und ein Verständnis dieses Ansatzes zusätzlich erschwert. Ein weiterer Nachteil ist die Abhängigkeit des Ansatzes von einem bestimmten Kontext, wie z. B. den institutionellen Rahmen, situativen Einflüssen, anstehenden Problemen oder auch den Akteuren, die die Zusammenarbeit in schwach institutionalisierten Kooperationen beherrschen und beeinflussen können.[90] Es ist z. B. nicht festgesetzt, welche Akteure an einem Regional Governance-Arrangement teilnehmen können und warum. Üblicherweise werden neue Teilnehmer durch die schon eingebundenen Personen geworben, was zu Selektionsprozessen führt, wodurch wiede-

89 Quelle: eigene Darstellung nach Benz/Fürst 2003, S. 32.
90 Vgl. Fürst 2004, S. 57.

Copyrighted material

rum eine mögliche Hierarchisierung der Kooperation entstehen kann.[91] Die Institutionalisierung von Governance-Prozessen eröffnet weitere Fragen an den Regional Governance-Ansatz. Eine der Schwierigkeiten stellt die Einbindung von Governance-Strukturen an die bereits existierenden und legitimierten politisch-administrative Systeme dar.[92] In diesem Zusammenhang wird dem Regional Governance-Ansatz die Schaffung von Vorentscheidungsstrukturen vorgeworfen, die nicht unbedingt politisch legitimiert sind.[93] Durch solche Vorgehensweise können manche Akteure von der Mitwirkung an regionaler Steuerung ausgeschlossen werden. Der Regional Governance-Ansatz soll an und für sich nicht das staatliche Handeln ersetzen. Vielmehr soll eine Ergänzung politisch-administrativer Prozesse mit Hilfe privater Akteure ermöglicht werden. Nichtsdestotrotz wird befürchtet, dass der Staat einen Kontrollverlust erleidet, weil er seine Aufgaben nicht mehr alleine erledigen kann und seine Steuerungsfähigkeit teilweise verliert.[94]

Ein weiteres Problem, das mit Regional Governance-Arrangements in Verbindung gebracht wird, ist die Verbindlichkeit der Verhandlungsergebnisse.[95] In nicht sanktionierten Kooperationen hat die Nichterfüllung ausgehandelter Aufgaben meistens keine Auswirkung auf die beteiligten Akteure. Dies betrifft ebenso die möglichen Kooperationsthemen, die nur dann aufgegriffen werden, wenn es eine Mehrheit für deren Bearbeitung gibt. Damit werden die Governance-Prozesse behindert, was deren Mehrwert für die betroffene Region beeinträchtigt. Die begrenzte Handlungsfähigkeit der Akteure und eingeschränkte Konfliktregelungen innerhalb eines Netzwerks können zur Entscheidungsblockaden der Governance-Prozesse führen.[96]

Die in diesem Kapitel vorgestellten Merkmale des Regional Governance-Ansatzes sind in verschiedenen Regionen unterschiedlich ausgeprägt. Um dies zu überprüfen, wird im nächsten Abschnitt eine Messebene für Regional Governance-Arrangements ausgearbeitet. Diese wird in Kapitel 5 und 6 als Grundlage für die Analyse der empirischen Beispiele dienen.

91 Vgl. Fürst 2004, S. 58.
92 Vgl. Kleinfeld/Plamper/Huber 2007.
93 Vgl. Fürst 2004, S. 59.
94 Mayntz 2003, S. 72.
95 Vgl. Benz/Fürst 2003, S. 28, 197.
96 Vgl. Fürst 2003b, S. 446.

Copyrighted material

4 Messkritierien der Analyse empirischer Beispiele

In diesem Kapitel werden Messkriterien zur Bewertung von Regional Governance-Arrangements ausgearbeitet. Im Regional Governance-Diskurs wurden die Instrumente für eine konkrete empirische Untersuchung noch nicht klar definiert.[97] Deshalb müssen diese zuerst identifiziert und festgelegt werden. Verschiedene Studien liefern mögliche Vorschläge für Betrachtung regionaler Kooperationen, auch wenn sie keine universellen Analysekriterien beinhalten, wie z. B. der „Good Regional Governance"-Projekt der Hans-Böckler-Stiftung (2005-2006). Diese basieren in der Tat auf dem Akteurszentrierten Institutionalismus von MAYNTZ und SCHARPF 1995.[98] Der in Kapitel 3.3 vorgestellte analytische Regional Governance-Ansatz eignet sich ebenso für die Analyse von Regional Governance-Arrangements. Dabei werden Faktoren erfasst, die sich positiv oder negativ auf eine Kooperation auswirken können. Diese Vorgehensweise beinhaltet u. a. Informationen über das Zustandekommen, Akteure, die Akteursstruktur sowie das Prozessmanagement des betrachteten Netzwerks und liefert damit ein reales Bild der aktuellen Situation.

Da das Ziel dieser Arbeit eine Evaluation von zwei Kooperationsprojekten ist, werden Faktoren erfasst, die einen Einfluss auf das Zustandekommen von Regional Governance haben. Mit Hilfe dieser Messkriterien werden die empirischen Beispiele Oder-Partnerschaft und CENTROPE-Region untersucht, mit einem Schwerpunkt auf die Institutionalisierungsprozesse innerhalb der jeweiligen Kooperation. Für die Analyse werden folgende Kriterien aus den beiden Projekten betrachtet:

- Zweck und Thema der Kooperation sowie situative Rahmenbedingungen
- Akteure und Akteurskonstellationen
- institutionelle Rahmenbedingungen
- prozess-endogene Faktoren und Prozessmanagement.[99]

97 Vgl. Pütz 2004, S. 97.
98 Vgl. Benz/Fürst 2003, S. 36.
99 Vgl. Benz/Fürst 2003, S. 38-44.

Copyrighted material

4.1 Zweck und Thema der Kooperation sowie situative Rahmenbedingungen

Wie eine Regional Governance-Initiative entsteht und welche Akteure einbezogen werden, hängt von dem Zweck und dem Thema der Kooperation ab. Entscheidend ist der Anlass der Kooperation, beispielsweise ein akutes Problem in der Region oder staatliche Programme, die in der Region in Anspruch genommen werden. Das Thema der Kooperation kann sich ebenfalls auf die Form von Regional Governance auswirken. Hierbei stellt sich die Frage, ob das Thema die Gesamtregion betrifft, ob sektorale Kooperationen erforderlich werden und in welcher Form die Ergebnisse der Kooperation zusammengefasst werden. Die Ergebnisse können u. a. in Form von verbindlichen Regelsystemen oder orientierenden Leitlinien ausgearbeitet werden.[100]

Darüber hinaus werden weitere Aspekte von Regional Governance unterschieden. Zum Beispiel die Frage, ob Themen und Interaktionszwecke projektbezogen oder regionsbezogen betrachtet werden.[101] Bei projektbezogenen Kooperationen reduziert sich die Zahl der Akteure auf die direkt Beteiligten, bei regionsbezogenen Kooperationen können darüber hinaus weitere Akteure beteiligt sein. Die Transaktionskosten sind hier nicht ohne Bedeutung.[102] Diese fallen insbesondere bei projektbezogenen Kooperationen günstiger aus als bei regionsbezogenen. Unter situativen Rahmenbedingungen werden nach BENZ und FÜRST 2005 ebenfalls die politische oder wirtschaftliche Situationen in einer Region, die regionalpolitisch aktiven Personen sowie externe Anreize durch staatliche Fördermittel oder Regionen-Wettbewerbe verstanden.

4.2 Akteure und Akteurskonstellation

Die Akteure und deren Konstellation spielen bei Regional Governance-Arrangements eine wichtige Rolle und werden bei der Oder-Partnerschaft und CENTROPE-Region näher betrachtet. Dabei sollen die Interaktionen zwischen den jeweiligen Akteuren untersucht werden, da diese verstärkt die Qualität der Kooperation beeinflussen können. Nach

100 Vgl. Benz/Fürst 2003, S. 38.

101 Vgl. Benz/Fürst 2003a, S. 38-39; unter verbindlichen Regelsystemen versteht Benz/Fürst z. B. Regionalpläne, und unter Leitlinien Leitbilder oder Umweltqualitätsziele.

102 Vgl. Theuvsen, in: Edeling/Jann/Wagner (Hrsg.) 1999: Unter Transaktionskosten werden die Kosten der Interaktionen zwischen den Netzwerkteilnehmern verstanden. Die Transaktionskostentheorie befasst sich mit *„Institutionellen Arrangements (Verträgen, Organisationsformen, Märkten u.ä.), die den Rahmen ökonomischer Aktivitäten bilden. Ihr Anliegen sind die Erklärung der Entstehung, der Struktur, der Effizienz und des Wandels von Institutionen".*

Copyrighted material

BENZ und FÜRST 2005 können die Akteure unterschiedliche Aufgaben in den Regional Governance-Verhandlungsprozessen übernehmen. Sie können z. B. als Initiator, Promotor, Kontrolleur, Mitläufer oder Bremser einer Kooperation agieren. Welche der o. g. Rollen ein Akteur übernimmt, hängt von dessen Handlungsspielraum und Bereitschaft, bestimmte Aufgaben innerhalb des Netzwerks zu übernehmen, ab.[103]

Die Zusammensetzung der Akteure ist ein weiterer, wichtiger Aspekt der die Handlungsfähigkeit von Regional Governance-Arrangements beeinflussen kann. Nach BENZ und FÜRST 2005 kann ein mögliches Hindernis von Netzwerkarbeit darin liegen, Akteure mit unterschiedlichen Handlungslogiken (Wirtschaft, Politik, Teilnehmer des Dritten Sektors) zu einer regionalen Kooperation zusammenzuführen. Netzwerke, in denen nur Akteure aus den öffentlichen Verwaltungen tätig sind, werden durch Routinevorgänge geprägt, was deren Fähigkeit, kollektives Handeln zu organisieren, deutlich einschränkt.[104] Deshalb wird diesen starren Verwaltungsstrukturen eine „Bremsfunktion" zugeschrieben, was durch einen richtigen Mix der privaten- und staatlichen- Akteure verhindert werden kann.[105]

4.3 Institutionelle Rahmenbedingungen

Regionen entwickeln i. d. R. eigene Steuerungsformen, z. B. aus den bereits existierenden Projektnetzwerken. In welchem Maße sich eine Institutionalisierung der Kooperation herausbildet und wie sie ein Netzwerk beeinflusst, soll bei den beiden empirischen Beispielen untersucht werden. Regional Governance-Arrangements können in unterschiedlichen Formen organisiert werden, z. B. als regionale- Gebietskörperschaft, Mehrebenenstruktur, Planungsverband, Regionalkonferenz oder Netzwerke.[106]

> *„Die Qualität der Selbststeuerungsfähigkeit hängt vom optimalen Mix zwischen Institutionalisierung und netzwerkartigen Verflechtungen ab."*[107]

Dieses Zitat verweist auf die Bedeutung der Institutionalisierungsprozesse bei Regional Governance. Nach BENZ und FÜRST 2004 ist es für eine Region entscheidend, wie sie den optimalen Mix von Institutionalisierung und offener Interaktion findet. Dabei wird von

103 Vgl. Benz/Fürst 2003, S. 39-40.
104 Vgl. Diller 2002, S. 126.
105 Vgl. Fürst 2003b, S. 447.
106 Vgl. Benz/Fürst 2004.
107 Vgl. Benz/Fürst 2003, S. 51.

Copyrighted material

der Annahme ausgegangen, dass zu weit gehende Institutionalisierung die innovatorischen Prozesse lähmt und zu schwach institutionalisierte Kooperationen die regionale Handlungsfähigkeit behindern kann.[108] Eine Institutionalisierung der Kooperation kann diese absichern, in dem sie z. B. im Falle eines Personalwechsels auf der politisch-administrativen Ebene weiterhin unabhängig agieren kann.[109] Wie die Institutionalisierungsprozesse verlaufen und welche Akteure integriert werden, sind weitere Fragestellungen die in Bezug auf Regional Governance-Arrangements beantwortet werden sollen. Durch eine Institutionalisierung sollen die für das Funktionieren einer Kooperation wichtigen Funktionen erfüllt werden. Dazu gehören nach BENZ und FÜRST 2005 Führung, Administration, Kommunikation, Konfliktregelung, Konsensbildung und Controlling.[110] Um diese Aufgaben erledigen zu können, wird ein organisatorischer Kern benötigt, der diese verteilt und Moderations-/Führungsfunktionen übernimmt. Ob solche Mechanismen in der Oder-Partnerschaft und CENTROPE vorhanden sind, wird ebenfalls Gegenstand der Analyse.

4.4 Prozess-endogene Faktoren und Prozessmanagement

Im Folgenden werden die Moderationsprozesse von Regional Governance näher betrachtet. Hier soll untersucht werden, wie die Prozesssteuerung im Netzwerk verläuft und wie die Akteure organisiert werden. Dabei soll festgestellt werden, wer für das Management einer Initiative verantwortlich ist. Das operative Management kann z. B. in Form einer Geschäftsstelle und die agierenden Akteure z. B. in einer Arbeits- oder Lenkungsgruppe gebündelt werden.[111] Damit soll die Erfüllung der in Abschnitt 4.3 genannten Aufgaben (Administration, Kommunikation, Konfliktregelung, Konsensbildung und Controlling) koordiniert werden. Durch ein zielgerechtes Prozessmanagement sollen die prozessendogenen Faktoren gemildert werden.[112] Um dieses zu erreichen, soll ein Regelsystem für die beteiligten Akteure entwickelt werden. Die Aufgaben innerhalb der Kooperation müssen klar definiert, verteilt

108 Vgl. Benz/Fürst 2003, S. 51: Nach Benz/Fürst 2003 ist unter regionaler Handlungsfähigkeit, die Fähigkeit zur Entscheidung, Umsetzung und Controlling von regionalen Problemlösungen zu verstehen.

109 Vgl. Benz/Scharpf/Zintl 1992, S. 85

110 Benz/Fürst 2003, S. 42.

111 Vgl. Benz/Fürst 2003, S. 196.

112 Vgl. Benz/Fürst 2003, S. 36: Nach Benz/Fürst können die prozess-endogenen Faktoren, die Eigendynamik der Prozesse einflussen (Führungs-/Steuerungsfunktionen, Integrations-/Konfliktregelungsfunktionen, Lernverläufe, Sozialkapitalisierung, u. a.).

Copyrighted material

und kontrolliert werden. Dies kann die Umsetzung der gestellten Ziele erleichtern. Bei den untersuchten Regionen sollen die Akteure des operativen Managements sowie deren Funktionen festgelegt werden.

Anhand der o. g. Merkmale lassen sich die beiden empirischen Beispiele inhaltlich sowie funktional untersuchen. Auf deren Grundlage kann die Entstehung von Regional Governance-Arrangements und deren Entwicklung näher betrachtet werden. Dabei wird die jeweilige Kooperationsstruktur sowie das Management der Governance-Prozesse analysiert. Diese Messkriterien werden in Kapitel 5 und 6 auf die beiden Regionen praktisch angewendet.

Copyrighted material

5 Regional Governance in der Oder-Partnerschaft

5.1 Oder-Partnerschaft – regionaler Überblick

Regionen sollen in Bezug auf die Regional Governance-Diskussion als *„Ergebnis gesellschaftlicher Interaktionen"* angesehen werden, die *„jedoch in hohem Maße ausdifferenziert und funktional spezialisiert sind."*[113] Die Oder-Partnerschaft lässt sich als eine Region vielfältiger gesellschaftlicher, wirtschaftlicher, politischer sowie sozialer Interaktionen definieren. Die Idee einer verstärkten Partnerschaft soll diese Interaktionen koordinieren und neue Impulse für eine zielorientierte Aufgabenerfüllung und Lösungsfindung der auftretenden Probleme im Grenzgebiet geben. Darüber hinaus wird nach neuen Ansätzen gesucht, die die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen intensivieren und effizienter gestalten sollen.

Abb. 4: Räumliche Darstellung der Oder-Partnerschaft nach Regionen und Logo der Initiative.[114]

Abbildung 4 stellt die teilnehmenden Regionen der Oder-Partnerschaft beiderseits des Grenzflusses dar. Die deutsch-polnische Grenzregion ist durch eine ungleichmäßig verteilte Wirtschaftskraft der Teilregionen gekennzeichnet. Zwischen den großen Zentren der Region: Berlin, Szczecin, Poznań, Wroclaw, befinden sich viele strukturschwache ländliche Gebiete.

Die bisherigen Netzwerkaktivitäten verlaufen überwiegend zwischen den bereits erwähnten Wirtschaftszentren. In diesen Ballungsräumen befinden sich auch die meisten Direktinvestitionen der Gesamtregion.[115] Tabelle 3 vergleicht die regionalen Zentren anhand von Strukturdaten. Die graphische Darstellung der größten Städte der Region sowie der Unterzentren folgt in der Abbildung 5.

113 Pütz 2004, S. 165.
114 Quelle: http://www.berlin.de/sen/wirtschaft/region (11.09.2008).
115 HWWA Report 262 und 263.

Copyrighted material

Stadt	Bevölkerung 2008	Regionales BIP in Mio. € / 2005	BIP je Einwohner in € /2005	Arbeitsloen-quote in %
Berlin	3.424.801	78.989	23.292	12,8 (Nov. 2008)
Dresden	507.513	34.313	20.609	11,3 (Jul. 2008)
Posen	559.458	23.701	6.849	6 (Jul. 2008)
Szczecin	407.260	10.176	5.947	12,7 (Jul. 2008)
Wroclaw	632.930	19.126	6.617	7 (Jul. 2008)

Tab. 3: Strukturdaten der wichtigsten Zentren der Oder-Partnerschaft[116]

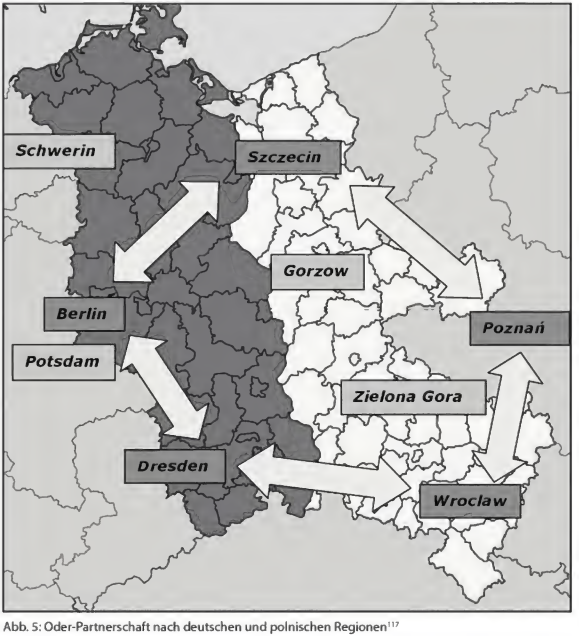


Abb. 5: Oder-Partnerschaft nach deutschen und polnischen Regionen[117]

116 Quellen: Eurostat, http://ec.europa.eu/eurostat (11.09.2008); www.infopolen.de (23.11.2008).
117 Quelle: eigene Darstellung nach HWWA Report 263.

Copyrighted material

5.2 Politische Hintergründe und Ziele der Kooperation

Der Begriff der „Oder-Gemeinschaft" tauchte erstmals im Jahr 1999 in Berlin auf, als der damalige polnische Präsident Aleksander Kwasniewski die Idee einer grenzüberschreitenden Partnerschaft für Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie zwischen Deutschland und Polen vorstellte.[118] Im Jahr 2000 haben die ehemaligen polnischen und deutschen Außenminister Wladyslaw Geremek und Joschka Fischer einen gemeinsamen Artikel über die Deutsch – Polnische Zusammenarbeit („Oderverbund") in „Rzeczpospolita" und dem „Tagesspiegel" veröffentlicht.[119] Schon 1992 hat der so genannte „Stolpe Plan" auf den beiden Seiten der Oder, besonders aber in Polen, für Aufmerksamkeit gesorgt.[120] Stolpe hat in seinem Plan zukünftige und intensive grenzüberschreitende, deutsch- polnische Zusammenarbeit vorausgesagt. Seine damaligen Überlegungen dienen noch heute als Ausgangsbasis vieler konkreter Deutsch – Polnischer Initiativen in der Grenzregion.

Nach fast zehn Jahren bemühen sich nun überwiegend die Bundesländer Berlin und Brandenburg aus den damaligen politischen Versprechungen eine aktive Kooperation an der gesamten deutsch-polnischen Grenze zu etablieren. Die Politik sieht in der Oder-Partnerschaft eine *„Brücke nach Osteuropa"* bzw. betont die *„zentraleuropäische Brückenfunktion."*[121] Als Hauptziel des Projektes gilt es, das Gebiet *„langfristig zu einem innovativen, wissensbasierten Wirtschaftsraum auszubauen, der sich mit anderen europäischen Wirtschaftsräumen messen kann"*.[122] Ein weiteres Ziel ist die Entwicklung der Gesamtregion durch einen Interessenabgleich zwischen städtischen Zentren und ländlichen Regionen.[123]Dieses soll zu einer gemeinsamen Gestaltung des deutsch-polnischen Lebens- und Wirtschaftsraums führen, um die Region in der EU stärker zu positionieren.

Den Auftakt der Zusammenarbeit bildete eine deutsch-polnische Wirtschaftskonferenz zur Oderregion im April 2006 in Berlin. Dort trafen sich etwa 200 Vertreter aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft. Koordiniert wurden die Aktivitäten zunächst von der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft Technologie und Frauen (Sen-

118 Vgl. Krzeminski 2007a.
119 Vgl. Krzeminski 2007b.
120 Vgl. Guz-Vetter, S. 18-19.
121 Vgl. http://www.berlin.de/landespressestelle/archiv/2008/11/05/113446/index.html (12.12.2009).
122 Vgl. http://www.berlin.de/sen/wirtschaft/region/ (04.06.2008).
123 Vgl. http://www.berlin.de/sen/wirtschaft/region/ (05.04.2008).

Copyrighted material

WTF). Auf der Konferenz wurden konkrete Vereinbarungen zur weiteren Zusammenarbeit getroffen. Zu den Schwerpunkten der Kooperation gehören die Themen Innovation/Mittelstand/Technologietransfer, Verkehr/Logistik und Tourismus.[124] Die administrativen Einheiten der jeweiligen Partnerregionen, welche an einer Zusammenarbeit in diesen Bereichen interessiert sind, sollen selbstständig gemeinsame Projektthemen finden. Diese müssen jedoch auf polnischer Seite mit den jeweiligen Regionalen Entwicklungskonzepten sowie den spezifischen Entwicklungsvorschriften und Prioritäten der Zentralregierung übereinstimmen.[125] Des Weiteren haben sich die Partner darauf geeinigt, die Förderprogramme der EU für gemeinsame Projekte zur Entwicklung der Region zu nutzen. In den bisherigen Projekten überwiegen die wirtschafts- und infrastrukturbezogenen Themen, wie z. B. das Projekt „TEICO-Net"[126] oder der „Runde Tisch Verkehr."[127] Hierbei konnten erste Ergebnisse erreicht werden, wie u. a. die Synchronisation der Fahrpläne zwischen der Deutschen Bahn und der Polnischen Staatsbahn.[128]

5.3 Situative Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit

Mit der Initiative waren von Beginn an Konflikte und Unstimmigkeiten zwischen den deutschen und polnischen Partnern verbunden. Die Federführung Berlins bewirkte eine gewisse Skepsis innerhalb der polnischen Verwaltung und den Zentralorganen, vor allem im Bezug auf bisherige bilaterale Kooperationen zwischen den Wojewodschaften und den jeweiligen ostdeutschen Bundesländern. Auch um diese Spannungen zu entschärfen, verständigten sich beide Seiten auf eine Neubenennung der Initiative von der ursprünglichen „Oder Region" auf die Bezeichnung Oder-Partnerschaft.[129]

Als eine der größten Schwierigkeiten der deutsch-polnischen Kooperation auf regionaler Ebene werden die unterschiedlichen administrativen Systeme genannt.[130] In Deutschland liegt die Zusammenarbeit im Rahmen

124 Vgl. Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa des Landes Berlin http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/europapolitik/moe_portal.html (14.11.2008).

125 Stellungnahme – Oder-Partnerschaft, Posen (12.09.2008):

126 Netzwerkbildung zwischen den Wirtschaftsförderungsinstituten, Förderbanken, Technologie- und Innovationszentren aus der Region und anderen europäischen Staaten – Lettland, Schweden und Litauen; Quelle: www.teico-net.de (20.11.2008).

127 Grenzüberschreitendes Netzwerk im Verkehrsbereich; Quelle:http://www.stadtentwicklung.berlin.de/internationales_eu/stadtplanung/de/moe/oderregion.shtml (08.11.2008).

128 Vgl. Interview 6.

129 Vgl. Stellungnahme – Oder-Partnerschaft, Posen (12.09.2008).

130 Vgl. Interview 6, 7, 8.

Copyrighted material

der Oder-Partnerschaft im Aufgabenbereich der Bundesländer. In Polen dagegen müssen drei administrativen Ebenen in die Zusammenarbeit eingebunden werden: die Stadtverwaltungen, die Wojewodschaftsämter und die Marschallämter.[131] Die Wojewodschaften verfügen institutionell über eine Doppelstruktur von Staats- (Wojewode) und Selbstverwaltung (Marschallamt), die ihre Funktionen unabhängig voneinander ausüben und getrennte Zuständigkeiten haben.[132] Vertreter des Zentralstaates ist der Wojewode, der vom Ministerrat ernannt wird. Ihm obliegt die Wahrung staatlicher Interessen auf regionaler Ebene. Die Organe der Selbstverwaltung auf Wojewodschaftsebene sind die Wojewodschaftsversammlung (Sejmik Województwa) und der Wojewodschaftsvorstand (Zarzad Województwa). Der Sejmik ist das entscheidende Kontrollorgan der Wojewodschaft und bestimmt u. a. Richtung und Methoden der internationalen Zusammenarbeit. Die Wojewodschaftsversammlungen dürfen allerdings keine selbstständige Außenpolitik betreiben, sondern müssen ihre grenzüberschreitenden Aktivitäten mit den Zentralorganen in Warschau koordinieren.[133]

Damit ergibt sich eine weitere Ebene die an der Projekt-Zusammenarbeit im Rahmen der Oder-Partnerschaft beteiligt werden müsste. Die Marschallämter als wichtigste Ebene der Regionalsteuerung in Polen, die unter anderem für die zukünftige Entwicklung von Regionen verantwortlich sind, scheinen hier der am meisten geeignete Partner innerhalb der Initiative zu sein. Es ist jedoch ersichtlich, dass die regionalen Akteure in Polen nur einen gewissen Spielraum bezüglich der Weiterentwicklung des Projektes besitzen. Sie stoßen auf administrative Hürden bei der Zentralregierung, die aus dem polnischen Verwaltungssystem resultieren. Darüber hinaus gibt es ein verstärktes Konkurrenzdenken innerhalb der polnischen Regionen. Die wirtschaftsstarken Zentren wie Szczecin, Poznań oder Wroclaw sind mit den bisherigen bilateralen Beziehungen mit Berlin und Brandenburg zufrieden. Die bilateralen Beziehungen mit ostdeutschen Bundesländern und Berlin bestehen bereits seit mehreren Jahren und funktionierten bisher auch ohne die Oder-Partnerschaft.[134] An einem Mehrwert der multilateralen Zusammenarbeit wird daher gezweifelt.

131 Vgl. Interview 7.

132 Vgl. Bokajlo 2000, S. 340; vgl. Durka 1999, S. 53-58: Auf der Grundlage des „Gesetzes über die Einführung einer dreistufigen territorialen Gliederung des Staates" vom 24. Juli 1998 wurde zum 01. Januar 1999 in Polen eine neue administrative Verwaltungsstruktur eingeführt. Das polnische Staatsgebiet gliedert sich nunmehr in Wojewodschaften (Województwa), neu gebildete Kreise (Powiaty) und Gemeinden (Gminy). Mit der Neugliederung wurden aus 49 kleinen 16 wesentlich größere Wojewodschaften gebildet.

133 Vgl. Bokajlo 2000: Der Wojewodschaftsvorstand ist auf der Basis der vom Sejmik verabschiedeten Rechtsvorschriften und Beschlüsse auch für die Organisation der interregionalen Kontakte verantwortlich. Geplante Projekte sind über den Wojewoden dem Außenministerium zur Genehmigung zuzuleiten.

134 Vgl. Interview 7.

Copyrighted material

Diese divergierenden Ansichten zwischen der deutschen und polnischen Seite können u. a. in einem unterschiedlichen Verständnis von Regionen als räumliche Handlungseinheit liegen.[135] Die polnischen Städte und Regionen haben in den letzten Jahren auf nationaler Ebene an Bedeutung gewonnen. Insbesondere die wirtschaftsstarken Zentren haben sich rasch entwickelt. Damit ist ein neues Bewusstsein der regionalen Ebene entstanden. Dieser kann jedoch noch lange nicht mit dem Regionalbewusstsein der deutschen Bundesländer verglichen werden, der aus dem historisch gewachsenen Regionen sowie dem Föderalismus resultiert. Das Konkurrenzdenken zwischen den Städten und Regionen hat erheblich zugenommen, vor allem im Hinblick auf die Zuweisung und Nutzung der EU-Strukturfonds. Dieser Wettbewerb kann sich ebenso auf Kooperationen mit deutschen Städten und Regionen auswirken. Die wirtschaftlichen Interessen der grenznahen Städte und Regionen in Deutschland und Polen sowie standortbezogenes Konkurrenzdenken sind daher nicht zu unterschätzen. Ebenso ist es bemerkenswert, dass Berlin seine östlichen Nachbarn verspätet als wirtschaftlichen Kooperationspartner entdeckt. Die politisch-administrative Ebene Berlins hat ihr Interesse an einer verstärkten Zusammenarbeit mit den MOE-Staaten erst im Jahr 2003 durch die Verabschiedung eines Positionspapiers bekräftigt.[136]

5.4 Akteure und Akteurskonstellation

Aus der oben beschriebenen Administrationsstruktur ergibt sich ein breites Spektrum an polnischen Projekt-Akteuren. Diese kommen überwiegend aus den Stadt-, Wojewodschafts- und Marschalämtern und sind Verwaltungspersonen der Abteilungen für EU-Angelegenheiten, Regionalentwicklung oder Infrastruktur.[137] An den bisherigen Aktivitäten haben ebenso externe Akteure teilgenommen, welche bspw. als Berater der Öffentlichen Verwaltung fungieren oder den Bereichen Wissenschaft, Stadtentwicklung und Wirtschaft angehören. Beispiele hierfür sind ein Wissenschaftler der Technischer Fachhochschule Wroclaw oder Vertreter des Wissens- und Technologieparks Posen. An der Auftaktkonferenz waren ebenso Vertreter der Zentralregierung sowie der polnischen Botschaft in Berlin beteiligt.[138]

135 Vgl. Interview 7.

136 Vgl. Kohlisch 2008; vgl. Positionspapier zur Zusammenarbeit des Landes Berlin in Mittel und Osteuropa. Grundsätze und Schwerpunkte,15.11.2003; Quelle: http://www.berlin.de/imperia/md/content/rbm-skzl/europareferat/95.pdfPositionspapier (20.11.2008); vgl. Interview 6, 8.

137 Vgl. Stellungnahme – Oder-Partnerschaft; Posen (12.09.2008); vgl. Interview 7.

138 Vgl. http://www.berlin.de/sen/wirtschaft/region/ (12.09.2008).

Copyrighted material

Die Initiatoren der Kooperation waren politische und administrative Vertreter aus Berlin und Brandenburg. Eine besondere Rolle haben die Mitarbeiter der Berliner Wirtschaftsverwaltung, der Brandenburger Staatskanzlei sowie die Berliner Abteilung für EU-Angelegenheiten des regierenden Bürgermeisters gespielt.[139] Jedoch gibt es bereits in dieser Kooperationsphase Akteure mit unterschiedlichen Handlungslogiken oder Handlungsmustern. Diese ergeben sich hierbei auch aus den verschiedenen administrativen Systemen und den daraus resultierenden Kompetenz-, und Zuständigkeitsunterschieden der deutschen und polnischen Partner. Eine andere Akteurskonstellation ergibt sich in der Projektgruppe Verkehr. Am „Runden Tisch Verkehr" beteiligen sich neben Vertretern der jeweiligen Stadt- und- Regionalverwaltungen auch Akteure der zuständigen Ministerien sowie Vertreter der deutschen und polnischen Bahngesellschaften.[140] Damit wird ein breiter Akteurkreis zugelassen, welcher Entscheidungskompetenzen besitzt und somit die Vorschläge direkt umsetzen kann.[141]

Das breite Spektrum an administrativen Akteuren, insbesondere auf der polnischen Seite, kann die Koordination zusätzlich erschweren. Die bisherigen Strukturen waren meist rein administrativ und bei unterschiedlichen Stellen in den deutschen und polnischen Verwaltungen verankert. Ein externes Expertenpool war nicht vorhanden. Es waren nur vereinzelte und nicht organisierte externe Akteure vertreten. Die Akteurskonstellation war somit relativ homogen und bestand überwiegend aus den so genannten Generalisten.

5.5 Institutionelle Rahmenbedingungen

Die Akteure der Oder-Partnerschaft setzen beim derzeitigen Stand der Kooperation auf projektbezogene Aufgaben und verzichten auf eine Institutionalisierung.[142] Die Partnerschaft verfügt bis dato über keine Institution, welche die Koordination der Arbeit in der gesamten Region übernimmt. Die Aufgaben werden auf die Verwaltungsakteure übertragen. Die Zusammenarbeit im Netzwerk hängt demnach eng mit der Bereitschaft der Teilnehmer zusammen, neue Aufgaben im Rahmen des Projektes zu übernehmen. Die deutsche Seite der Initiative besteht aus zwei Ebenen der Koordination. Die politisch-administrative Steuerung der Oder-Partnerschaft befindet sich bei der Berliner Senatskanzlei sowie der Staatskanzlei des Landes Brandenburg. Diese Konstellation entstand im Zuge des gemeinsamen Kabinettsbeschlusses

139 Vgl. Interview 6, 8.
140 Vgl. Murach 2006, S. 4.
141 Vgl. Murach 2006, S. 7.
142 Vgl. Interview 8.

Copyrighted material

der Länder Berlin und Brandenburg. Die Koordination der Projekte aus dem Bereich Wirtschaft übernimmt der im Jahr 2007 etablierte Organisations- Tandem Berlin (SenWTF) in Zusammenarbeit mit dem Marschallamt der Wojewodschaft Zachodniopomorskie.[143] Die Steuerung der Gruppe Verkehr findet in einer engen Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung statt, die wiederum gemeinsam mit dem Verkehrsverbund Berlin Brandenburg (VBB) auch für das Management des Runden Tisches Verkehr verantwortlich ist.[144] Regelmäßige Lenkungsrunden zur Oder-Partnerschaft finden intern zwischen der Senatskanzlei Berlin und der Staatskanzlei Brandenburg statt. Hierbei nehmen auch die SenWTF sowie die Gemeinsame Landesplanung Berlin Brandenburg (GL) teil.[145]

Die Arbeit an der Oder-Partnerschaft Initiative wird in den polnischen Regionen nicht zusätzlich koordiniert. Es gibt kein spezielles Organisationsinstrument, das die polnischen Partner des Projekts nach Außen sowie nach Innen vertritt und projektbezogenen Aufgaben übernimmt.[146] Alle Tätigkeiten werden intern, durch Verwaltungsangestellte erledigt. Zusätzlich verlangt die polnische Zentralregierung in Warschau, dass die Fortschritte der Kooperation unmittelbar mit der Zentrale abgesprochen und dort vermittelt werden.

5.6 Prozessmanagement

Derzeit mangelt es an einem operativen, außerhalb der Verwaltungsstrukturen angesiedelten Management des Projektes. Die oben erwähnte Lenkungsgruppe koordiniert alle Aktivitäten der Oder-Partnerschaft auf der deutschen Seite. Diese ist ebenso bei den rein administrativen Akteuren aus der Region angesiedelt.[147] Im Rahmen der Tandem-Funktion zwischen Berlin und Szczecin (Marschallamt ZP) werden regelmäßige Abstimmungsrunden zwischen der SenWTF sowie den Wirtschaftsministerien Brandenburgs und Mecklenburg-Vorpommerns auf Referatsleiter- und Referentenebene organisiert.[148] Während dieser Treffen werden u. a. die zweimal jährlich stattfindenden Netzwerktreffen Wirtschaft/Verkehr der Oder-Partnerschaft vorbereitet. Eine ähnliche Funktion erfüllen die Statusrunden der der-Partnerschaft für den Bereich Verkehr/Raumentwicklung, an denen ebenso polnische

143 Vgl. Interview 6, 8.
144 Vgl. Interview 8.
145 Vgl. Schriftliche Anfrage SenWTF Berlin (21.10.2008).
146 Vgl. Interview 7.
147 Vgl. Interview 8.
148 Vgl. Schriftliche Anfrage SenWTF Berlin (21.10.2008).

Copyrighted material

Partner teilnehmen.[149] Die Hauptakteure der Partnerschaft in Szczecin sind die Mitarbeiter der Abteilung für internationale Zusammenarbeit des Marschallamtes. Dort gibt es jedoch keine spezifische Stelle, die sich ausschließlich mit dem Projekt beschäftigt. Die Abteilung bearbeitet neben der Oder-Partnerschaft ein breites Spektrum an weiteren internationalen Aufgaben der Wojewodschaft Zachodniopomorskie.[150]

Die Brandenburger Staatskanzlei hat unter anderem gemeinsam mit der Hertie Stiftung[151] einen zweitägigen Workshop zum Thema Oder-Partnerschaft organisiert. Neben den administrativen Vertretern aus den beteiligten Städten und Regionen nahmen an dieser Veranstaltung Vertreter der Hertie Stiftung teil. Damit konnte ein weiteres Treffen auf der Arbeitsebene der Initiative organisiert werden.

Die Stadt Berlin übernimmt als Impulsgeber und Koordinierungsstelle eine dominierende Funktion in der Oder-Partnerschaft. Kürzlich wurde hierbei ein externer Dienstleister mit dem Netzwerkmanagement der Initiative beauftragt. Dieser wird die SenWTF bei Kommunikations- und Abstimmungsaufgaben für die projektbezogene Zusammenarbeit im Wirtschaftsbereich unterstützten.[152] Hierbei handelt es sich um ein aus drei Dienstleistungsunternehmen bestehendes Konsortium (B.&S.U.; blue; Infrastruktur&Umwelt), das über vielfältige Erfahrungen in den Bereichen EU-Projektmanagement, Wirtschaftsförderung und deutsch-polnische Zusammenarbeit verfügt. Die Finanzierung dieser Dienstleistung erfolgt über EFRE-Mittel sowie das Berliner Projekt „Netzwerkbildung Mittel- und Osteuropa".[153] Damit sind erste Anzeichen einer externen Aufgabendurchführung sichtbar. Aufgrund der vor Kurzem erfolgten Ausgliederung sind noch keine Beurteilungen auf die Auswirkung auf das Projekt möglich.

149 Vgl. Schriftliche Anfrage SenWTF Berlin (21.10.2008).
150 Vgl. Interview 7.
151 http://www.ghst.de/willkommen.php (12.12.2008) Hertie Stiftung unterstützt mit dem Programm „Europäische Akademie der Regionen" z.B. den Verwaltungsaustausch von Fachkräften aus Deutschland, Polen, Tschechien, der Ukraine und Ungarn. Die Stiftung hat ebenso den ersten Workshop zum Thema Oder Partnerschaft in Genshagen finanziert und sich bereit erklärt, weitere Initiativen im Projekt zu unterstützen.
152 Vgl. Schriftliche Anfrage SenWTF Berlin (21.10.2008).
153 Vgl. Schriftliche Anfrage SenWTF Berlin (21.10.2008).

Copyrighted material

5.7 Fazit

Es zeichnet sich ein unregelmäßig verteiltes Koordinationsmanagement des Projektes zwischen der deutschen und polnischen Seite und damit keine klare Organisationsstruktur ab. Die deutschen Partner verfügen über eine Lenkungsgruppe zwischen den drei Bundesländern Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. In Polen hingegen gibt es bis dato keine einheitliche Koordination des Projektes unter den Teilregionen. Die polnischen Projektpartner zeigen sich teilweise skeptisch gegenüber der Initiative, insbesondere trotz der bisher zufrieden stellenden bilateralen Beziehungen mit den deutschen Bundesländern. Man sieht kaum einen Mehrwert einer erweiterten, multilateralen Kooperation, da das Projekt noch keine konkreten Ergebnisse und Effekte aufweist.

Aus den durchgeführten Interviews sowie der Recherche ergibt sich ein komplexes Bild der Struktur der Oder-Partnerschaft. Die Initiative besteht aus vielen fragmentierten Aktivitäten, was oftmals zu Missverständnissen zwischen den Partnern führt. Die bisherige Zusammenarbeit verlief überwiegend auf der Verwaltungsebene. Eine bestimmte Umgangspraxis zwischen den administrativen Akteuren, die aus Verwaltungs- und Politikvorgängen hervorgeht, kann einen Nachteil solch einer Akteurskonstellation darstellen. Die häufigsten Treffen finden als reine Administrationstreffen statt und die bisherigen Projekte waren ebenso in einem hohen Maße durch die Verwaltungen aus den Partnerregionen geprägt. Dies weißt auf eine geringe Erfahrung der Zusammenarbeit auf dem Feld der grenzüberschreitenden Kooperationen mit privaten Akteuren hin. Vor allem in Polen ist diese Art der Aufgabenbewältigung mit Hilfe privater Akteure noch nahezu unbekannt. Diese Ergebnisse weisen ebenso auf eine geringe Ausprägung der Regional Governance-Strukturen in der deutsch-polnischen Grenzregion. Auch wenn die Kooperation sich noch in der Entstehungsphase befindet, ist der Regional Governance-Ansatz in der Oder Partnerschaft kaum gegeben.

Copyrighted material

6 Regional Governance in der CENTROPE-Region

6.1 CENTROPE – Überblick

CENTROPE ist eine gemeinsame Initiative der österreichischen Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland, des tschechischen Kreises Südmähren, der slowakischen Kreise Bratislava und Trnava, der ungarischen Komitate Győr-Moson-Sopron und Vas sowie der Städte Bratislava, Brno, Eisenstadt, Győr, Sopron, St. Pölten, Szombathely und Trnava. Das CENTROPE-Logo (Abb. 6) zeigt symbolisch die Verdichtung der Kooperationsbeziehungen zwischen Ungarn, Österreich, Tschechien und Slowakei in der grenzüberschreitenden Region zwischen den vier Nachbarstaaten. Es stellt keinen starren Grenzverlauf des Raumes dar, um die Offenheit für weitere Partner der Initiative zu demonstrieren.[154]

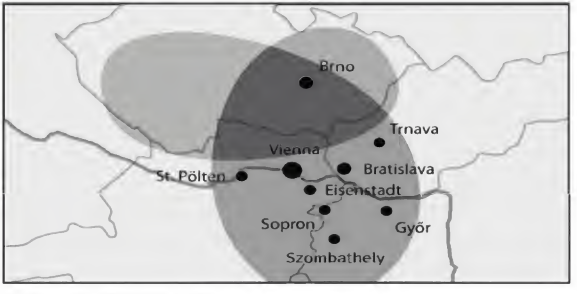


Abb. 6: Logo der CENTROPE-Region[155]

Die Hauptballungszentren der Region sind Wien und Bratislava. Zu den untergeordneten Zentren gehören die Städte Brno und Györ. Insgesamt leben in CENTROPE ca. 6,5 Millionen Menschen.[156] Der gesamte CENTROPE-Raum besteht aus acht Regionen und neun Städten. Wien als Hauptstadt Österreichs liegt in der Nähe zu den drei osteuropäischen Staaten Ungarn, Slowakei und Tschechien. Diese Vierländer-Grenzregion ist ein spezifisches Territorium, indem

154 Vgl. http://centrope.info/baerdtneu (10.08.2008); vgl. Interview 2: Das Logo wurde während eines Schulwettbewerbs in den Partnerregionen entwickelt.

155 Quelle: www.centrope.info (15.12.2008).

Copyrighted material

vier unterschiedliche Völker und Sprachen aufeinander treffen und in unmittelbarer Nähe leben. Diese einzigartige geographische Lage hat die administrativen Verantwortlichen aus Wien zu Überlegungen über eine gemeinsame Entwicklung der Region veranlasst. Einen allgemeinen Überblick über die Städte und Regionen bietet Abbildung 7.

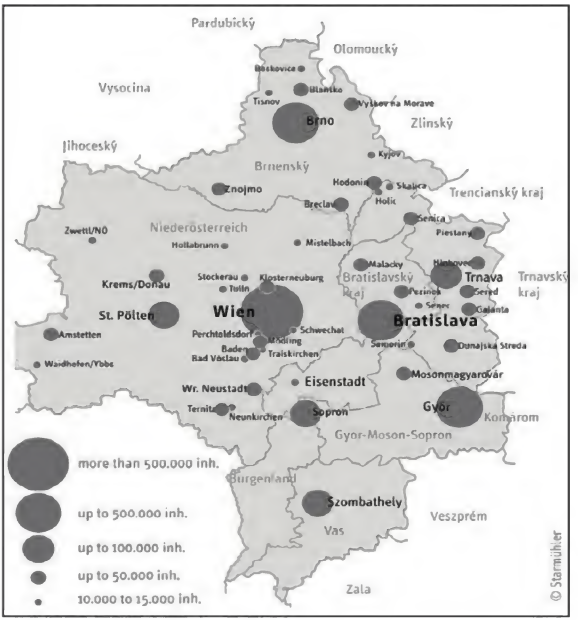


Abb. 7: Städte und Regionen im CENTROPE-Raum[157]

CENTROPE strebt die Entwicklung einer *„gemeinsamen Region des Wachstums und des Wohlstandes"* und einer *„Positionierung im Europa der Regionen"* an.[158] Die Auftaktkonferenz fand 2003 in Kittsee (Österreich) statt. Hierbei wurde durch politische Vertreter aus 16 Gebietskörperschaften (Bundesländern, Kreisen, Komitaten und

157 Quelle: www.centrope.info (15.12.2008).
158 Erklärung von Kittsee 2003; Quelle: http://centrope.info/baerstart (17.11.2008).

Copyrighted material

Städten), eine gemeinsame politische Vereinbarung unterzeichnet. Die Metropole Wien spielte die dominierende Funktion als Initiator, Impulsgeber und Koordinierungsstelle. Ähnlich wie Berlin, sieht sich Wien in der Rolle einer „Brückenfunktion" zu den MOE-Wachstumsmärkten.[159]

6.2 Politische Hintergründe und Ziele der Kooperation

Bereits Anfang der 1990er Jahre wurden Studien über die Region zum Thema der grenzüberschreitenden Regionalentwicklung durchgeführt.[160] In den Jahren 2000/2001 trafen sich erstmals die Vertreter der drei österreichischen Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland, um die Möglichkeiten und Potenziale der grenzüberschreitenden Region zu untersuchen. Kurz darauf wurde die bis dahin rein österreichische Initiative auf die östlichen Partnerregionen erweitert. Es fanden mehrere Workshops in Österreich, Tschechien, Ungarn und der Slowakei statt.[161] Im Vordergrund stand hierbei die Überlegung, in welchen Bereichen eine engere Kooperation angestrebt werden soll. Es wurde den Fragen nachgegangen inwieweit die Region in Zukunft zusammenwachsen wird, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede es zwischen den benachbarten Teilregionen gibt und wie sich die Region als ein gemeinsamer Raum in den nächsten Jahren entwickeln könnte.[162] Die österreichischen Akteure haben erkannt, dass mit dem EU-Beitritt der Nachbarstaaten eine gemeinsame Entwicklung im Grenzraum unaufhaltsam wird. Das *„Europa Region Mitte"*–Projekt startete vor der EU-Osterweiterung. Die damaligen Voraussetzungen für eine Kooperation waren im Vergleich mit heutigen Zuständen (offene EU-Grenzen, Schengen Abkommen, etc.) eher erschwerend als kooperationsfördernd. Trotz diesen negativen Ausgangsbedingungen konnten die österreichischen Promotoren des Projektes ein regionales Bewusstsein in der Verwaltung und Politik für CENTROPE erreichen.[163]

159 Vgl. http://centrope.info/baerdtneu (20.11.2008).
160 Vgl. Interview 1.
161 Vgl. Interview 1.
162 Vgl. Interview 1, 2, 5.
163 Vgl. Interview 1, 2, 5.

Copyrighted material

6.3 Akteure und Akteurskonstellation

Die Kooperationsinitiative ist aus den österreichischen Verwaltungs- und Politikkreisen ausgegangen.[164] Während des ersten Workshops konnten die Partner über ihre weitere Teilnahme an der Initiative entscheiden. Zunächst fanden die Treffen auf Verwaltungsebene statt. Es nahmen überwiegend Mitarbeiter aus den Abteilungen für grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Planung oder EU-Angelegenheiten teil.[165] Damit war die Zusammensetzung der Teilnehmer relativ homogen (Kommunalpolitiker, Verwaltungsbeamte, Experten, etc.).[166] Weitere Workshops mündeten in das „Spitzentreffen" in Kittsee. Dort haben die politischen Vertreter der Partnerregionen den Wunsch nach einer gemeinsamen grenzüberschreitenden Region, in Form einer institutionalisierten Kooperation durch eine politische Erklärung verfestigt.[167] Von Anfang an wurde die politisch-administrative Ebene in Österreich durch externe Institutionen unterstützt. Das entstandene Projektsekretariat bestand aus qualifiziertem Personal, das bereits auf Erfahrungen transnationaler Kooperation aufbauen konnte. Auf der Projektebene werden vermehrt private Akteure miteinbezogen. Hierbei soll CENTROPE ein attraktives Handlungsfeld z. B. für Großunternehmen werden.[168] Es bedarf jedoch bestimmter Anreize, um die Unternehmen in der Region zu binden. Diese Einbindung privater Akteure in die CENTROPE-Initiative ist eines der Ziele, welches sich die Hauptverantwortlichen für die kommende Periode des Projektes CENTROPE 2008 plus, gestellt haben. Die Kooperation soll um wichtige und interessierte Stakeholder erweitert werden, damit sich das Projekt in Zukunft selbst tragen kann.[169]

6.4 Institutionelle Rahmenbedingungen

Zu Beginn der Kooperation haben sich die österreichischen Bundesländer auf ein Outsourcing des operativen Geschäfts und Managements geeinigt. Man war sich bewusst, dass eine effiziente Aufgabenbewältigung durch 16 Verwaltungen der beteiligten Gebietskörperschaften unmöglich gewesen wäre. Die Entscheidung fiel daher auf die Ausgliederung an eine externe Organisation, die während der ersten Phase

164 Vgl. Interview 2, 5, 6.
165 Vgl. Interview 1, 2, 3, 4, 5.
166 Vgl. Interview 1.
167 Vgl.Interview 1, 2, 5.
168 Vgl. Interview 1, 2.
169 Vgl. Interview 2.

Copyrighted material

des Projektes – ‚Building a European Region 1' (BEAR1) alleine für alle vier CENTROPE-Staaten zuständig war.[170] Damit wurden die entscheidenden Kapazitäten für das Projekt geschaffen. Die beauftragte Managementgruppe bestand aus einem Konsortium, deren Kern das Europaforum Wien bildete mit weiterer Unterstützung des Regionalmanagements Burgenland und der Agentur Ecoplus (Abb. 8).[171]Das Europaforum Wien beschäftigte sich mit dem generellen Management des Projektes sowie der multilateralen Arbeit. Die weiteren Institutionen befassten sich vorrangig mit wirtschaftsbezogenen Aufgaben.[172]

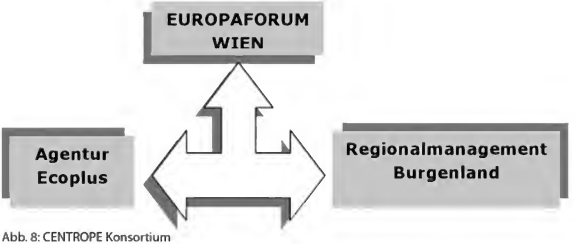


Abb. 8: CENTROPE Konsortium

Es entwickelte sich für das Projekt CENTROPE eine zweistufige Kooperationsstruktur. Die politische Arbeit wird durch die politisch-administrativen Spitzenvertreter der Gebietskörperschaften getätigt. Zu dieser Ebene zählen auch die Arbeitsgruppen und Stakeholder, welche sich mit der Projektumsetzung beschäftigen. Es finden sich hierbei Experten aus regional relevanten Themen zusammen. Aus diesen Gruppen sollen schließlich Ideen für konkrete Projekte für die Gesamtregion entstehen. Die Themen der AGs befassen sich unter anderem mit folgenden Bereichen:

- Wirtschaft/Innovation/Forschung
- Infrastruktur/Verkehr/Umwelt/Planung
- Arbeitsmarkt/Qualifizierung/Beschäftigung
- Kultur/Kreativität/Freizeit/Sport/Tourismus.[173]

Die Ausgliederung des operativen Managements hat verschiedene Gründe. Neben den Schwierigkeiten aufgrund der vier Sprachen, waren die unterschiedlichen Verwaltungssysteme und -strukturen wei-

170 Vgl. Interview 1; vgl. Kap. 6.4.
171 Vgl. Interview 1, 2.
172 Vgl. Interview 2.
173 Quelle: www.centrope.info (24.10.2008).

Copyrighted material

tere Hindernisse, welche die Projektverantwortlichen zu bewältigen haben. Dem föderativen System Österreichs stehen sehr zentralistische Systeme in Ungarn und Tschechien gegenüber. Die slowakischen Partnerregionen haben im Bezug auf grenzüberschreitende Kooperationstätigkeiten die meiste Handlungsfreiheit.[174] Das operationelle Management soll in der neuen Projektperiode (CENTROPE 2008 plus) auf alle vier Partnerstaaten in Form von weiteren CENTROPE-Geschäftsstellen ausgebaut werden.[175]

6.5 Prozessmanagement

Die gesamte Kooperationsstruktur wird durch das Europaforum Wien (EUW) koordiniert und moderiert. Zu den Hauptaufgaben des Europaforums Wien gehören folgende Bereiche:

- Agenda Setting
- operative Koordinationsarbeit
- Koordinierung und Abwicklung von Drittleistungen
- Fortlaufende Themenentwicklung[176]

Das Europaforum Wien erfüllt damit die Funktion einer „Entwicklungsagentur" des Projektes.[177] Es führt das Generalmanagement aus und übernimmt die Öffentlichkeitsarbeit. Damit werden alle Bereiche der Projektimplementierung erbracht. Um das Thema CENTROPE bei den politischen Entscheidungsträgern oder in der Öffentlichkeit zu platzieren, werden durch das Management unterschiedliche Instrumente benutzt wie Workshops, Medien, bilaterale Kontakte, PR-Aktivitäten, etc.[178] Das CEN-Management konnte somit zu einem „Motor" der Region werden.[179]

> *„Jemand muss kontinuierlich Themen auf die Tagesordnung setzen – wenn es jemand nicht macht, passiert es nicht!"*[180]

Die politischen Spitzentreffen werden in regelmäßigen Abständen organisiert und enden mit einer politischen Erklärung, die die Gründung einer gemeinsamen EU-Region symbolisch unterstreicht.[181]

174 Vgl. Interview 1, 3, 4.
175 Vgl. Interview 2.
176 Vgl. Interview 2.
177 Vgl. Interview 1, 2.
178 Vgl. Interview 1, 2, 5.
179 Vgl. Interview 1, 2, 3, 4, 5.
180 Vgl. Interview 2.
181 Vgl. Interview 1.

Copyrighted material

Das erste INTERREG Projekt – Building a European Region (BEAR1) – fand von 2003 bis 2006 statt. In diesem Rahmen wurden die Idee der gemeinsamen Europaregion entwickelt und die institutionellen Strukturen geschaffen. Das operative Management fand zunächst lediglich auf österreichischer Seite statt. Das Folgeprojekt BEAR2 wurde in den Jahren 2006-2007 durchgeführt (Abb. 9). Kofinanziert wurden die INTERREG IIIA Projekte durch die österreichische Seite in Kooperation mit den Partnern aus den Nachbarstaaten.[182] Abbildungen 9 und 10 stellen graphisch die Entwicklung der Struktur des Kooperationsmanagements in der CENTROPE-Region dar.

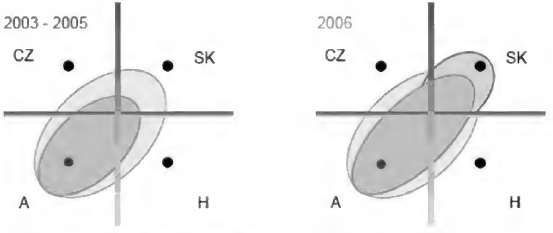


Abb. 9: BEAR1 – Entwicklung der Kooperationsstruktur in CENTROPE[183]

Seit 2007 wird ein Spiegelprojekt in der Slowakei – „DOM CENTROPE" – durchgeführt (Abb. 10, rechts). Hierbei haben sich die slowakischen Partnerregionen (Stadt und Region Bratislava sowie Stadt und Region Trnava) darauf geeinigt das operative Geschäft auf slowakischer Seite an externe Träger auszugliedern. Das CENTROPE-Büro in Bratislava ist als ein Tochterunternehmen der slowakischen Partnerregionen entstanden und vertritt deren Interessen gegenüber der gesamten CENTROPE-Region.[184]

Somit wurde in der Slowakei eine zweite Koordinierungsstelle geschaffen, was ursprünglich in allen vier Partnerstaaten im Rahmen des BEAR2-Projekts vorgesehen war. Das Büro in Bratislava mit 3 Beschäftigten konnte durch INTERREG IIIA-Mittel kofinanziert werden.[185]

182 Vgl. Interview 1.
183 Quelle: http://www.deutscher-verband.org/_downloads/2008-03-10_Centrope.pdf (11.08.2008).
184 Vgl. Interview 3, 4.
185 Vgl. Interview 3, 4.

Copyrighted material

Die Ausgliederung des operativen Managements an private Träger hat dem CENTROPE-Projekt eine effiziente sowie ideenreiche Entwicklung ermöglicht. Dieses spiegelt sich z. B. in einer großen Zahl an Pilotprojekten wieder.[186]

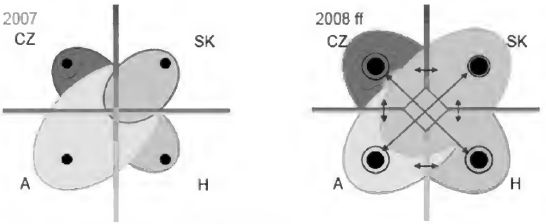


Abb. 10: BEAR2 – Kooperationsstruktur in CENTROPE[187]

6.6 CENTROPE 2008 plus

Die CENTROPE-Initiative besteht aus zwei Grundbausteinen, der Basiskooperation (alle CENTROPE-Partner) und der Allianz-Kooperationen (interessierte CENTROPE-Partner). Die Basiskooperation ist die zentrale Service- und Entwicklungseinheit zur Unterstützung folgender Zielgruppen im Rahmen des Projektes CENTROPE 2008 plus (ab Ende 2008):

- politische Entscheidungsträger
- administrative Entscheidungsträger
- Themen-Boards zu vier inhaltlichen Schwerpunkten
- Stakeholder-Boards zu den Allianz-Kooperationen
- Öffentlichkeitsarbeit.[188]

Die Basiskooperation besteht aus sämtlichen Projektpartnern und bildet die Grundlage der Initiative, die für die Steuerung und Entwicklung des Gesamtvorhabens verantwortlich ist. Die Allianzkooperationen sind themenspezifische Umsetzungsprojekte, die von einzelnen Projektpartnern durchgeführt werden können. Beide Bausteine der Kooperation werden durch das gemeinsame Sekretariat unterstützt (EUW).

186 Vgl. www.cenntrope-info.com: CENTROPE-Pilotprojekte: CENTROPE-Bio-Stoffe, CENTROPE-Labour, CENTROPE-Map, CENTROPE-Regional Management, Enter CENTROPE, CENTROPE-Sound, CENTROPE-Sailing, CENTROPE-Image (12.09.2008).

187 Quelle: http://www.deutscher-verband.org/_downloads/2008-03-10_Centrope.pdf (11.08.2008).

188 Vgl. CENTROPE Business Plan 2008 plus, S. 4.

Copyrighted material

Zu den Kernakteuren der Basiskooperation CENTROPE 2008 plus gehören die in der Tabelle 4 dargestellten Interessengruppen.

Ebene der Projektpartner – Auftraggeber
- Politische Entscheidungsträger aus allen CENTROPE-Staaten
- Administrative Entscheidungsträger aus allen CENTROPE-Staaten
Ebene der multilateralen Weiterentwicklung von Themen und Projekten
- CENTROPE Themen-Boards
Ebene der operativen Projektumsetzung – Auftragnehmer
- Dezentrale CENTROPE Koordinationsbüros in vier Staaten
- Multilaterales CENTROPE Kooperationsmanagement
- Multilaterales Projektsekretariat

Tab. 4: Kernakteure der CENTROPE-Kooperation[189]

Die politischen Entscheidungsträger in CENTROPE sind die Initiatoren und zugleich die obersten Repräsentanten, Entscheidungs- und Aufsichtsorgane des Projektes. Sie bilden gemeinsam die politische CENTROPE-Konferenz, welche jährlich unter rotierendem Vorsitz zusammentritt.[190] Die administrativen Entscheidungsträger kommen aus den beteiligten Gebietskörperschaften (Länder, Kreise, Komitate und Städte) und entscheiden über strategische Schwerpunktsetzungen im Projekt CENTROPE 2008 plus. Sie bilden das multilaterale Steuerungskomitee (STC), das sich zweimal jährlich berät und für die „Gesamtperformance" des Projektes verantwortlich ist. Das STC koordiniert insbesondere die Fachabteilungen der jeweiligen Gebietskörperschaften und stellt die Mittlerebene zu den politisch Verantwortlichen dar.[191] Die Akteure der Themen-Boards werden durch das STC in Zusammenarbeit mit dem Kooperationsmanagement im Konsens ausgewählt und in die Themen-Boards eingeladen. Sie bestehen aus Experten, die eine wichtige Funktion in der Verwaltung, Wirtschaft, Forschung oder Gesellschaft der CENTROPE-Partnerregionen einnehmen. Bei den dezentralen Koordinationsbüros aller vier Staaten, die das operative Geschäft des Projektes durchführen, handelt es sich um private oder PPP-Organisationen, die im Idealfall aus Experten für regionale Kommunikation und Regionalentwicklung, bzw. Regionalmanagement bestehen. Diese sind für die Abstimmung der CENTROPE-Agenda im eigenen Staat, sowie deren Promotion und Umsetzung verantwortlich.[192]

189 Quelle: eigene Darstellung nach CENTROPE Business Plan 2008 plus, S. 8-11.
190 Vgl. CENTROPE Business Plan 2008 plus, S. 8-9.
191 Vgl. CENTROPE Business Plan 2008 plus, S. 9.
192 Vgl. CENTROPE Business Plan 2008 plus, S. 11.

Copyrighted material

Das multilaterale CENTROPE-Kooperationsmanagement ist eine „virtuelle" Einheit, die aus Vertretern der vier dezentralen Koordinationsbüros besteht und die überregionale Entwicklungsarbeit sowie die Gesamtumsetzung der beauftragten Dienstleistungen koordiniert. Das multilaterale Projektsekretariat setzt sich aus privaten Experten aus den Bereichen multilaterales Management und Moderation zusammen. Dieses unterstützt alle beteiligten Partner, übernimmt das Management des Gesamtprojektes (Basiskooperation) und führt die notwendigen, logistisch-administrativen Aufgaben durch.[193]

6.7 Probleme

Die bisherige Zusammenarbeit hatte viele Schwachstellen. Ein Grund hierfür waren u. a. die Ungleichheiten zwischen den CENTROPE-Partnern. Vor allem in Bezug auf die Finanzierung der ersten Projektphase gab es Unstimmigkeiten unter den beteiligten Teilregionen.[194] Vor dem EU-Beitritt der östlichen CENTROPE-Partner war eine gemeinsame EU-Förderung nicht möglich. Eine Finanzierung aus PHARE-Mitteln wurde durch die östlichen Partner nicht genutzt.[195] Das Projekt wurde vier Jahre durch die österreichische Seite finanziert und gemanagt. Damit wurden auch die Personal- und Finanzressourcen bereitgestellt. Die Steuerungsgruppe Österreichs traf sämtliche Entscheidungen und verwaltete das Projektbudget. Dies führte zu großen Ungleichgewichten innerhalb von CENTROPE. Die Beiratssitzungen dienten dabei als Platz des Informationsaustausches zwischen den österreichischen und östlichen Projektpartnern. Hierbei informierte man die Partner häufig über die Fortschritte des Projektes in Österreich.[196] Die beschriebene Problematik entstand durch einen ungleichmäßig verteilten Ressourceneinsatz innerhalb der Partnerregionen. Auf der einen Seite gab es ein festes Konsortium, bestehend aus privaten Experten, welches sämtliche Zuarbeiten für die österreichische Politik- und Verwaltungsebene unternommen hat. Auf der anderen Seite gab es Verwaltungsbeamte,

193 Vgl. CENTROPE Business Plan 2008 plus, S. 11.

194 Vgl. Interview 1, 3, 4, 5.

195 Vgl. Interview 1, 2, 3, 4; vgl. http://europa.eu/scadplus/glossary/programme_phare_de.htm: *„PHARE wurde 1989 ins Leben gerufen, um den Umbau der polnischen und der ungarischen Wirtschaft zu unterstützen, und nach und nach auf sämtliche mittel- und osteuropäischen Länder ausgedehnt. PHARE ist das wichtigste Heranführungsinstrument für Länder, die der Europäischen Union beitreten möchten. Mit diesem Programm sollen die Beitrittsländer in erster Linie bei ihrem Anpassungsprozess und bei der Übernahme des so genannten gemeinschaftlichen Besitzstands unterstützt und auf die Verwaltung der Strukturfonds vorbereitet werden. Die PHARE-Hilfe konzentriert sich auf zwei Bereiche: Stärkung der Institutionen und der Verwaltungen (Institutionenaufbau) sowie der Finanzierung von Investitionen."* (10.09.2008).

196 Vgl. Interview 1, 2.

Copyrighted material

die sich erstmals mit der EU-Regionalpolitik und den EU-Förderungsmöglichkeiten auseinandersetzten und keine externe Unterstützungsorganisation (z. B. operatives Management) hatten. Diese unterschiedlichen Akteure und Akteurskonstellationen führten dazu, dass sich das Projekt in jedem Land in unterschiedlichem Maße entwickelt hat. Die östlichen Partnerregionen haben sich oftmals als Beobachter des Projektfortschritts auf der österreichischen Seite gefühlt, wo die meisten Aktivitäten stattfanden.[197] Der ungleiche Ressourceneinsatz hat zu einer Dominanz der Agenda Setting-Prozesse durch Wien geführt, was in diesem Ausmaß von den österreichischen Akteuren nicht gewünscht war.[198] In Österreich ist ebenso der Eindruck entstanden, dass man die meisten Aktivitäten gestalten müsse, da es an entsprechendem Input der östlichen Partner mangelt. Es kam zu einer Überlagerung der Aktivitäten in den österreichischen CENTROPE-Regionen und zu einem Ungleichgewicht innerhalb der Initiative.

Die tschechischen wie ungarischen CENTROPE-Partner kritisieren die besondere Stellung der „Twin-City" Wien-Bratislava. Diese wird als Nachteil für andere Teilregionen von CENTROPE gesehen.[199] Es besteht die Befürchtung, dass lediglich diese beiden Städte im Mittelpunkt des Projektes stehen. Es wird jedoch auch mehrfach betont hingewiesen, dass die Hauptstädte Wien und Bratislava große Wachstumspole und Magneten der Region sind, was sich positiv auch auf andere Städte im CENTROPE-Raum auswirkt.[200]

6.8 Fazit

Durch die o. g. Probleme war den Initiatoren der Initiative sowie dem Management des Projektes bewusst, dass die Zusammenarbeit in CENTROPE nur auf einer gleichberechtigten Basis aller Partner geschaffen werden muss. Andernfalls kann die Kooperation nicht funktionieren. Es wurde ein Grundverständnis erreicht, welches CENTROPE als bereits zusammengewachsene Region versteht. Durch das gemeinsame Streben nach vertiefter Zusammenarbeit haben alle Seiten anerkannt, dass eine Gleichberechtigung der Partner für die Zukunft des Projektes elementar ist. Trotz schwierigen Anfangsvoraussetzungen ist es den Kooperationspartnern gelungen, eine stabile und tragfähige Organisationsstruktur aufzubauen. Mit Hilfe der bisher in Anspruch genommenen INTERREG-Mittel wurde ein Konsortium gegründet,

197 Vgl. Interview 1, 3, 4.
198 Vgl. Interview 1, 2.
199 Vgl. Interview 1.
200 Vgl. Interview 1, 2, 3, 4.

Copyrighted material

das in der nächsten Phase des Projektes (CENTROPE 2008 plus) weiterhin das operative Geschäft übernehmen soll. Ein komplexes Bild der Kooperationsstruktur deutet auf die Wichtigkeit der Initiative für alle Partner hin und stellt gleichzeitig eine Herausforderung für deren Koordinatoren dar. Die von allen Partnern getragene Basiskooperation bildet die Grundlage für die zweite Stufe des Projektes, die Allianzkooperationen.

In der CENTROPE-Region sind zahlreiche Regional Governance-Strukturen erkennbar. Diese sind vor allem in den Arbeits- und Organisationsprozessen des Projektes zu finden. Die externen Akteure als Partner der politisch-administrativen Ebene sind ein wichtiger Bestandteil des Netzwerks und der Kooperationsstrukturen. Damit wurde in der Region eine feste, externe Entscheidungsstruktur geschaffen, die z. B. von der Fluktuation der Mitarbeiter in den jeweiligen Verwaltungen unabhängig bleibt. Die Rolle des Projektpromotors erscheint entscheidend für das Funktionieren und den Erfolg eines Netzwerks zu sein. Dieser kann die Kooperation dauerhaft absichern, in dem er alle projektbezogenen Aufgaben koordiniert, den Ressourceneinsatz plant und auch als Ideenfinder des Projektes fungiert. Die Promotorenrolle muss hierbei nicht zwingend durch die Verwaltung oder Politik erfolgen sondern kann auch durch eine externe Institution, wie z. B. EUW funktionieren. Die Hartnäckigkeit der „Prozessmotoren" und deren ständiges Engagement sowie Ausdauer haben zum Aufbau einer gemeinsamen und handlungsfähigen Kooperationsstruktur in CENTROPE geführt.

Copyrighted material

7 Empirischer Vergleich

Bei Initiativen wie der Oder-Partnerschaft oder der CENTROPE-Region werden neue politische Regionen herausgebildet, die bestimmte Funktionen zu erfüllen haben. Um deren Handlungsfähigkeit zu sichern, ist eine Organisationsstruktur erforderlich, die Verfahrensregeln und -normen für die Akteure beinhaltet.[201] In diesem Kapitel werden die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der beiden analysierten Regionen, insbesondere in Hinblick auf die Institutionalisierungsprozesse, aufgezeigt.

7.1 Oder-Partnerschaft versus CENTROPE

Im Fall der untersuchten, empirischen Beispiele hat man es mit einer Sonderform der Netzwerkbildung zu tun, da beide Kooperationsräume grenzüberschreitende Regionen darstellen. BENZ und FÜRST 2003 weisen in diesem Zusammenhang auf eine funktionale Regionsabgrenzung hin, die sich meistens durch eine schwache Institutionalisierung der regionalen Kooperation auszeichnet.[202] Diese Aussage kann in diesem Fall nur auf die bisherige Kooperation in der Oder-Partnerschaft bezogen werden. Während in CENTROPE bereits feste Strukturen der Zusammenarbeit entstanden sind, fehlt bei der Oder-Partnerschaft bisher ein organisatorischer Kern. Die beiden Hauptakteure auf der deutschen Seite des Projektes (Senatskanzlei Berlin und Staatskanzlei Brandenburg) koordinieren die Initiative nur landesintern und haben keine überregionale Führungsrolle in den Strukturen der Initiative.[203] Auf der polnischen Seite plante man einen Koordinationspunkt in der Wojewodschaft Zachodniopomorskie (Westpommern). Nach aktuellem Stand der Initiative gibt es dort jedoch keine spezielle Einheit zum Thema Oder-Partnerschaft.[204] Die projektbezogenen Aufgaben werden neben vielen anderen Tätigkeiten durch die jeweiligen administrativen Akteure erfüllt. Damit wird es schwierig, eine Prioritätensetzung für die Initiative zu erreichen, was deren Entwicklung schneller vorantreiben könnte. Eine Dominanz Berlins als Promotor der Initiative auf der administrativen Ebene ist nicht eindeutig erkennbar, auch wenn dies für das Projekt wünschenswert wäre. Diese zurückhaltende Position Berlins ist auf Schwierigkeiten der deutsch-polnischen Kooperation zurückzuführen, welche vor allem unter der vorletzten Regierung der rechts-

201 Vgl. Benz/Fürst 2003, S. 23.
202 Vgl. Kap. 3.3.
203 Vgl. Interview 8.
204 Vgl. Interview 7.

Copyrighted material

konservativen PiS Partei (Recht und Gerechtigkeit) entstanden sind.[205] Damals sind große Unstimmigkeiten im Hinblick auf die Gründung einer gemeinsamer „Oderregion" entstanden, die von Berlin aus gesteuert werden sollte. Eine erhöhte Variabilität des Themas Oder-Partnerschaft war auf der polnischen Seite zu spüren, speziell bei den Zentralorganen in Warschau. Die deutschen Akteure mussten lernen mit dieser Situation umzugehen, um keine neuen Konflikte mit den Zentralorganen in Polen zu provozieren. Damit verzichteten sie auf eine Institutionalisierung des Projektes.[206] Die deutsch-polnische Regierungskommission für die regionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat im Jahr 2003 einen Entwurf für ein rechtliches Abkommen zwischen den beiden Staaten vorgelegt, der von der polnischen Regierung jedoch abgelehnt wurde.[207] Damit ist der Versuch einer Formalisierung der grenzüberschreitenden Kooperationen gescheitert. Ein rechtliches Abkommen hätte die grenzüberschreitenden Aktivitäten erheblich erleichtert. Auf der politischen Ebene hingegen übernehmen der Berliner Wirtschaftssenator Harald Wolf und der Brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck wichtige Promotoren-Rolle der Initiative nach Außen wie nach Innen. Das Interesse hochrangiger Politiker aus der Region ist ein wichtiges Zeichen für die Bedeutung des Projektes in Deutschland sowie gegenüber den polnischen Partnern.

In CENTROPE gibt es bereits feste Strukturen der Zusammenarbeit, die durch ein ausgegliedertes Management koordiniert werden. Die Rolle des Prozesspromotors der Region hat das Europaforum Wien übernommen.[208] Damit wurde ein Management durch Wien von allen Partner anerkannt, auch wenn dieses mit Anfangsschwierigkeiten verbunden war.[209] In der neuen aktuellen Projektphase CENTROPE 2008 plus werden regionale Projektbüros in allen vier Partnerstaaten eingerichtet, die das gemeinsame operative Management des Projektes übernehmen. Die Finanzierung wird durch EU-Mittel zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (INTERREG IV-A) gesichert und damit von allen Partnern getragen.[210] Diese Struktur wird an der Seite der politisch-administrativen Ebene alle Aufgaben bzgl. des Managements der Kooperation übernehmen. Die bisherige Netzwerkstruktur auf der Verwaltungsebene wird beibehalten.

205 Vgl. Rybak 2007.
206 Vgl. Interview 6, 8.
207 Vgl. Rada 2004c; vgl. Kohlisch 2008.
208 Vgl. Interview 1, 2, 3, 4, 5.
209 Vgl. Interview 1, 2, 3, 4; vgl. Kap. 6.6.
210 Vgl. Interview 1, 2, 3, 4.

Copyrighted material

7.2 Operatives Management im Netzwerk

Das operative Management spielt bei institutionalisierten Regional Governance-Arrangements eine besonders wichtige Rolle. Bestimmte Vorbereitungsaufgaben für die Netzwerktreffen werden durch das operative Management in CENTROPE professionell abgewickelt. Dessen Tätigkeit und Aufgabenspektrum sind wichtige Bestandteile des Projektes, die direkt an der Seite der Politik und Verwaltung erfüllt werden und sich mit dem öffentlichen Träger ergänzen. Die externen Akteure müssen dabei beachten, wie die öffentliche Verwaltung und die Politik funktionieren und sich deren Bedürfnissen anpassen.[211]

> *„Die Aufgaben zwischen dem Konsortium sowie der Verwaltung und Politik sind klar geregelt. Dafür wird ein „Interface" zwischen dem Management und der Verwaltung/Politik benötigt."*[212]

Das operative Management in CENTROPE erledigt bestimmte, im Vertrag vereinbarte Aufgaben für die administrativen Akteure. Gleichzeitig bleibt es jedoch im ständigen Kontakt mit der Politik und Administration und versucht, diese immer wieder für das Projekt zu mobilisieren.[213]

> *„Es müssen von außen viele Vorbereitungsaktivitäten stattfinden, die das Projekt tragen können."*[214]

Zu den o.g. Aktivitäten gehören nicht nur die Organisationsaufgaben sondern auch Öffentlichkeitsarbeit, Ideenfindung sowie die Umsetzung von weiteren im Rahmen von CENTROPE entwickelten Projekten. Die dort durchgeführten Tätigkeiten können flexibler erfüllt werden, vor allem da die Akteure unabhängig von administrativen Vorgängen arbeiten.

Bei der Oder-Partnerschaft ist die Kooperation durch Verwaltungsvorgänge geprägt. Die administrativen Akteure erfüllen die projektbezogenen Aufgaben neben weiteren Tätigkeiten und verfügen über keine speziellen Personal- oder Finanzressourcen für die Initiative.[215] Auf der deutschen Seite des Projektes, insbesondere bei der Berliner Abteilung für EU-Angelegenheiten des regierenden Bürgermeisters ist

211 Vgl. Interview 2.
212 Vgl. Interview 2.
213 Interview 1, 2, 3, 4.
214 Vgl. Interview 2.
215 Vgl. Interview 6, 7.

Copyrighted material

ein erhöhter Ressourceneinsatz zu beobachten. Die Oder-Partnerschaft bezogenen Aufgaben nehmen dort ein Drittel der Arbeitszeit in Anspruch.[216]

7.3 Konfliktquellen bei den Institutionalisierungsprozessen

Mit der Institutionalisierung von Regional Governance sind ebenfalls Probleme und Unsicherheiten verbunden. Dabei wird vor allem angenommen, dass durch die Regional Governance-Arrangements Legitimationsprobleme aufgeworfen werden. FÜRST 2003 nennt als Beispiel, dass die Gremien rein repräsentativ besetzt werden können, was ihre Handlungsfähigkeit mindert. Es kann also von Vorteil sein, wenn die Moderation des Arrangements von einem externen, neutralen Träger übernommen wird.

> *„Die Arbeitsteilung verschiedener Steuerungsformen ließe sich am besten durch institutionalisierte Strukturen regeln."*[217]

Nach FÜRST 2003 verdeutlicht die aktuelle Governance Diskussion, dass die Prozesse der Selbststeuerung heutzutage immer schwächer institutionalisiert und organisiert werden und damit sich gleichzeitig dem juristischen Regelsystem entziehen. Dieses spiegelt sich in der Struktur der Governance-Prozesse wider, wo vermehrt private Akteure aktiv sind und die Rolle des Staates beeinflussen. Der Staat revidiert dabei seine interventionistische Funktion und setzt auf netzwerkartige Kooperationsstrukturen mit privaten Akteuren.[218] Auf der anderen Seite ermöglichen Regional Governance-Arrangements dem Staat Aufgaben an Dritte zu übertragen. Damit ist jedoch auch die Gefahr verbunden, dass sich der Staat diesen Aufgaben vollständig entzieht und lediglich auf Ergebnisse Dritter wartet. Um dies zu vermeiden, wird ein klares Prozessmanagement benötigt. Bei den untersuchten Beispielen konnte dieses Verhalten in der CENTROPE-Region beobachtet werden. Der Lenkungsausschuss von CENTROPE ist durch die höchsten politischen Repräsentanten besetzt. Die Koordinationsstelle hingegen wurde an einen externen Dienstleister ausgegliedert. Durch intensive Gespräche zwischen dem operativen Management, der Politik und Verwaltung soll diese Konfliktquelle gelöst werden.[219] Auch auf der

216 Vgl. Interview 8.
217 Vgl. Pütz 2004, S. 165.
218 Vgl. Fürst 2004b, S. 355.
219 Vgl. Interview 2.

Copyrighted material

slowakischen Seite des Projektes gab es Probleme durch ein schwächer werdendes Engagement seitens der Politik, nachdem das operative Geschäft viele Aufgaben übernommen hat.[220]

> *„Das ganze braucht ein gutes Interface zwischen uns und der Politik und Verwaltung auf der anderen Seite".*[221]

Eine weitere Gefahr besteht darin, dass im Falle eines Scheiterns des Projektes, die politischen und administrativen Auftraggeber die Schuldfrage den gescheiterten Institution überlassen können. Das gibt den öffentlichen Akteuren die Möglichkeit sich aus eventuellen Problemen ohne Schaden für die eigene Position zurückzuziehen.[222] So können sie klarstellen, dass sie keine speziellen Ressourcen ihrer Administration für das Projekt bereitgestellt und damit auch keine Fehler bzgl. deren Ausführung begangen haben. Um solche negativen Entwicklungen zu vermeiden ist eine professionelle Projektabwicklung erforderlich. Diese ist in Wien durch eine Vielzahl an Verflechtungen zwischen der Politik, der Verwaltung und dem operativen Management gewährleistet, um die Kommunikation zwischen diesen Organen zu garantieren.[223]

In der Oder-Partnerschaft gab es bisher wenige private Akteure, die das Projekt operativ getragen haben. In den Projektgruppen Verkehr und Wirtschaft gibt es externe Experten. Die politisch-administrativen Akteure jedoch behielten die projektbezogenen Aufgaben und damit auch die Verantwortung für dessen Erfolg oder auch Misserfolg. Im Falle einer zukünftigen Institutionalisierung der Initiative und einer Ausgliederung bestimmter Aufgaben an externe Institution wird die „Interface-Problematik" zwischen der Politik/Verwaltung und den privaten Träger eine wichtige Rolle spielen. Die Schaffung reibungsloser Kommunikation zwischen den öffentlichen und privaten Akteuren wird eine der entscheidenden Aufgaben der Kooperationspartner. Auf der polnischen Seite des Projektes sind bereits Konflikte zwischen der regionalen Ebene und der Zentralregierung sichtbar, die teilweise sehr unterschiedliche Präferenzen haben. Effektive Kommunikationsmethoden zwischen den beiden Ebenen fehlen, was zu Missverständnissen führt.[224]

220 Vgl. Interview 3, 4.
221 Vgl. Interview 2.
222 Vgl. Interview 2.
223 Vgl. Interview 2.
224 Vgl. Interview 7.

Copyrighted material

Die Kompetenzen zwischen der Zentralregierung und den regionalen Verwaltungen in Form von Wojewodschaft- und Marschallämtern müssen zunächst grundsätzlich geregelt werden. Die aktuell anlaufende Verwaltungsreform in Polen ist der erste Schritt in diese Richtung.[225] Damit sollen den Marschallämtern mehr Kompetenzen übergeben werden, auch in Bezug auf grenzüberschreitende Aufgaben. Die doppelte Verwaltungsstruktur in den polnischen Regionen zeigt, wie bürokratisch und kompliziert das System ist. Letztendlich ist die direkte, regionale Ebene am besten darüber informiert, was in der Region passiert, vor welchen Aufgaben und Herausforderungen sie steht und mit welchen Mittel diesen begegnet werden kann. Der Zentralregierung sind die regionalen Probleme und Aufgaben vor Ort oftmals nicht bewusst und schwer vermittelbar.[226] Die derzeit laufende Umstrukturierung der polnischen Verwaltung ist ein weiteres Anzeichnen dafür, dass diese Ebene gerade wenig freie Kapazitäten für andere Aufgaben hat, was ihr Engagement für neue Initiativen zusätzlich erschweren kann.[227]

Die Wahrnehmung von Regionen als wichtige Steuerungsebene ist ein weiterer Unterschied zwischen den deutschen und polnischen Projektpartnern.[228] In Polen bereitet sich gerade die politisch-administrative Ebene darauf vor, die Regionen zu stärken und ihnen mehr selbständige Aufgaben und Kompetenzen für ein sicheres Bestehen in den Zeiten der Globalisierung zu geben. Damit wächst auch das regionale Bewusstsein der Bürger, die sehen können, dass dort, wo regionale Politik und Verwaltung effizient arbeiten, sich die Region schneller und besser entwickeln kann.

Ein weiterer Konflikt, der durch Meinungsunterschiede der deutschen und polnischen Akteure entstanden ist, betrifft das Thema der Anbindung der polnischen Zentralebene an die Oder-Partnerschaft. Die Ausgrenzung dieser Organe aus dem Projekt wird als ein Fehler betrachtet.[229] Der Konflikt entstand sowohl aus den unterschiedlichen Kompetenzen der jeweiligen Teilregionen als auch dem fehlenden

225 Vgl. Kap. 3.5; vgl. Schriftliche Stellungnahme zu der Oder-Partnerschaft, Marschallamt Wielkopolskie/Posen); vgl. Internetseite der Kanzlei der polnischen Ministerpräsidenten: Nach dem Reformprojekt der Regierungspartei Platforma Obywatelska (PO– Bürgerplattform) soll der Einfluss der Wojewodschaftsämter zugunsten der Marschallämter zurückgefahren werden. Die Wojewoden sollten sich demnach nicht mehr mit Regionalentwicklungsfonds, Regionalentwicklung, Wirtschaft und Infrastruktur beschäftigen. Entsprechend sollte die Verwaltung der Wojewodschaftsämter stark reduziert, bzw. an die Marschallämter verlegt werden. Doppelstrukturen in den Wojewodsachaftsämtern sollen abgeschafft und mehr Entscheidungskompetenzen den Marschallämter übergeben werden. Diese sollen ebenso stärker in die Ziel-3-Verwaltung einbezogen werden. Quelle: http://www.kprm.gov.pl/s.php?id=2089; (12.06.2008).

226 Vgl. Interview 7.

227 Vgl. Interview 7.

228 Vgl. Kap. 5.2.

229 Vgl. Interview 7.

Copyrighted material

Verständnis der Funktionsweise der Partnerebene. Die deutschen Träger des Projektes erhofften sich mit der Ausgrenzung der Zentralregierung eine schnellere Vorgehensweise in der Initiative. Die Effekte dieser Entscheidung erwiesen sich jedoch als gegenteilig. Es kam zu Missverständnissen und Vertrauensbruch zwischen den deutschen und polnischen Partnern, was sich negativ auf das Projekt auswirkte. Der Konflikt konnte durch die Anbindung der Oder-Partnerschaft an die deutsch-polnische Regierungskommission verhindert werden. Beispiele aus anderen grenzüberschreitenden EU-Regionen, wo dieses Gremium der Zusammenarbeit eingebunden ist, beweisen dass sich deren Arbeit positiv auf die Kooperation ausgewirkt hat.[230] Mit Hilfe der deutsch-polnischen Regierungskommission für grenzüberschreitende und regionale Zusammenarbeit konnten weitere Voraussetzungen für das Funktionieren des Projektes geschaffen werden. Im deutsch-französischen Grenzraum war eine solche Ebene von Beginn an in das SaarLorLux-Projekt eingebunden und spielte eine wichtige Rolle bei der Schaffung notwendiger Kooperationsbedingungen.[231] Die nationalen Bedenken könnten in Polen gemildert werden, wenn die Arbeit der Regierungskommission mit der der Oder-Partnerschaft verbunden gewesen wären. Auf deutscher Seite des Projektes hat man dies jedoch als einen Rückwärtsschritt gesehen.[232]

Neben den Unterschieden in den administrativen Systemen beider Länder sowie Meinungsverschiedenheiten bzgl. der Anbindung der polnischen Zentralebene an die Initiative, verfügen deutsche Partner über eine langjährige Erfahrung auf dem Feld grenzüberschreitender Zusammenarbeit in anderen Grenzregionen. In Polen hingegen sind solche Projekte eine neue Angelegenheit der Administration und Politik. Die Zusammenarbeit mit westlichen und südlichen Nachbarstaaten Deutschlands, wo bereits erfolgreiche Modelle überregionaler Kooperationen funktionieren, haben mehrere Jahrzehnte der Reife benötigt. Auch dort gab es Probleme, die heute an der deutsch-polnischen Grenze auftreten.[233] In der CENTROPE-Region hingegen haben die administrativen Unterschiede zwischen den vier Nachbarstaaten keine Auswirkung auf die Kooperation gehabt.[234] Die Projektpartner haben sich überwiegend auf Aufgaben konzentriert, die deren Entscheidungs-kompetenzen entsprachen und keiner Intervention von Außen

230 z. B. SARLorLUX-Region, Bodenseekonferenz; vgl. Interview 7.
231 Vgl. Kohlisch 2008; vgl. Interview 7.
232 Vgl. Interview 7, 8.
233 Vgl. Interview 2, 7.
234 Interview 2, 3, 4, 5.

Copyrighted material

benötigten.[235] Ein Schwerpunkt der Aktivitäten bestand in der Aufgabe, durch Öffentlichkeitsarbeit ein breites Verständnis für die Initiative in Politik und Verwaltung zu schaffen.[236] Dieses ist den Projektverantwortlichen auch gelungen, womit die hemmende Wirkung der administrativen Unterschiede gemildert werden konnte.

7.4 Dauerhaftigkeit der Regional Governance-Arrangements

Eine weitere, wichtige Eigenschaft von Regional Governance-Arrangements liegt in deren Dauerhaftigkeit. Nach FÜRST 2004 verlieren viele projektbezogene Governance-Arrangements an Bedeutung, sobald das Projekt durchgeführt worden ist. Um dies zu verhindern sollen die Netzwerkpartner nicht nur projektbezogen sondern auch regionsbezogen arbeiten und die Kooperation durch ein intern oder extern organisiertes operatives Management dauerhaft absichern. Dauerhaftigkeit kann aber auch durch institutionelle Strukturen gesichert werden.[237] Damit werden wichtige Ressourcen, die mit dem Projekt verbunden sind, zusammengefügt. Dies fordert eine Stabilisierung von Interaktionen im Netzwerk und damit eine Langfristigkeit des Projektes.

> *„Dauerhafte Verhandlungen verdichten sich oft zu Netzwerken, zu vertrauensgestützten Kommunikationsbeziehungen zwischen zentralen Akteuren der Region."*[238]

In der CENTROPE-Region wurde die Dauerhaftigkeit der Kooperation vor allem durch das operative Management abgesichert, das z. B. unabhängig von Regionalwahlen für die Region tätig sein konnte. Dieses Management hat dazu geführt, dass sich bei den Netzwerktreffen stets überwiegend die gleichen Akteure getroffen haben und damit überregionale Netzwerke sowie persönliche Kontakte entstanden sind.[239] Die jeweiligen Arbeitsgruppen sind jedoch durch unterschiedlich starke persönliche Kontakte und das daraus resultierende Sozialkapital des Netzwerks gekennzeichnet. Hier besteht ein Zusammenhang mit der Häufigkeit von Arbeitstreffen. Dort wo sich die Arbeitsgruppen am häufigsten trafen oder die meisten Ergebnisse erzielt werden konnten, sind auch die stärksten sozialen Beziehungen entstanden. Andererseits

235 Vgl. Interview 2, 3, 4.
236 Vgl. Interview 1, 2.
237 Vgl. Kleinfeld/Plamper/Huber 2007.
238 Döhler, in: Benz/Lütz/Schimak/Simonis (Hrsg.) 2004, S. 52.
239 Vgl. Interview 1.

Copyrighted material

müssen solche Arbeitstreffen nicht in jedem Fall positive Auswirkungen haben. Einer der Interviewpartner aus der Region nannte das Negativbeispiel eines langjährigen Netzwerteilnehmers, welcher die Netzwertreffen immer wieder in Frage stellte, die Netzwerkarbeit somit lähmte und an den erzielten Ergebnissen zweifelte.[240] Ein weiterer Vorteil der Region liegt in einer gemeinsam erarbeiteten Vision CENTROPE 2015. Dieses Leitbild wurde durch die Akteure entwickelt und spiegelt deren langfristige Ziele sowie Vorstellungen über die Region im Jahr 2015 wieder. Solche Strategiepapiere können sich ebenso positiv auf die Dauerhaftigkeit von Regional Governance-Arrangements auswirken. Dafür müssen sich die Projektverantwortlichen langfristige Ziele setzen und an deren Erreichung kontinuierlich arbeiten.[241]

Die EU-Mittel für Unterstützung grenzüberschreitender Initiativen haben befristete Laufzeiten und begrenzte Budgets. Die Regional Governance-Akteuren müssen sich darüber im Klaren sein, dass sie für das Weiterführen ihrer Vorhaben nach anderen Finanzierungslösungen suchen müssen. Zukünftig soll die Dauerhaftigkeit des CENTROPE-Projektes unter anderem durch den Einsatz von Ressourcen aus der Verwaltung gewährleistet werden.[242] Dieses kann wiederum erst dann erfolgen, wenn es sichtbare Ergebnisse des Projektes gibt und diese durch die politisch-administrative Ebene akzeptiert werden. Damit bleibt Output-orientierte Projektarbeit ein wichtiger Bestandteil grenzüberschreitender Initiativen. Erfolgreiche Projekte hinterlassen sichtbare und messbare Ergebnisse, die beweisen, dass deren Weiterführen auch nach dem Auslaufen der EU-Förderung sinnvoll erscheint.

Die Oder-Partnerschaft verfügt bis dato über kein gemeinsames Leitbild der Kooperation, wie z. B. eine Vision der Region. Es existieren jedoch viele unterschiedliche Studien, die sich mit dem Thema der zukünftigen deutsch-polnischen Grenzregion befassen.[243]

7.5 Fazit

Die Institutionalisierungsprozesse netzwerkartiger Kooperationen sind ein wichtiger Bestandteil des Regional Governance-Ansatzes. Ebenso wie es keine einheitliche Theorie von Regional Governance gibt, gibt es auch keine standardisierte Form der Institutionalisierung von Regional Governance-Arrangements, die auf jede Region übertragbar

240 Vgl. Interview 1.
241 Vgl. Kleinfeld/Pfamper/Huber 2007.
242 Vgl. Interview 2.
243 Vgl.HWWA REPORT 262, 263, 265; vgl. „Die Grenze als Chance"; vgl. „Chance Grenzregion – Brücken bauen"; vgl. Krätke/Borst 2004a/b; vgl. Guz-Vetter 2002.

Copyrighted material

sein könnte. Die hier untersuchten Kooperationen weisen einen unterschiedlichen Grad der Institutionalisierung auf. In CENTROPE haben die politisch-administrativen Akteure im Laufe des Projektes private Akteure an der Kooperation beteiligt und diesen bestimmte netzwerkbezogene Aufgaben überlassen. Durch eine Auslagerung des operativen Managements an private Träger entstand ein Zusammenspiel zwischen den öffentlichen/politischen Einrichtungen einerseits und einer externeren, treibenden Kraft andererseits. Dies hat sich für CENTROPE als eine sinnvolle Lösung ergeben.

In der Oder-Partnerschaft konzentrierten sich die Akteure auf projektbezogene Aufgaben, die durch das bisher formlose Netzwerk koordiniert werden. Eine Institutionalisierung der Kooperation ist derzeit Aufgrund nationaler Bedenken in Polen nicht geplant, auch wenn diese das Projekt vorantreiben könnte. Auf der deutschen Seite haben sich die Projektpartner für eine Ausgliederung bestimmter Aufgaben an private Träger entschlossen.[244] Eine formlose Projektführung brachte bisher wenig positive Vorteile für die Initiative. Des Weiteren fehlt es an einer einheitlichen Vision des Projektes sowie an einer Koordination aller Prozesse und Akteure. Für das Weiterführen der Partnerschaft wird ein einheitliches internes oder externes operatives Management benötigt.

Jede regionale Kooperation muss für sich eine adäquate Form der Netzwerkstabilisierung erarbeiten, um funktionsfähig zu bleiben. Im nächsten Kapitel wird ein Institutionalisierungsvorschlag für die Oder-Partnerschaft vorgestellt. Dieser entspricht den im Laufe der Ausarbeitung gewonnenen Erkenntnissen aus der CENTROPE-Region sowie theoretisch-empirischen Handlungsempfehlungen des Regional Governance-Ansatzes. Es werden mögliche Strukturen für die gemeinsame deutsch-polnische Grenzregion ausgearbeitet, die dem Ausbau und das Funktionieren der Kooperation vorantreiben können.

244 Vgl. Kap. 5.5.

Copyrighted material

8 Institutionalisierung der Oder-Partnerschaft

„…Regional Governance entfaltet sich wahrscheinlich dort leichter, wo es eine regionale Kernorganisation mit Initiativkompetenzen gibt, d.h. mit dem impliziten Auftrag, für die Region innovativ tätig zu werden.“[245]

Die in Kapitel 5 und 6 durchgeführten Analysen der beiden empirischen Beispiele sowie deren Vergleich in Kapitel 7 werden im folgenden Abschnitt für die Erfassung eines Institutionalisierungsvorschlags für die Oder-Partnerschaft dienen. Der deutsch-polnischen Grenzpartnerschaft fehlt es bisher an einer innovativen Agentur, welche Ideen und Projekte für die politisch-administrative Ebene vorschlägt, wichtige Aufgaben des operativen Managements erledigt sowie Öffentlichkeitsarbeit leistet. Voraussetzungen für das Entstehen einer solchen Organisation sind im Vergleich mit der Entwicklungsphase der CENTROPE-Region heutzutage wesentlich günstiger.[246] Polen ist bereits Mitglied der EU, es werden lediglich zwei Sprachen gesprochen und es existieren zahlreiche bilaterale Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten, die auf multilateraler Ebene erweitert werden können. Eine Institutionalisierung der Partnerschaft könnte sich positiv auf die Kooperation in der deutsch-polnischen Grenzregion auswirken.

Vor dem Entstehen einer solchen Agentur, müssen jedoch diverse Voraussetzungen erfüllt werden. Insbesondere ist es auf polnischer Seite des Projektes zu klären, welche Kompetenzen der regionalen Verwaltungen im Hinblick auf die Kooperation im Rahmen der Oder-Partnerschaft zur Verfügung stehen.[247] Anschließend muss ein überregionales Bewusstsein auf der politisch-administrativen Ebene in Deutschland sowie in Polen für das Projekt geschaffen werden. Es muss erkennbar werden, dass Akteure aus allen Teilregionen das Projekt gemeinsam durchführen wollen und deren Bedeutung für die Grenzregion unterstreichen. Dazu gehört ebenso die Annahme, dass alle Partner sich bewusst werden, welche Vorteile sie für ihre Region durch die Teilnahme an dem Projekt erreichen können. Es bedarf einer Themenformulierung, zu welcher die Akteure konkret handeln und einen Nutzen ziehen können. Hierfür ist ein „Grundgerüst“ der Initiative erforderlich, welches u. a. vermittel kann, dass die Gesamtheit durch multilaterale Kooperation mehr erreichen kann, als einzelne Aktivitäten durch

245 Vgl. Fürst 2003b, S. 446.
246 Vgl. Kap. 6.1 und 6.6.
247 Vgl. Kap. 7.3.

Copyrighted material

bilaterale Beziehungen. Eine Institutionalisierung z. B. in Form eines Regionalverbands ist nicht zwingend notwendig. Vielmehr sollen die EU-Strukturfonds und Unterstützung der Hertie-Stiftung genutzt werden, um ein externes, kooperatives Management zu bilden und damit die Initiative auf eine neue Entwicklungsstufe zu bringen.[248]

8.1 Steuerungsprinzipien / operatives Management grenzüberschreitender Kooperationen

Neben den o.g. Voraussetzungen auf der politisch-administrativen Ebene sollen bei der Institutionalisierung der Oder-Partnerschaft bestimmte Steuerungsprinzipien erfüllt werden. Diese ermöglichen eine effektive Gestaltung von grenzüberschreitenden Kooperationen. Dazu zählen nach SCHMITT-EGNER 1998 die in Tabelle 5 zusammengefassten Eigenschaften.

Steuerungsprinzipien	Beschreibung
Kompatibilität	Rechtliche und politische Abkommen sollten so gestaltet werden, dass unterschiedliche Kompetenzen und rechtliche Zuständigkeiten nicht die Handlungsfähigkeit der Partner behindern.
Relativität	Die Potenziale und das Entwicklungsniveau der einzelnen Kooperationsparteien sollten nicht zu unterschiedlich sein, damit keine große Abhängigkeit eines Partners zu einem anderen entsteht.
Komplementarität	Die ökonomische Beziehung der Kooperationsparteien sollte eine Balance aus Kooperation und Konkurrenzverhalten aufweisen, damit die Realisierung von Synergien möglich wird.
Interkulturelle Perspektivität	Eine Grundvoraussetzung für grenzüberschreitende Kooperationen ist ein kulturelles Verständnis für die Kooperationsparteien, was durch interkulturelle Lernstrategien erreicht werden kann.
Rückkopplung	Es muss eine revolvierende Adaption zwischen externen Kooperationsstrategien und internen Entwicklungsstrategien stattfinden.
Transnationale Entkopplung	Bei der Entwicklung interner Entwicklungsstrategien sollten grenzüberschreitende Handlungsaktivitäten berücksichtigt und ggf. priorisiert werden.

Tab. 5: Steuerungsprinzipien grenzüberschreitender Kooperationen[249]

Kompatibilität grenzüberschreitender Kooperationen erfordert bestimmte rechtliche und politische Abkommen, welche die Zusammenarbeit erleichtern sollen. In der Oder-Partnerschaft sind solche

248 Vgl. Kap. 5.5 (Rolle der Hertie-Stiftung).
249 Quelle: eigene Darstellung nach Brunn/Schmitt-Egner 1998a, S. 69-70..

Copyrighted material

Abkommen bis jetzt gescheitert.[250] Die deutschen und polnischen Akteure verfügen über unterschiedliche rechtliche Zuständigkeiten und Kompetenzen, was die Arbeit im Netzwerk deutlich erschwert. Die politisch-administrative Ebene steht daher vor einer besonders schwierigen Aufgabe, den fehlenden strukturellen Rahmen, der aus unterschiedlichen föderalen Systemen resultiert, *„durch einen erhöhten Kooperations- und Koordinationsaufwand"* zu ersetzten.[251] Um die negativen Effekte dieser fehlenden rechtlichen und politischen Abkommen in der Oder-Partnerschaft zu mildern, soll die Möglichkeit der Anbindung der polnischen Zentralebene an die Zusammenarbeit berücksichtigt werden. Dies kann z. B. durch die Beteiligung der Deutsch-Polnischen Regierungskommission an der Initiative erreicht werden. Die Akteure der Zentralregierung verfügen über bestimmte Kompetenzen, welche das Durchführen von konkreten Projekten erleichtern könnte. In Deutschland wird dieser Vorschlag als Rückschritt angesehen. Bei einigen polnischen Akteuren jedoch als die einzige derzeit verfügbare Lösung.[252]

Bei der Relativität der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sollen die Potenziale und das Entwicklungsniveau der jeweiligen Partner nicht zu unterschiedlich sein, damit keine erheblichen Abhängigkeiten zwischen ihnen entstehen.[253] An der Oder-Partnerschaft nehmen überwiegend die städtischen Agglomerationen aus Deutschland und Polen teil. Somit soll ein Gleichgewicht zwischen den Partnern erhalten bleiben, auch wenn Berlin als größter Stadt des Kooperationsraumes eine besondere Stellung zugeschrieben wird. Die kooperierenden Regionen haben gemeinsame Themen und Interessen der Kooperation gefunden.[254] Diese müssen jedoch zunächst konkretisiert und in praktische Projekte umgesetzt werden.

Durch das Steuerungsprinzip der Komplementarität kann sich nach SCHMITT-EGNER 1998 die Kooperation in Form von kooperativem Wettbewerb entwickeln. Dabei sollen die Partner auf gegenseitigen Austausch von Vorteilen und Leistungen setzen, um damit Synergien zu erzielen. Die polnischen und deutschen Partner sollen ihre wirtschaftlichen Potenziale nutzen, auch wenn diese zwischen den

250 Vgl. Kap. 7.3.
251 Benz 1992, in: Beck 1997, S. 35.
252 Vgl. Interview 7, 8.
253 Vgl. Daldrup 2005; vgl. Kleinfeldt/Plamper/Huber 2007.
254 vgl. Kap. 5.1; vgl. Positionspapier *„Interessen des Landes Berlin in der Oderregion"*; vgl. Konferenzunterlagen zu der Oder-Partnerschaft 2006; Quelle: http://www.berlin.de/sen/wirtschaft/region (20.09.2008).

Copyrighted material

einzelnen Teilregionen große Unterschiede aufweisen.[255] Da sich die bisherige Projektarbeit der Oder-Partnerschaft überwiegend auf wirtschaftsbezogene Themen konzentriert hat, ist die Erfüllung dieses Steuerungsprinzips von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung der Kooperation.

Ein weiteres, wichtiges Merkmal grenzüberschreitender Kooperationen ist die interkulturelle Perspektivität. Diese Fähigkeit ermöglicht den Partnern gegenseitiges Verständnis und bildet damit eine starke Kooperationsgrundlage. In der Oder-Partnerschaft scheint dieses Steuerungsprinzip bisher nicht stark genug ausgeprägt zu sein. Die deutschen und polnischen Partner haben unterschiedliche Präferenzen an dem Projekt, aus denen sich mögliche Probleme herausbilden wie z. B. Meinungsverschiedenheiten bzgl. der Anbindung der polnischen Zentralebene an die Kooperation. Die Sprachdefizite können hier ebenso eine gewisse Rolle spielen, wenn die Akteure nicht direkt kommunizieren können. Diese Schwierigkeiten bestehen insbesondere auf der deutscher Seite, da dort weniger Akteure die polnische Sprache beherrschen. Interkulturelle Lernstrategien können hier angewendet werden, um solche Barrieren abzubauen.[256]

Durch eine Rückkopplung externer Kooperationsstrategien mit den internen Entwicklungsstrategien soll eine zielgerichtete Steuerung regionaler Aktivitäten im grenznahen Raum gewährleistet werden.[257] Vor einer Institutionalisierung der Kooperation muss den Akteuren bewusst werden, welche Vorteile sie für sich und für die Gesamtregion erreichen möchten.[258] Dafür muss in der Planungsphase eine überregionale Überzeugungarbeit geleistet werden, um den unterschiedlichen Akteuren die Vor- und Nachteile einer gemeinsamen Region aufzuzeigen. Dieses kann z. B. in Form von Studien, Entwicklungsszenarien oder „Best Practice-Beispielen" aus anderen europäischen Regionen erfolgen.[259]

Die transnationale Entkopplung besagt, dass bei der Entwicklung interner Entwicklungsstrategien grenzüberschreitende Handlungsaktivitäten berücksichtigt werden sollen. Dabei soll der transnationale Handlungsraum als Lebensraum, den es nachhaltig zu entwickeln gilt, wahrgenommen werden.[260] Regionale Entwicklungsstrategien können jedoch durch opportunistisches Verhalten der handelnden Akteure

255 Vgl. Kap. 5.1, Tab. 3.
256 Vgl. Brunn/Schmitt-Egner 1998a, S. 70.
257 Vgl. Daldrup 2005, S. 52.
258 Vgl. Benz/Scharpf/Zintl 1992, S. 89-90.
259 Vgl. Kap. 7.4.
260 Vgl. Schmitt-Egner 1998a, S. 70.

Copyrighted material

verhindert werden.[261] Um dies zu vermeiden müssen sich die Akteure auf Überwindung gemeinsamer Probleme und Zielerreichung angestrebter Aufgaben verständigen. In der Oder-Partnerschaft fehlt es an konkreten Zielen, was durch manche Akteure als ein Nachteil bemängelt wird. Mit Hilfe einer gemeinsam erarbeiteten Vision der Region, z. B. „Oder-Partnerschaft 2020", könnte diese negative Entwicklung verhindert werden. Dabei müssen Erwartungen an die Kooperation aller Partner Berücksichtigung finden.

Das operative Management im Netzwerk erfüllt neben den o. g. Steuerungsprinzipien weitere, wichtige Aufgaben für die Teilnehmer einer Kooperation und gewährleistet deren Prozesskoordination. Für Netzwerksteuerung werden nach LONGO 2007 spezifische Werkzeuge erforderlich, *„die man planen, einführen und stetig weiterentwickeln muss"*.[262] KLEINFELD, PLAMPER und HUBER 2007 nennen strategische und operative Planung und Kontrolle, als wichtigste Werkzeuge für die Steuerung von öffentlichen Netzwerken. Dabei unterscheiden sie zwischen drei Ebenen in der Steuerung eines Netzwerks:

- Ebene 1: strategische Ebene – was tun wir? Wer macht was?
- Ebene 2: Leitungsebene – Definition und Steuerung von Jahresinput, -output und -outcome der verschiedenen Partner (Koordination wer, welche Aufgaben genau erledigt und mit welchen Ressourcen, was wollen wir erreichen?)
- Ebene 3: operative Ebene – Kontrolle der Arbeitsprozesse.[263]

Die genannten Werkzeuge sollen u. a. dafür sorgen, dass das gemeinsame Leitbild umgesetzt wird.[264]

8.2 Institutionalisierungsvorschlag für die Oder-Partnerschaft

Das Erfüllen der in Kapitel 8.1 genannten Kategorien des operativen Managements und der Steuerungsprinzipien garantieren eine effektive Netzwerkentwicklung. Damit wird eine professionelle Vorgehensweise des Managements gewährleistet, die zum Erfolg eines grenzüberschreitenden Regional Governance-Arrangements beiträgt. Die Effektivität

261 Vgl. Daldrup 2005, S. 51; nach Cappelin 2006.

262 LONGO 2007 nennt folgende Werkzeugkategorien: Werkzeuge der Eigentümer, Ressourcen-bezogene Werkzeuge, Strategische und operative Planung und Kontrolle/Evaluation, Konfliktmanagement, Wissens- und Personalmanagement im Netzwerk, Netzwerkmarketing und Kommunikation; in: Kleinfeldt, Plamper, Huber 2007, S. 12.

263 Vgl. Kleinfeldt/Plamper/Huber 2007, S. 12.

264 Vgl. Kleinfeldt/Plamper/Huber 2007, S. 12.

Copyrighted material

der Institutionalisierung der Oder-Partnerschaft hängt ebenso von den o.g. Faktoren ab. Auch hier werden moderne Steuerungsformen benötigt, um die Initiative einheitlich zu gestalten. Für die Institutionalisierung wird eine dreistufige Struktur vorgeschlagen, die sich mit den Handlungs-empfehlungen von KLEINFELD, PLAMPER und HUBER 2007 aus Kapitel 8.2 ergänzt.

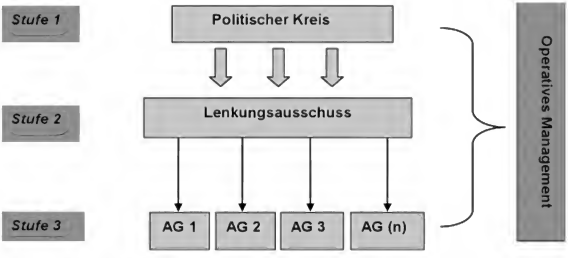


Abb. 11: Institutionalisierungsvorschlag der Oder-Partnerschaft[265]

Das Model lässt sich wie folgt beschreiben:

- Stufe 1 – Ranghohe, politische Vertreter der Region (politisch-symbolische Funktion).
- Stufe 2 – Lenkungsausschuss, bestehend aus administrativen Akteuren aller Partnerregionen (direkter Kontakt mit der Politik – Generalisten).
- Stufe 3 – Arbeitsgruppen (AG) – themenbezogen und bestehend aus administrativen Akteuren sowie externen Experten aus der Region (Generalisten und Spezialisten).
- Stufe 4 – Operatives Management – eine externe Institution zur Unterstützung aller projektbezogener Aufgaben (Spezialisten).

Die Stufe 1 der Kooperationsstruktur sollen die höchsten politischen Vertreter der Region, wie z. B. Marschälle, Ministerpräsidenten, Senatoren oder Stadtpräsidenten übernehmen. Sie repräsentieren die Idee der Partnerschaft nach Außen. Damit soll eine breite Öffentlichkeit für das Projekt erreicht werden, z. B. bei den Zentralorganen in Warschau, um ein besseres Verständnis zu schaffen und die Not-

265 Quelle: eigene Darstellung.

Copyrighted material

wendigkeit der grenzüberschreitenden Initiative zu vermitteln.[266] Im Detail soll der Lenkungsausschuss (politische und administrative Gremien aus der Region – Stufe 2) für die Strategie- und Programmentwicklung sowie die Definition der Aufgaben für die Arbeitsebene verantwortlich sein.[267] Diese Ebene arbeitet für die höchsten politischen Vertreter der Region und übernimmt gleichzeitig die Leitungsfunktion der Initiative. Sie gewährleistet ebenso den direkten Kontakt mit der Politik und den AG.

Die AG sollen aus themenspezifischen und unterschiedlichen Partnern bestehen, damit eine hohe Qualität der Projekte gesichert wird. Die Zusammensetzung der Akteure ist hier nicht ohne Bedeutung. Diese sollen aus Interessenten aller relevanten regionalen Stakeholder und nicht lediglich aus Verwaltungsbeamten bestehen.

Parallel zu den o.g. Stufen soll es eine Koordinationsstruktur in Form einer Geschäftsstelle oder eines gemeinsamen Sekretariats des Vorhabens geben. Diese Institution kann z.B. als ein Public-Private-Partnership (PPP) oder ein Verein agieren. Die Moderatoren der Oder-Partnerschaft könnten ähnlich wie in der CENTROPE-Region wichtige Promotoren-, Koordination- sowie Managementfunktionen übernehmen. Eine solches, externes Konsortium hat mehr Flexibilität und zusätzliche Möglichkeiten als die hoheitliche Verwaltung.[268] Eine hierarchische Struktur wie bei der Administration existiert bei kleinen Organisationen nicht, womit sie über mehr Handlungsfreiheit verfügen. Viele Aufgaben, die derzeit noch durch die administrativen Vertreter der Region erledigt werden müssten, könnten durch die regionalen Moderatoren getragen werden. Eine externe Institution kann ebenfalls die finanziellen Aufgaben übernehmen und für Finanzressourcen zugunsten der Ausgestaltung der Kooperation sowie der Projektdurchführung werben. Hier könnten insbesondere die EU-Strukturfonds sowie weitere Förderungsprogramme in Anspruch genommen werden.[269]

Im Idealfall handelt es sich hierbei um ein deutsch-polnisches Team, das die Managementfunktionen und damit das operative Geschäft übernimmt und mit allen politischen und administrativen Akteuren kontinuierlich in Verbindung steht. Weitere Aufgaben wie Öffentlichkeitsarbeit oder die Funktion als Anlaufstelle für regionsbezogene

266 Vgl. Kap. 7.3.
267 Vgl. Diller 2002, S. 96.
268 Vgl. Interview 2.
269 Vgl. Kap. 5.5: Die Verwaltung hatte bereits Probleme mit der Inanspruchnahme von Fördermittel der Hertie-Stiftung gehabt. Durch administrative Vorgehensweise der Verwaltung in Brandenburg ist die Organisation des zweiten Workshops zum Thema Oder-Partnerschaft in Juni 2008 gescheitert, als die Stiftung Finanzmittel für die Organisation des Workshops zur Verfügung stellen wollte und diese nicht entgegengenommen werden konnten.

Copyrighted material

Fragen könnten ebenso im Rahmen des Koordinationsmanagements durchgeführt werden. Der Sitz der Agentur kann in regelmäßigen Abständen von Teilregion zu Teilregion wechseln, um eine optimale Anbindung aller Partner zu erreichen. Um diese externe Struktur zu ergänzen, kann es auch einen Regionalmanager geben, der durch die Lenkungsgruppe ernannt wird. Diese Person wird für das operative Management des Projektes verantwortlich und übernimmt die Cheffunktion der Koordinationsstelle sowie die Moderationsaufgaben.

Die neu entwickelten Projekte sollen ausgeschrieben und an externe Institutionen übergeben werden. Damit kann die Initiative weitere Partner gewinnen und Aufmerksamkeit bei potenziellen Interessenten wecken sowie vor allem die zivilgesellschaftlichen Akteure erreichen.[270]

8.3 Fazit

Eine externe Organisation, die nicht an Verwaltungszwänge gebunden ist verfügt über mehr Handlungsfreiheit und ist keine zusätzliche administrative Institutionalisierung sondern ein Partner an der Seite von Politik und Verwaltung. Dabei wird ein Koordinationsinstrument geschaffen, um die Oder-Partnerschaft einheitlich zu gestalten und neue Steuerungsmechanismen des Regional Governance-Ansatzes zu ermöglichen. Die politischen und administrativen Vertreter behalten die entsprechenden Funktionen im Netzwerk und sind weiterhin das wichtigste Entscheidungsgremium der Initiative. Die regionalpolitischen Akteure schaffen den Arbeitsrahmen für eine gemeinsame grenzüberschreitende Entwicklung. Alle Zu- und Nacharbeiten für politische Treffen werden durch das operative Management erfüllt. Darüber hinaus müssen private Akteure in die Entscheidungs- und Moderationsprozesse eingebunden werden. Die effektive Nutzung der oben vorgeschlagenen Strukturen erfordert kontinuierliche Gestaltungsprozesse, die das gemeinsame Netzwerk weiter verfestigen und optimieren.

270 Vgl. Benz/Fürst 2003, S. 74, 162, 180-181.

Copyrighted material

9 Fazit und Schlussbetrachtung

In der vorliegenden Arbeit wurden zwei grenzüberschreitende Kooperationen miteinander verglichen. Ziel dieser Analyse war aufzuzeigen, in wie weit der Regional Governance-Ansatz in den beiden Regionen angewendet wird und wie sich dieser auf die Qualität der jeweiligen Kooperation auswirkt. Insbesondere sollten die Institutionalisierungsprozesse in den beiden Regionen aufgezeigt werden, da diese mit dem Regional Governance-Ansatz in der Theorie verbunden werden. Dabei setzt der Governance-Ansatz voraus, dass die jeweilige Kooperation ein Minimum an Organisationsstruktur benötigt, um tragfähig zu bleiben. Ein weiteres Ziel war aufzuzeigen, welche Unterschiede zwischen den beiden Kooperationen vorhanden sind und woraus diese resultieren. Mit Hilfe der erforschten Ergebnisse sollte eine „Idealmodell" für die Institutionalisierung der Oder-Partnerschaft erstellt werden.

Auf der Grundlage des Governance-Ansatzes konnten im Laufe der Forschung folgende Fragen beantwortet werden:

- *Wie funktionieren erfolgreiche Modelle von Regional Governance-Arrangements in den Grenzregionen?*
- *Wie entstehen Institutionalisierungsprozesse bei Regional Governance-Arrangements?*
- *Wie kann eine künftige Institutionalisierung der Oder-Partnerschaft aussehen?*

Da Regional Governance keine universellen Analysekriterien definiert, wurden diese in Kapitel 4 entworfen. Hierbei diente der analytische Governance-Ansatz als geeignete Forschungsgrundlage, da dieser die Funktionsweisen und Elemente von Kooperationen untersucht. Es sollten die jeweiligen Strukturen in den beiden Regionen analytisch betrachtet werden, um die o. g. Forschungsfragen zu beantworten. Die entwickelte Messskala umfasste hierbei folgende Elemente von Regional Governance-Kooperationen: Rahmenbedingungen, Akteuren, Akteurskonstellationen, Prozesssteuerung und den institutionellen Rahmen.

Der Regional Governance-Ansatz befasst sich mit modernen Steuerungsformen in den Regionen und setzt von den Beteiligten ein kooperatives Verhalten voraus. Die Regionen als Handlungsebene gewinnen durch einen solchen Ansatz für die verschiedenen Akteure immer mehr an Bedeutung. Regional Governance-Arrangements ermöglichen, innovative Kooperationsformen zwischen den Akteuren zu finden. Durch verstärkte Zusammenarbeit aller regionalrelevanten

Copyrighted material

Stakeholder-Gruppen, welche bisher zumeist unabhängig voneinander agiert haben, sollen Regionalentwicklungsprozesse gestärkt werden. Die Strukturen, die sich aus Governance-Prozessen herausbilden, bestehen in der Regel aus Vertretern der politisch-administrativen Regionalebene, wirtschaftlichen Organisationen sowie weiteren gesellschaftlichen Gruppen. Dabei entstehen in Regional Governance-Netzwerken unterschiedliche Akteurskonstellationen, die deren Arbeit und Steuerungsfähigkeit beeinflussen. Um eine offene Kommunikation zwischen den unterschiedlichen Stakeholdern zu gewährleisten, ist die Einbindung eines operativen Managements notwendig. Diese „Vermittlungsinstanz" ist für Regional Governance besonders wichtig, da sie den Gesamtprozess in Gang setzen kann. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass netzwerkartige Governance-Strukturen eine Institutionalisierung benötigen – sei es intern oder extern. Dabei setzt der Regional Governance-Ansatz voraus, dass unterschiedliche Akteure in nicht hierarchischen Netzwerken für die Region zusammenarbeiten.

Eine Herausbildung tragfähiger Governance-Strukturen bewirkt auch positive Wettbewerbsvorteile für die Region. Dafür müssen die Akteure die geschaffenen Arbeitsstrukturen nutzen, um praktische und Output-orientierte Ergebnisse zu erzielen. Regional Governance soll jedoch nicht nur Aufgrund der Lösungsfindung regionaler Probleme entstehen. Vielmehr sollen die relevanten Akteure, sich in einer Regional Governance-Konstellation zusammenfinden und die regionalen Ressourcen so optimieren, dass eine nachhaltige und proaktive Regionalentwicklung gesichert werden kann. Regional Governance-Arrangements sind im Idealfall nicht nur problemorientiert, sondern vor allem lösungs- und projektorientiert. Es geht darum, die optimalen Ergebnisse für die Gesamtregion zu erzielen. Darüber hinaus werden durch den Governance-Ansatz neue Regionen „kreiert"; um z. B. politische oder wirtschaftliche Ziele zu erreichen. In Grenzregionen sollen durch Governance-Prozesse die in Kapitel 2.1 genannten Grenzeffekte abgebaut werden. Die Grenzregionen verwandeln sich dabei in „proaktive Akteure", die die grenzüberschreitende Zusammenarbeit selber gestalten können.

Die vorgestellten Grenzregionen CENTROPE und Oder-Partnerschaft sind beide Ergebnis politischer Entscheidungsfindung, um bestimmte Aufgaben und Herausforderungen zu bewältigen. In beiden Kooperationen waren es die politisch-administrativen Akteure, die nach neuen Formen grenzüberschreitender Zusammenarbeit gesucht haben. Dabei haben sich in der jeweiligen Region verschiedene Formen von Regional Governance-Arrangements herausgebildet. In CENTROPE

Copyrighted material

wurden private Akteure an der Prozesssteuerung von Beginn an beteiligt. Damit wurde eine der Governance-Voraussetzungen erfüllt, dass öffentliche und private Partner in horizontalen Verflechtungen miteinander kooperieren. Am Beispiel der CENTROPE-Region konnte aufgezeigt werden, dass Regional Governance-Arrangements ein institutionalisiertes Management benötigen. Des Weiteren konnte bestätigt werden, dass institutionalisierte Regional Governance-Arrangements die grenzüberschreitenden Kooperationen fördern und vorantreiben. Die Oder-Partnerschaft hingegen, hat eine solche Institutionalisierung in Form eines operativen Managements bzw. einer Geschäftsstelle nicht erfahren. Externe Akteure und Berater wurden kaum integriert; die Steuerung des Projektes lief bisher eher auf der administrativen Ebene ab, wo Kapazitäten in Form von personellen und finanziellen Ressourcen fehlen. Dieses Ergebnis bestätigt die Bedingung von FÜRST 2004, dass sich die Akteure in schwach institutionalisierten Kooperationen nicht stark genug mit Personal oder anderen Ressourcen engagieren. In der Oder-Partnerschaft sind viele Akteure zurückhaltend und haben keine speziellen Ressourcen für die Kooperation bereitgestellt. Dies liegt ebenso daran, dass in diesem Projekt keine Kooperationsregeln existieren, die durch den Regional Governance-Ansatz für ein effektives Netzwerk vorausgesetzt werden.

Es ist bemerkenswert, dass eine tragfähige Kooperationsstruktur in CENTROPE in einer Anlaufzeit von nur ca. 4 Jahren erreicht werden konnte. Im Vergleich mit anderen europäischen Regionen, die z. B. schon über eine 30-jährige Erfahrungen mit grenzüberschreitenden Initiativen verfügen, scheint dies ein sehr kurzer Zeitraum zu sein. Dies bestätigt, dass ein professionell geführtes Management von Regional-Governance-Prozessen eine optimale Netzwerksteuerung garantiert.

In dieser Arbeit konnte aufgezeigt werden, dass die Oder-Partnerschaft eine einheitliche Gestaltungsinstanz benötigt, die alle relevanten Akteure der Kooperation zusammenbringt. Die Steuerung der Initiative muss professionell geführt werden, um weitere Asymmetrien im Projekt auf der polnischen und deutschen Seite zu vermeiden. Diese Arbeitsstruktur muss eine konsensfähige Agenda für die Gesamtregion entwickeln. Hierzu kann ein operatives Management, welches außerhalb von Verwaltungsstrukturen agiert, besonders unterstützend wirken. Um eine Kooperation zu institutionalisieren müssen sich die betroffenen Akteure im Klaren sein, dass sie dafür einen erhöhten Ressourceneinsatz, sei es personeller oder finanzieller Natur benötigen.

Wenn alle relevanten regionalen Akteure in gut strukturierten Prozessen zusammenarbeiten, steigt ebenso das Sozialkapital des

Copyrighted material

Netzwerks, was sich wiederum positiv auf deren Arbeit auswirkt. Dadurch werden vertrauensvolle Beziehungen zwischen den Partnern gefördert, was zu mehr Verständnis der „Anderen" führt und damit zur Verfestigung des Netzwerks. In der Oder-Partnerschaft hat sich gezeigt, dass eine Ausprägung dieser Governance-Bedingung nicht groß genug ist.

Der Governance-Ansatz besagt, dass externe Akteure ohne eine gewisse Abhängigkeit von den politisch-administrativen Akteuren nicht funktionieren. Hierbei wird es für die betroffene Kooperation wichtig, den optimalen „Mix" zwischen diesen beiden Ebenen herzustellen, um die Effektivität und Flexibilität des operativen Managements nicht einzuschränken. Diese Aussage konnte in der CENTROPE-Region bestätigt werden, wo sich die Akteure verstärkt darum bemühen, in ständigem Kontakt mit der politisch-administrativen Ebene zu bleiben.

Der Regional Governance-Ansatz unterliegt auch bestimmten Abhängigkeiten, auch wenn er Flexibilität in Steuerungsprozessen voraussagt. Regionen sind dann doch von anderen Ebenen abhängig. In der Oder-Partnerschaft wird diese Problematik sehr deutlich. Die polnischen Akteure können nicht ohne Anbindung der Zentralebene funktionieren, was sich als ein großer „Bremser" der Initiative gezeigt hat. Damit konnte bestätigt werden, dass schwach institutionalisierte Kooperationen verstärkt von Außeneinflüssen abhängig sind. Dadurch ist der Regional Governance Ansatz an sich in gewissem Grade widersprüchlich. Einerseits wird angenommen dass der Ansatz Flexibilität regionaler Handlungen ermöglicht, andererseits kann er durch seine Abhängigkeiten von „höheren", z. B. Zentralstaatlichen Ebenen gelähmt werden.

Ebenfalls kann nicht eindeutig gesagt werden, dass der Regional Governance-Ansatz zum Erfolg von regionalen Kooperationen führt. Dies ist nicht möglich, weil der Ansatz von vielen Rahmenbedingungen der betrachteten Kooperation abhängig ist, die sich positiv oder auch negativ auf seine Fähigkeit, kollektives Handeln zu organisieren, auswirken können.

Dennoch sollten die oben aufgeführten potenziellen Möglichkeiten des Governance-Ansatzes, welche aufgrund durchdachter und optimierter regionaler Prozesse entstehen, für die Oder-Partnerschaft einen Mehrwert bilden. Es wird daher eine Institutionalisierung dieser Kooperation benötigt, welche sich die Ziele setzt, die Kompetenzen aller regionalrelevanten Akteure zu bündeln, konkrete Projekte für die Region zu entwickeln sowie regionale Öffentlichkeit zu erreichen. Damit kann in der deutsch-polnischen Grenzregion eine neue Qualität

Copyrighted material

der Zusammenarbeit erzielt werden. Es wird sicher keine einfache Aufgabe, die o. g. Anforderungen zu erfüllen. Andererseits ist dies jedoch die einzige Möglichkeit, eine gemeinsame deutsch-polnische „Großregion" entstehen zu lassen, die sich ernsthaft mit anderen europäischen Regionen messen kann. Wenn die relevanten politisch-administrativen Akteure beiderseits der Oder diese große Herausforderung nicht in Angriff nehmen, wird es in den nächsten Jahren für die deutsch-polnische Grenzregion schwer, sich zwischen anderen erfolgreichen europäischen Regionen wiederzufinden.

Copyrighted material

10 Quellenverzeichnis

Literatur

ADAMSCHEK, B., PRÖHL, M. (Hg.) 2003: Regionen erfolgreich steuern. Regional Governance – von der kommunalen zur regionalen Strategie, Gütersloh.

BENZ, A. 2001: Vom Stadt-Umland-Verband zu „regional governance" in Stadtregionen. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaft Jg. 2001 Heft 2, S.55-71.

BENZ, A., FÜRST, D. 2003: Region – Regional Governance – Regionalentwicklung. In: Adamaschek, B., Pröhl, M. (Hrsg.): Regionen erfolgreich steuern. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, S.11-66.

BENZ, A. 2003a: Regional Governance mit organisatorischem Kern. Das Beispiel der Region Stuttgart. In: Informationen zur Raumentwicklung Jg. 2003, Heft 8/9, S.505-512.

BENZ, A., SCHARPF, F., ZINTL, R. 1992: Horizontale Politikverflechtung. Zur Theorie von Verhandlungssystemen; Campus 1992, S. 85.

BENZ, A.; MEINECKE, A. 2005: Policy Competition in Multilevel Governance. International Workshop: Regional Governance for Sustainable Development, online im Internet: http://www.fernuni-hagen.de/imperia/md/content/politikwissenschaft/lgi/projektbmvel/ws_regionenaktiv_hagen.pdf, (10.01.2009).

BECK, J. 1997: Netzwerke in der transnationalen Regionalpolitik. Rahmenbedingungen, Funktionsweise, Folgen, Diss., 1996, Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Baden-Baden.

BEUTL, H. 2005: Regional Governance und Regionalplanung dargestellt am Beispiel Niederösterreich.

BLOTEVOGEL, H. 1996: Auf dem Weg zu einer Theorie der Regionalität. In: Brunn, G. Region und Regionsbildung in Europa, Baden-Baden.

BLOTEVOGEL, H. 2000: Zur Konjunktur der Regionsdiskurse, in: Informationen zur Raumentwicklung, H. 9/10, S. 491-506.

BOGUMIL, 2003: Faktoren von Erfolg und Misserfolg – Zusammenfassende Thesen zu den Regionen Hannover, Stuttgart und Rhein-Neckar. In: Adamaschek, B., Pröhl, M. (Hrsg.): Regionen erfolgreich steuern. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, S. 104-108.

BOKAJLO, W. 2000: Polen - Die neuen Woiwodschaften im Europa der Regionen, in: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung (Hg.): Jahrbuch des Föderalismus 2000, Baden-Baden 2000, S. 340 ff.

Copyrighted material

BRUNN, G. 1997. Auf dem Weg zu einer Theorie der Regionalität. Region und Regionsbildung in Europa, Baden-Baden.

Brand Eins Magazin Neuland, Das wirtschaftsmagazin der Regionen. Region Südpfalz, Heft 01, Oktober 2007.

Brand Eins Magazin Neuland, Das wirtschaftsmagazin der Regionen. Ostwestfalen-Lippe, Heft 02, März 2008.

Brand Eins Magazin Neuland, Das wirtschaftsmagazin der Regionen. Brand Niederbayern, Heft 03, Juli 2008.

CENTROPE Business Plan 2008 plus, AG-CENTROPE, Wien.

DANIELZYK, R., RIETZEL, R. 2003: Regionalplanung als Motor regionaler Kooperation. Das Beispiel Oderland-Spree. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 8/9.2003, S. 513-521.

DILLER, C.2004: Regional Governance im Schatten der Hierarchie, in: Raum und Region Jg. 2004, Heft 4-5, S.270-279.

DILLER, C. 2002: Zwischen Netzwerk und Institution. Eine Bilanz regionaler Kooperationen in Deutschland. Berlin/Hamburg 2002, Leske und Budrich Verlag.

Die Grenze als Chance. Stadtentwicklung in deutschen, polnischen und anderen europäischen Grenzstädten. Beiträge zu Stadtentwicklung und Wohnen im Land Brandenburg. Institut für Stadtentwicklung und Wohnen. Frankfurt/Oder 2001.

DURKA, W.: Reform der öffentlichen Verwaltung in Polen, in: Deutsch-polnische Gesellschaft Brandenburg et al (Hg.): TRANSODRA Nr. 19, Februar 1999, S. 53 - 58 (Deutsch-Polnisches Informationsbulletin).

ECKART, K. 2001: Deutschland – Perthes Länderprofile. Klett-Perthes, Gotha.

FERRY, M. 2003: Regional Governance in der EU – eine vergleichende Beurteilung. European Policies Research Centre. Quelle: http://www.eprc.strath.ac.uk/eorpa/Documents/EoRPA_03_Papers/EoRPA_03-5_ES_German.pdf; (20.09.2008).

FREY, R. L. 2003: Regional Governance zur Selbststeuerung territorialer Subsysteme. In: Informationen zur Raumentwicklung Jg. 2003, Heft 8/9, S. 451-462.

FÜRST, D. 2001a: Regional Governance: Ein neues Paradigma der Regionalwissenschaft? In: Raum und Region Jg. 2004, Heft 5-6, S.370-380.

Copyrighted material

FÜRST, D. 2001b: Stadt und Region – Schwierigkeiten, die regionale Selbststeuerung nachhaltig zu machen. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaft Jg. 2001 Heft 2, S.84-96.

FÜRST, D. 2003a: Regional Governance zwischen Wohlfahrtsstaat und neo-liberaler Marktwirtschaft. In: Katenhusen, I., Lamping, W. (Hrsg.): Demokratien in Europa. Opladen: Leske + Budrich, S. 251-268.

FÜRST, D. 2003b: Steuerung auf regionaler Ebene versus Regional Governance. In: Informationen zur Raumentwicklung Jg. 2003, Heft 8/9, S.441-450.

FÜRST, D. 2004a: Regional Governance, in Benz, A. (Hg.): Governance-Regieren in komplexen Regelsystemen. eine einführung, Wiesbaden, S. 45-64.

FÜRST, D. 2004b: Handbuch Governance. BENZ, A., LUTZ, S., SCHIMAK, U., SIMONIS, G. (Hg.) 2004: Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder.

FÜRST, D. regionalkonferenzen zwischen offenen Netzwerken und fester Institutionalisierung. Veröffentlichung im Rahmen des Verbundprojekts des Wissenschaftszentrums Nordrhein-Westfalen, „Neue Strategien für alte Industrieregionen", ohne Jahr, ohne Ort.

GUZ-VETTER, M. 2002: „Polsko-niemieckie pogranicze. Szanse i zagrozenia w perspektywie przystapienie Polski do Uni Europejskiej". (Deutsch-polnischer Grenzgebiet. Chancen und Gefahren der EU-Beitritts Polens)". Instytut spraw publicznych. Program Europejski. Warszawa 2002.

HWWA REPORT 263
Konrad Lammers, Annekatrin Niebuhr, Andreas Polkowski, Silvia Stiller, Anna Hildebrandt, Marcin Nowicki, Przemyslaw Susmarski, Maciej Tarkowski. Analysen und Entwicklungstrends für den deutsch-polnischen Grenzraum.

HWWA REPORT 262
Konrad Lammers, Annekatrin Niebuhr, Andreas Polkowski, Silvia Stiller, Anna Hildebrandt, Marcin Nowicki, Przemyslaw Susmarski, Maciej Tarkowski. Der deutsch-polnische Grenzraum im Jahre 2020: Entwicklungsszenario und Handlungsempfehlungen

HWWA REPORT 265
Konrad Lammers, Annekatrin Niebuhr, Andreas Polkowski, Silvia Stiller, Anna Hildebrandt, Marcin Nowicki, Przemyslaw Susmarski, Maciej Tarkowski: Polsko-niemiecki obszar przygraniczny w roku 2020 – Scenariusz rozwoju i zalecenia odnosnie jego realizacji.

HEINZ, 2003: Regionale Netzwerke – Zusammenfassende Thesen zu den Regionen Ostwestfalen-Lippe und Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler. In: Adamaschek, B., Pröhl, M. (Hrsg.): Regionen erfolgreich steuern. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, S. 132-138.

Copyrighted material

HERRSCHEL, T., Newman, P. 2003: Die Governance europäischer Stadtregionen. In: Informationen zur Raumentwicklung Jg. 2003, Heft 8/9, S. 543-555.

KEATING, M., LOUGHLIN, J. 1997: The Political Economy of Regionalism, London.

KNIELING, J. 2003: Kooperative Regionalplanung und Regional Governance. In: Informationen zur Raumentwicklung Jg. 2003, Heft 8/9, S. 463-478.

KOHLISCH, T. 2008: Regional Governance in europäischen Regionen. Eine empirische Analyse der transnationalen Verbünde Großregion/La Grande Région und Oder-Partnerschaft/ Partnerstwo-Odra.

KOHLISCH, T. 2008b: Die Chancen des neuen Europas nutzen: Das Netzwerkprogramm für Mittel- und Osteuropa (MOE), Punkt. September 2008, Nr. 11.

KLEINFELD, R. /PLAMPER, H. / HUBER, A. (Hrsg.) 2006: Regional Governance. Erfolg durch neue Formen überörtlicher Zusammenarbeit.

KOOIMAN, J. 1993: Social-political Governance: Introduction, in: Kooiman, J. (Hrsg.): Modern Governance, London.

KRZEMINSKI, A. 2007a: Ist ein deutsch-polnischer Oderbund möglich? Quelle:http://free.art.pl/pogran-cz/archiwum/2000_niem/krzeminski.html, (20.12.2007).

KRZEMINSKI, A. 2007b: Dankesrede von Adam Krzeminski. In: Zeit-Online: http://images.zeit.de/text/online/2006/48/viadrina-preis-dankesrede, 24.11.2006, (20.12.2007).

LONGO, F. 2007: Organisatorische Netzwerkstrukturen und Managementsysteme als Voraussetzung für die Steuerung von Regional Governance. in: (Hg.) Kleinfeldt, Plamper, Huber 2007: Good Regional Governance-Projekt, Universität Osnabrück.

MAYNTZ, R. 2003: Governance im modernen Staat. in: (Hg.) BENZ, A.: Governance-Regieren in komplexen Regelsystemen. eine Einführung, Wiesbaden, S. 65-75.

MAYNTZ, R., SCHARPF, F. 1995: Steuerung und Selbstorganisation in staatsnahen Sektoren, in: Mayntz, R., Scharpf, F. (Hrsg.), Gesellschaftliche Selbststeuerung und politische Steuerung, Frankfurt am Main.

MORHARD, B. 2001: Das deutsch-polnische Grenzgebietals Sonderfall europäischer Regionalpolitik: die institutionelle Ausgestaltung zur Förderung grenzüberschreitender Kooperation im Kontext der EU-Erweiterungsstrategien im Zeitraum von 1989 bis 1998. Berlin.

Copyrighted material

MILDENBERGER, M. 2007: Grenznahe Kooperation zwischen Deutschland und Polen, in: Polen-Analysen, Deutsches Polen Institut, Forschungsstelle Osteuropa, Nr. 10, 03.04.2007.

NISCHWITZ, G., MOLITOR, R., ROHNE, S. 2001: Local und Region Governance für eine nachhaltige Entwicklung. http://www.gsf.de/ptukf/bmbf/laufSchwp/soef/material/ end ber_nischwitz.pdf (download 10.08.2005).

Positionspapier „Interessen des Landes Berlin in der Oderregion" von 15.11.2005, Senat von Berlin.

PÜTZ, M. 2004: Regional Governance: Theoretisch-konzeptionelle Grundlagen und eine Analyse nachhaltiger Siedlungsentwicklung in der Metropolregion München. Hochschulschriften zur Nachhaltigkeit. Oekom Verlag München.

PASSI 1991, PÜTZ 2004: Regional Governance: Theoretisch-konzeptionelle Grundlagen und eine Analyse nachhaltiger Siedlungsentwicklung in der Metropolregion München. Hochschulschriften zur Nachhaltigkeit. Oekom Verlag München.

RATTI, R., 2001: Regional active space: A regional Scientists Paradigmatic Answer to the Local-Global Debate, in: GEENHUIZEN, M. van, RATTI, R. (Hrsg.), Gaining Advantage from Open Borders, Aldershot 2001.

RYBAK, A. 2007: Kaczynski-Herrschaft/Ein Nachruf auf Polen; Stern - 21. September 2007, Quelle: http://www.stern.de/politik/ausland/:Kaczynski-Herrschaft-Ein-Nachruf-Polen/598349.html (12.12.2008).

SCHMITT-EGNER, P., 1998a: Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Regionen als Feld der Integrationspolitik und Gegenstand der Forschung, in: Brunn, G., Schmitt-Egner, P., (Hrsg.): Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa: Theorie-Empirie-Praxis, Baden-Baden.

SCHMITT-EGNER, P., 1998b: Grenzüberschreitende Zusammenarbeit (GZA) in Europa als Gegenstand wissenschaftlicher Forschung und Strategie transnationaler Praxis, in: Brunn, G., Schmitt-Egner, P., (Hrsg.) Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa: Theorie-Empirie-Praxis, Baden-Baden.

SCHMITT-EGNER, P., 2001: Strukturelle Determinanten, wissenschaftliche Konzepte und integrationspolitische Funktion der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (GZA) zwischen den Regionen in Europa.

SCHMITT-EGNER, P. 2005: Transnationale Handlungsräume und transnationaler Regionalismus in Europa. Zur Theorie, Empirie und Strategie grenzüberschreitender Zusammenarbeit zwischen Regionen, in: Kriele, Almut; Lesse, Urs; Richter, Emanuel (Hg.): Politisches Handeln in transnationalen Räumen, Baden-Baden, S. 15-34.

Copyrighted material

SELKA, R., PAUL, K-D. 2002 (Hrsg.): Chance Grenzregion-Brücken bauen. Good-Practice in den neuen Ländern. Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit.

STEINACHER, 2003: Kooperation in institutionalisierten Strukturen. Regionale Steuerung am Beispiel des Verbands Region Stuttgart. In: Adamaschek, B., Pröhl, M. (Hrsg.): Regionen erfolgreich steuern. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, S. 67-79.

THEUVSEN, L.: Transaktionskostentheorie: Anwendungen auf Non-Profit-Organisationen in: EDELING, JANN, WAGNER (Hrsg.): Institutionenökonomie und Neuer Institutionalismus. Interdisziplinäre Organisations- und Verwaltungsforschung. S. 221 – 243.

TROMMER, S., 2003: Kooperation in Netzwerk-Strukturen. Zusammenarbeit in der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler. In: Adamaschek, B., Pröhl, M. (Hrsg.): Regionen erfolgreich steuern. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung,S. 109-123.

THEUVSEN, L.: Transaktionskostentheorie: Anwendungen auf Non-Profit-Organisationen in: EDELING, JANN, WAGNER (Hrsg.): Institutionenökonomie und Neuer Institutionalismus. Interdisziplinäre Organisations- und Verwaltungsforschung. 1999, S. 221 – 243

Internetquellen

CENTROPE-Region

Internetseite CENTROPE
http://centrope.info/baerdtneu (06.12.2008)

Der CENTROPE Business & Labour Report
http://centrope.info/baerdtneu/stories/7023 (06.12.2008)

CENTROPE bewegt
http://centrope.info/baerdtneu/stories/7045 (06.12.2008)

Zukunftsbild CENTROPE 2015
http://centrope.info/baerdtneu/stories/3097 (06.12.2008)

CENTROPE Investor Services
http://centrope.com/centropenew (06.12.2008)

Internetseite der EU-Strukturfonds
http://ec.europa.eu/regional_policy/funds/prord/sf_de.htm (06.12.2008)

Copyrighted material

Regionalpolitik der EU - Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung
http://ec.europa.eu/regional_policy/funds/prord/prord_de.htm (06.12.2008)

Internetseite der INTERREG Ausrichtungsprogramme
http://ec.europa.eu/regional_policy/interreg3/abc/abc_de.htm (06.12.2008)

Interreg IIIA: grenzübergreifende Zusammenarbeit
http://ec.europa.eu/regional_policy/interreg3/abc/voleta_de.htm (06.12.2008)

Stadtentwicklung Wien
http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/centrope (06.12.2008)

Centrope Experts´Pool
http://www.meet-it-international.com/index.php?id=1666 (06.12.2008)

Präsentation CENTROPE-Region 1
http://www.sharing2008.saxony.com/set/157/WSA_1415-3_Vyskovsky.pdf (06.12.2008)

Präsentation CENTROPE-Region 2
http://www.deutscher-verband.org/_downloads/2008-03-10_Centrope.pdf (06.12.2008)

Die Centrope-Region. Diskursanalyse über die Entstehung einer neuen Europaregion Juni 2005, http://www.wuwien.ac.at/inst/iir/seminare_Novy/suburbanes_wien/Centrope_Seminarbericht.pdf (06.12.2008).

Wiener Wirtschaftsförderungsfonds
http://www.wwff.gv.at/wwff.aspx_param_target_is_105468.v.aspx (06.12.2008)

Wien International
http://www.wieninternational.at/de/node/5007 (06.12.2008)

Automotive Cluster CENTROPE
http://www.accentrope.com (06.12.2008)

Präsentation CENTROPE 3
http://www.change-on-borders.net/timeline/pdf/TF%202_CENTROPE.pdf (06.12.2008)

Projekt „Virtualität und neue Wissensstrukturen"
http://www.inst.at/vunw/centrope.htm (06.12.2008)

CENTROPE Map Projekt
http://www.centropemap.org (06.12.2008)

Copyrighted material

Stadt Wien – Wien und CENTROPE-Region
http://www.magwien.gv.at/stadtentwicklung/centrope/wien.htm (06.12.2008)

Oder-Partnerschaft

Berlin in der Region
http://www.berlin.de/sen/wirtschaft/region/ (20.09.2008)

Das EU-Netz Oderpartnerschaft EUNOP
http://www.eunop.eu/ (20.09.2008)

Positionspapier zur Zusammenarbeit des Landes Berlin in Mittel und Osteuropa. Grundsätze und Schwerpunkte. 14.10.2003; http://www.berlin.de/imperia/md/content/rbm-skzl/europareferat/95.pdf (20.09.2008)

Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa des Landes Berlin
http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/europapolitik/moe_portal.html (20.09.2008)

Die Oder-Partnerschaft gewinnt weiter an Fahrt. Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen teilt mit: http://www.berlin.de/landespressestelle/archiv/2008/11/05/113446/index.html (20.09.2008)

Staatskanzlei Brandenburg/Oder-Partnerschaft
http://www.stk.brandenburg.de/cms/detail.php?gsid=bb2.c.453338.de (20.09.2008)

Oder-Partnerschaft - Fraktionsseite die Linke
http://www.dielinke-fraktion.brandenburg.de/index.php?id=479 (20.09.2008)

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung
http://www.stadtentwicklung.berlin.de/internationales_eu/stadtplanung/de/moe/oderregion.shtml (20.09.2008)

Infoblatt Oder-Partnerschaft 2008
http://www.eab-berlin.de/fileadmin/europakoffer/medien/dokumente/ib-i-8.pdf (20.09.2008)

DGB in Europa
http://www.berlin-brandenburg.dgb.de/article/view/6121/ (20.09.2008)

Auswärtiges Amt – Deutsch-Polnische Zusammenarbeit
http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/DeutschlandInEuropa/BilateraleBeziehungen/Polen/Politik/OderPartnerschaft081105,navCtx=22458.html (20.09.2008)

Copyrighted material

Wojewodschaft Westpommern (Zachodniopomorskie)
http://www.um-zachodniopomorskie.pl/index.php?wiad=4191 (20.09.2008)

Deutsche Welle
http://www.dw-world.de/dw/article/0,,3770288,00.html (20.09.2008)

Oder-Partnerschaft/Partnerstwo Odry (PL)
http://www.brandenburgia.pl/Informacje%20prasowe/pierwsze-spotkanie-na-szczycie-odnosnie-partnerstwa-odry (06.12.2008)

Transinfo PL – Nachrichten aus DE und PL zum Thema Oder-Partnerschaft
http://www.transinfo.pl/text.php?from=archive&id=18308 (20.09.2008)

Marschallamt Dolnoslaskie (Niederschlessien)
http://www.umwd.dolnyslask.pl/index.php?option=com_content&task=view&id=688&Itemid=1 (20.09.2008)

Oder-Partnerschaft in Regional Review
http://www.e-pages.dk/dods/30/73 (20.09.2008)

MEO-CLUB, Presse zum Thema Oder-Partnerschaft
http://bermag.home.pl/moeclub/download/PM_19-03-08_PL.pdf (20.09.2008)

Weitere Internetquellen

Polnischer Verwaltungsreform (Reforma administracyjna zwiększy kompetencje samorządów)
http://www.kprm.gov.pl/s.php?id=2089 (06.12.2008)

Good Regional Governance Projekt Universität Osnabrück
http://www.hbs-grg.uni-osnabrueck.de/ (20.09.2008)

Copyrighted material

Liste der Interviewpartner

Interview 1
Johannes Lutter, Europaforum Wien, Projektmanager CENTROPE, 13.05.2008

Interview 2
Antalovsky Eugen, Europaforum Wien, Geschäftsführer, 04.09.2008

Interview 3
Frau Mikusova – Dom CENTROPY Bratislava, 03.09.2008

Interview 4
Herr Stano – DOM CENTROPY Bratislava, 03.09.2008

Interview 5
Herr Dr. Puchinger: Referat „Bauten und Technik"; Stadtbaudirektion, Rathaus, 05.09.2008

Interview 6
Michael Stoll: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung/Räumliche Stadtplanung; Berlin, 16.09.2008

Interview 7
Julita Milosz: Abteilung für Internationale Angelegenheiten, Marschallamt Westpommern/Szczecin, 19.09.2008

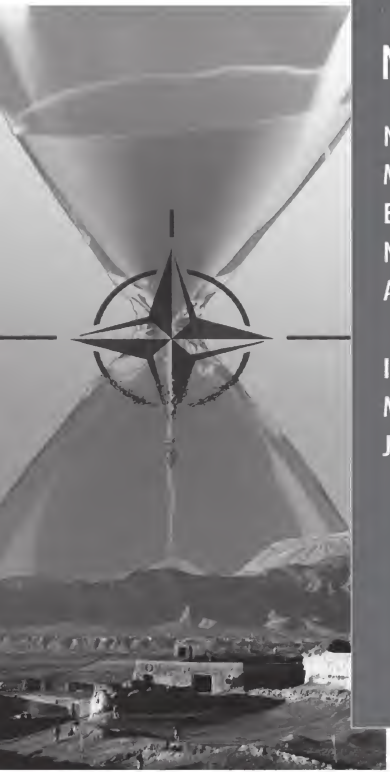
Interview 8
Michael Rackles: Abteilung für EU-Angelegenheiten des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, 17.09.2008

Interview 9
Herr Di. Madreiter: Stadtentwicklung und Stadtplanung Wien, 05.09.2008

Copyrighted material

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik



Bestellen Sie jetzt die Ausgabe Nr. 68!

NATO in der Sinnkrise

NATO im Wandel
Militärischer Akteur
Europas Rüstung
NATO – EU
Afghanistan kontrovers

Impulse für Abrüstung
Menschenrechte in Afrika
Jemen – Verlorenes Land?

Abo-Vorteile!
6 Ausgaben jährlich
ab 25 €!

bestellung@welttrends.de

www.welttrends.de

Welt Trends
Zeitschrift für internationale Politik

Bestellen Sie jetzt die Ausgabe Nr. 62!

Zerrissene Türkei

Republikaner versus Demokraten
Demokratie, nicht Laizismus
Beinahe-Verbot der Regierung
Hüter der Republik – Das Militär

US-Raketen in Europa?
Abrüstung in Agonie

Kaukasische Verwicklungen
Wende in den USA?

Jetzt unsere Abo-Vorteile nutzen! 6 Ausgaben jährlich für 40,– € oder 25,– €

bestellung@welttrends.de www.welttrends.de

Welt Trends
Zeitschrift für internationale Politik

Bestellen Sie jetzt die Ausgabe Nr. 63!

Geopolitik Ost

Deutsche Ost(Geo)politik
Polen zwischen West und Ost
Wider die Geopolitik!
Im geopolitischen Dreieck

US-Raketen in Polen
Politikberatung und Uni

Krieg gegen Iran?
Serbien auf Suche

Jetzt unsere Abo-Vorteile nutzen! 6 Ausgaben jährlich für 40,– € oder 25,– €

bestellung@welttrends.de www.welttrends.de

Welt Trends
Zeitschrift für internationale Politik

Bestellen Sie jetzt die Ausgabe Nr. 64!

Konfliktherd Kaukasus

Symptome einer Krisenregion
Fünf Tage Krieg
Abspaltung Abchasiens
Interessen des Westens

Staat in der Globalisierung
Entwicklung versus Terror

Obamas Herausforderung
EU-Militär im Tschad

Jetzt unsere Abo-Vorteile nutzen! 6 Ausgaben jährlich für 40,– € oder 25,– €

bestellung@welttrends.de www.welttrends.de

Welt Trends
Zeitschrift für internationale Politik

Bestellen Sie jetzt die Ausgabe Nr. 65!

Naher Osten – Ferner Frieden

Der Gaza-Krieg im Nahostkonflikt
Wie viele Divisionen?
Hamas nach dem Krieg
Gaza und Völkerrecht

Was treibt den Ölpreis?
Islam und Westen

Syrien: Neuer Partner?
Pakistan: Dauerkrise

Jetzt unsere Abo-Vorteile nutzen! 6 Ausgaben jährlich für 40,– € oder 25,– €

bestellung@welttrends.de www.welttrends.de

Copyrighted material

WeltTrends *Papiere*

Sie möchten Forschungsarbeiten veröffentlichen?
Sie möchten in aktuelle Debatten streitbar eingreifen?
Sie möchten „klassische" Texte für die Lehre einsetzen?

Dies alles schnell, preiswert und für ein breites Publikum?
Wir bieten Ihnen dafür die WeltTrends *Papiere*!

1 | Noch zu retten? Plädoyer für die EU-Verfassung
2 | Deutsche EU-Ratspräsidentschaft Ende der Verfassungskrise?
3 | Ansprüche? Eigentumsfrage Deutschland – Polen
4 | Europäischer Einigungsprozess
5 | Deutsche Auslandseinsätze – Streitplatz um Militärmacht
6 | Herausforderung Integration– Migration und Integration in Brandenburg
7 | Großmachtpolitik oder Wahlagitation – Russlands Außenpolitik 2007/2008
8 | Gibt es eine europäische Zivilreligion?
9 | Kapitalismus kontrovers

Wenn Sie an der Publikation eines eigenen WT-Papieres interessiert sind, wenden Sie sich bitte an Frau Azadeh Zamirirad M.A. (0331-9774540 oder welttrends@web.de).

Bestellungen: bestellung@welttrends.de
www.welttrends.de

WeltTrends *Lehrtexte*

Anregend für die Debatte.
Unverzichtbar fürs Seminar.
Kostengünstig für das studentische Budget.
Für Studenten und Dozenten!

1 | Nachdenken über Europa
2 | Autoritäre Regime
3 | Grenzen der EU
4 | Wissenschaftliches Schreiben
5 | Herrschaft in Süd- und Mittelamerika
6 | Internationale Beziehungen: Konzepte
7 | Regime im Nahen und Mittleren Osten
8 | Regieren in Brandenburg
9 | Politische Herrschaft im Vergleich
10 | Die Karibik-Krise 1962
11 | Atomare Rüstung und Abrüstung heute
12 | Das politische System Irans
13 | Die Genfer Abrüstungskonferenz

Wenn Sie an der Publikation eines eigenen WeltTrends-Lehrtextes interessiert sind, wenden Sie sich bitte an HD Dr. Raimund Krämer (r.kraemer@welttrends.de).

Bestellungen: bestellung@welttrends.de
www.welttrends.de

WeltTrends

Zeitschrift für internationale Politik

Bisher erschienene Themenhefte

69 Europäische Brüche 39 – 89 – 09
68 NATO in der Sinnkrise
67 Außenpolitik in Schwarz-Rot
66 Energiesicherheit Deutschlands
65 Naher Osten – Ferner Frieden
64 Konfliktherd Kaukasus
63 Geopolitik Ost
62 Zerrissene Türkei
61 Soziale Bewegungen in Lateinamerika
60 Russische Moderne
59 EU-Außenpolitik nach Lissabon
58 Regionalmacht Iran
57 Ressource Wasser
56 Militärmacht Deutschland?
55 G8 Alternativ
54 Identität Europa
53 Rotes China Global
52 Deutsche Ostpolitik
51 Geheime Dienste
50 Kerniges Europa
49 Militär in Lateinamerika
48 Internet Macht Politik
47 Europäische Arbeitspolitik
46 Globale Finanzmärkte
45 Von Dynastien und Demokratien
44 Modernisierung und Islam
43 Großmächtiges Deutschland
42 Europäische Außenpolitik
41 Transatlantische Perspektiven II
40 Transatlantische Perspektiven
39 Wohlfahrt und Demokratie
38 Politisierung von Ethnizität
37 Vergelten, vergeben oder vergessen?
36 Gender und IB
35 Krieg im 21. Jahrhundert
34 EU-Osterweiterung im Endspurt?
33 Entwicklungspolitik
32 Balkan – Pulverfaß oder ... ?
31 Recht in der Transformation
30 Fundamentalismus
29 Die autoritäre Herausforderung
28 Deutsche Eliten und Außenpolitik
27 10 Jahre Transformation in Polen
26 (Ab-)Rüstung 2000
25 Dezentralisierung und Entwicklung
24 Wohlfahrtsstaaten im Vergleich
23 Kooperation im Ostseeraum
22 Die Ostgrenze der EU
21 Neue deutsche Außenpolitik?
20 Demokratie in China?
19 Deutsche und Tschechen
18 Technokratie
17 Die Stadt als Raum und Akteur
16 Naher Osten – Region im Wandel?
15 Identitäten in Europa
14 Afrika – Jenseits des Staates
13 Deutschland und Polen
12 Globaler Kulturkampf?
11 Europa der Regionen
10 NATO-Osterweiterung
Sonderheft Russland und die GUS
9 Gewalt und Politik
8 Reform der UNO
7 Integration im Pazifik
6 Zerfall von Imperien
5 Migration
4 Geopolitik
3 Realer Post-Sozialismus
2 Chaos Europa
1 Neue Weltordnung

Bestellungen: bestellung@welttrends.de oder mit dem Bestellformular

WeltTrends

Bestellformular

Ich bestelle:

- ein **Abonnement** der Zeitschrift *WeltTrends*
  6 Hefte und Register zum Preis von 40 € inkl. Porto.
- ein **Studenten-Abonnement** der Zeitschrift *WeltTrends*
  6 Hefte und Register zum Preis von 25 € inkl. Porto.
- ein **Institutionen-Abonnement** der Zeitschrift *WeltTrends*
  6 Hefte und Register zum Preis von 80 € inkl. Porto.
- *WeltTrends* Nr. [ ]
  zum Preis von je 8 € (Nr. 1-57 nur 5 €) zzgl. Porto.
- ein **kostenloses Probeheft** der Zeitschrift *WeltTrends*.

Die Abonnements sind jederzeit kündbar.

Gewünschte Zahlungsweise

- Rechnung
- Bankeinzug

Konto-Nr.

Bankleitzahl

Geldinstitut

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse

Datum und Unterschrift

WeltTrends, c/o Universität Potsdam, August-Bebel-Straße 89, D-14482 Potsdam, Fax: +49 (0) 331 977-4696

Copyrighted material

In der vorliegenden Arbeit analysiert Maciej Chinalski den Regional Governance Ansatz und seine praktische Umsetzung in den Europäischen Grenzregionen zwischen Deutschland und Polen (Oder-Partnerschaft) sowie im Vierländereck von Österreich, Ungarn, Tschechien und Slowakei (Centrope-Region). Regional Governance gilt als eine Kooperationsform unterschiedlicher regionaler Akteure, die nach neuen Synergien suchen, um ihre Zusammenarbeit voranzutreiben. Eine Region wird dabei als Raum verstärkter Interaktionen zwischen Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft verstanden.

Welt Trends

ISSN 1866-0738
ISBN 978-3-86956-030-4